

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland, Österreich, Litauen, Ungarn, 4,50 Reichsmark, für das Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Siedlung und Kleingarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphischer Adressat: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295. Verlag: Dönhofs 2506-2507.

Freitag, den 26. Juni 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Postfachkonto: Berlin 37530 - Bankkonto: Direction der Droschkengesellschaft, Teichbänkestraße 3.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig. Kleine Anzeigen das fertige Wort 20 Pfennig (außer zwei letztgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 30 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Offener von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Genossin Sender über die Zollvorlage.

Eine Frau spricht zu den Frauen! - Die Regierung stellt sich tot. - Die Rechte in tausend Räten.

Die Fortsetzung der Reichstagsdebatte über die Zollvorlage der Reichsregierung brachte eine außerordentlich packende Rede der Genossin Sender, die die Regierungsvorlage und ihre Begründung zerplückte, den Widerspruch der Hochschulzollpolitik nachwies und im Namen der Arbeiter, die zu Opfern dieser Politik werden, gegen die Agrarzölle und die Erhöhung der industriellen Zölle Protest einlegte. Vor ihr hatte bereits der Abg. Meyer für die Demokraten erklärt, daß diese die ganze schutzzöllnerische Richtung der Vorlage mißbilligten und sich eine eingehende Nachprüfung des Gesetzes vorbehalten. Auffallend war während der ganzen Sitzung das Verhalten der Regierung, die den Redestrom der Parteien und die stammenden Proteste der Linken achlos entgegennahm, ohne es auch nur für nötig zu finden, den wichtigsten Einwänden gegen die Zollvorlage entgegenzutreten. Immer mehr verstärkte sich der Eindruck, daß die Regierung vollkommen die Führung verloren hat.

Wissell hatte am Mittwoch am Beginn seiner großen Rede an die Regierung die Frage gerichtet, ob es zutreffend sei, daß das Kabinett von seinen Parteien die unveränderte Annahme des gesamten Entwurfes en bloc verlangt habe. Auch darauf hat die Regierung nicht geantwortet; sie hat damit bestätigt, daß sie diese Forderung gestellt hat. Ueberhaupt war das Verhalten der Regierung fälschlich, nicht ein einziger Versuch, der scharfen Kritik des Parlamentes entgegenzutreten, wurde von den anwesenden Ministern gewagt. Als Rücksichtung des Parlamentes kann man dieses Schweigen nicht deuten. Also ist sie wohl ein Ausdruck der tödlichen Verlegenheit, in die die Regierung auch diesmal geraten ist, nachdem sie es erleben mußte, daß die Zollvorlage sogar bei ihren eigenen Freunden starke Bedenken erweckt hat, und daß außer den Deutschnationalen keine Partei sich rückhaltlos auf ihren Boden gestellt hat. Man weiß jedoch, daß auch innerhalb der Deutschnationalen die Stimmung geteilt ist, da ja bekanntlich der Reichslandbund immer noch mehr fordert, als die ohnehin so freigebige Rechtsregierung an Agrarzöllen gewähren will. Die Verlegenheit der Regierung ist schließlich kein Wunder, wenn man sich daran erinnert, daß sie mit ihren Vorlagen in der letzten Zeit überhaupt wenig Glück gehabt hat. Wenn irgendwo, so brauchen wir im Zeichen der Dames-Gesetze eine straffe Führung auf steuerpolitischem Gebiet. Dazu rechnet die Regierung auch die Zollvorlage, wie die Tatsache beweist, daß sie den Minister Schlieben mit der Begründung des Gesetzes beauftragt hat. Wäre er Wirtschaftsminister, so hätte er seine Sache reichlich schlecht gemacht; als Finanzminister hat er aber dabei vollkommen verlagert; denn bis heute ist die Regierung noch nicht in der Lage, über den voraussichtlichen finanziellen Ertrag der Zölle, der doch für die Staatsfinanzen und für die Reparationslasten von entscheidender Bedeutung ist, genauere Angaben zu machen. Herr v. Schlieben mußte es sich auch gefallen lassen, daß ihm jetzt die Weinsteuer auf die Hälfte herabgesetzt wird, nachdem ihm vorher die Bier- und Tabaksteuererhöhung gestrichen worden war, die allerdings jetzt in Form eines Initiationsgesetzes der Regierungsparteien zu neuem Leben erwecken soll.

Der Regierung ist eben die Führung aus den Händen geglitten; von dem Spiel der Interessenten hin- und hergetrieben, hat sie die Vorlage erst ausgearbeitet, dann mit großer Verspätung an den Reichstag gebracht und, um sich die Zustimmung der Agrarier zu sichern, die Agrarzölle mit den angeleglichen Vertragszöllen vertupfelt. Treffend wies Genossin Sender darauf hin, daß die ganze Zollvorlage mit dem Sinn, den Vertragszölle haben können, im Widerspruch steht. Denn man schafft Schutzollmauern, die nicht nur Deutschland vom Weltmarkt abschneiden, sondern auch die internationalen Beziehungen dadurch erschweren, daß sie ein allgemeines handelspolitisches Vertrauen der Völker bewirken. Mit dem gegenseitigen Zollschutz verteuern Landwirtschaft und Industrie einander die Produktion und verkürzen die Kaufkraft der breiten Massen, so daß eine Steigerung der Produktion zur Unmöglichkeit wird. Die Zollvorlage ist und bleibt eben eine Konzession an die Interessenten und steht im schroffen Widerspruch zu den Bedürfnissen der Gesamtwirtschaft.

Mit besonderem Nachdruck wandte sich Genossin Sender gegen die brutalen Steuern, die die Protzölle darstellen. Sie wies darauf hin, wie die Textilsölle den großen Bekleidungsbedarf der breiten Volksmassen verteuern. Die Schwerindustrie verfolgt mit ihrer nationalen Zoll- und ihrer internationalen Kartellpolitik die monopolistische Beherrschung des inneren Marktes. Die Verteuerung der Lebenshaltung, die Niedrighaltung der Löhne und die Aufrechterhaltung der

langen Arbeitszeit seien das Ziel der Arbeitgeberverbände, die damit alles bekämpfen, was dem Volke einigen Wohlstand bringen kann. Die Rede der Genossin Sender war ein scharfer Protest gegen die brutale Schlechterstellung der breiten Massen, die mit dieser Zollvorlage angestrebt wird.

Eine Frau hat im Reichstag sachkundig über die Zollvorlage gesprochen. Mögen alle Frauen Deutschlands ihre Stimme hören und begreifen, worum es für sie und ihre Familien geht.

Die Rede der Genossin Sender veröffentlichen wir in der Beilage.

Die große handelspolitische Debatte fand ihren Abschluß in erregten Auseinandersetzungen über die Geschäftsordnung und die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Die Deutschnationalen gerieten dabei aus einer Verlegenheit in die andere.

Hauptsächlich auf ihr Betreiben hatte sich der Kostenausschuß gegen die Entlohnung für eine 'Neuschlüsselung' der Ausschüsse erklärt. Der Zentrumsabgeordnete v. Guérard erstattete darüber Bericht. Vorwand ist der Zusammenschluß der völkischen Trümmer zu einer Fraktion, politischer Zweck ist die Schwächung der Linken, besonders im Steuerauschuß. In Zukunft soll es nur noch Ausschüsse von 21 und 28 Mitgliedern geben. Die kleinen Ausschüsse werden also vergrößert, in allen sollen die Sitze neu verteilt werden. Nachdem die Rechte dies erreicht hatte, machte Genosse Dittmann darauf aufmerksam, daß sich nun auch die Verteilung der Vorsitzenden-Posten in den Ausschüssen ändern müsse und daß die Fraktionen ihre Vertreter in den Ausschüssen neu bestimmen müßten. Solange nicht der Kostenausschuß und die Fraktionen zu der veränderten Sachlage Stellung genommen hätten, sei ein Tag der Ausschüsse unmöglich.

Mit anderen Worten: Dittmann stellte fest, daß die Mehrheit selbst die Arbeit der Ausschüsse - besonders auch des handelspolitischen Ausschusses, dem der Zolltarif überwiesen ist - lahmgelegt habe.

Verdächtige Gesichter und Butzschmuck rechts. Hilflöse Erklärungen des Grafen Westarp.

Die zweite noch schlimmere Verlegenheit kam den Deutschnationalen bei der Festsetzung der Tagesordnung. Die Deutschnationalen hatten längst zu demagogischen Zwecken den Antrag gestellt, den soeben erst beschlossenen deutsch-spanischen Handelsvertrag wieder zu kündigen. Der völkische Herr Frik beantragte nun, diesen Antrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen.

Ueber diese sich plötzlich eröffnende Aussicht, für ihren eigenen Antrag stimmen zu müssen, waren die Deutschnationalen so entsetzt, daß sie in ihrer Verwirrung den Sinn der folgenden Abstimmung nicht begriffen. Der Präsident ließ nämlich zunächst darüber abstimmen, ob der deutsch-nationale Antrag überhaupt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen sei. Die Deutschnationalen glaubten aber, es gehe schon darum, ihren Antrag zum ersten Punkt der Tagesordnung zu machen, und nun ergab sich folgendes Bild:

Die deutschnationalen Führer vorne blieben sitzen und demonstrieren damit, daß sie Angst vor ihrem eigenen Antrag hatten. Die deutschnationalen Mannschaften, die das Mandat nicht begriffen oder es zu schimpflich fanden, um mitzumachen, standen auf.

Mit ihnen stand die gesamte Linke auf, während die Mitte sitzen blieb. Da sich das Bureau nicht einigen konnte, wo die Mehrheit sei, wurde die Gegenprobe gemacht.

Nun standen die deutschnationalen Führer auf, die deutschnationalen Mannschaften aber blieben sitzen!

Wieder war das Ergebnis zweifelhaft, und nun mußte ein Hammelsprung entscheiden. Inzwischen hatten die deutschnationalen Führer begriffen, daß die Sache noch nicht so gefährlich war, wie sie geglaubt hatten. Die Einigkeit in der Fraktion wurde wiederhergestellt, sie stimmte jetzt geschlossen mit Ja. Mit 235 gegen 75 Stimmen wurde beschlossen, den deutschnationalen Antrag überhaupt erst auf die Tagesordnung zu legen.

Dann machte Genosse Hermann Müller dem grausamen Spiel vorläufig ein Ende, indem er beantragte, die für die Arbeiter wichtige Unfallversicherung vor dem deutschnationalen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Die Deutschnationalen wurden nun plötzlich arbeiterfreundlich und stimmten zu. Sie dachten: 'Zeit gewonnen, alles gewonnen!'

Das Stück deutschnationaler Demagogie, der Antrag auf Kündigung des deutsch-spanischen Handelsvertrages am 1. Juli, steht jetzt als dritter Punkt auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung. Der erste aber ist die Verlängerung der Dritten Steuernotverordnung bis zum 15. Juli.

Der handelspolitische Ausschuß tritt heute um 10 1/2 Uhr zusammen. Erster Punkt seiner Tagesordnung: Wahl eines neuen Vorsitzenden.

Sicherheitspakt und Völkerbund.

Von Rudolf Breitscheid.

Der englische Außenminister Chamberlain hat bei der Vertretung des Sicherheitspaktes im Parlament keinen leichten Stand gehabt. Sowohl Macdonald wie Lloyd George haben scharfe Kritik an der Gestalt geübt, die die Idee durch den deutsch-französischen Notenwechsel angenommen hat und dabei nicht nur ihrer Besorgnis vor einer über das im Völkerbundsstatut vorgesehene Maß hinausgehenden Verpflichtung Englands Ausdruck gegeben, sondern auch das Fehlen einer wirklichen Gleichberechtigung Deutschlands bemängelt. Trotzdem dürfte das offizielle England im wesentlichen bei dem einmal eingenommenen Standpunkt verharren, und das um so mehr, als es an der Vorbereitung des deutschen Schrittes vom Februar dieses Jahres zum mindesten nicht ganz unbeteiligt gewesen ist.

Chamberlain hat daran erinnert, daß Macdonald bei der Londoner Konferenz den Franzosen die englische Mitwirkung bei der Lösung der Sicherheitsfrage sozusagen als Preis für ihre Zustimmung zu dem Reparationsabkommen in Aussicht gestellt habe. Die Regierung der Arbeiterpartei hat dann, um ihr Versprechen zu erfüllen, im September 1924 gemeinsam mit Frankreich das Genfer Protokoll geschlossen. Das Kabinett Baldwin hat dieses Protokoll nicht ratifiziert und nun, um dem enttäuschten Verbündeten einen gewissen Ersatz zu liefern, Herrn Stresemann die Initiative zu neuen Sicherheitsverhandlungen nahegelegt. Die Note Briands kam unter eifriger Mitwirkung der britischen Regierung zustande, die also mit dem konservativen Mehrheit des Unterhauses stark gebunden ist.

Insmerhin aber wird der Widerspruch, auf den Herr Chamberlain gestoßen ist, das Kabinett wohl veranlassen, bei den weiteren Erörterungen dieses Problems den deutschen Wünschen und Ansprüchen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, und wir möchten auch annehmen, daß es sich mit der Ueberweisung des Gegenstandes an eine internationale Konferenz einverstanden erklärt. Auf einer solchen Konferenz würden freilich auch für Deutschland die Verhältnisse nicht ganz einfach liegen, denn bei allen Ausstellungen, die wir an der Briandschen Antwort zu machen haben, dürfen wir nicht vergessen, daß sie sich in der Hauptsache in dem von dem Stresemannschen Memorandum gezeichneten Rahmen hält. Von deutscher Seite waren eine Reihe Alternativvorschlüsse gemacht worden, aber gleichzeitig wurde eine Kombination dieser Gedanken anheimgelassen. Wenn Briand der Anregung gefolgt ist und es sich dabei hat angelegen sein lassen, die französischen Interessen wahrzunehmen, so wird ihm das niemand eigentlich verargen können.

Das Memorandum stellte das Prinzip der Ablehnung des Krieges auf. Es erklärte einen Pakt für annehmbar, durch den ausdrücklich der gegenwärtige Bestzustand am Rhein und die Erfüllung der vertragmäßigen Verpflichtung zur Entmilitarisierung des Rheinlandes garantiert werden. Es schlug einen 'weitgehenden' Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich vor und erklärte die Bereitwilligkeit Deutschlands zum Abschluß derartiger Schiedsverträge für rechtliche und politische Konflikte auch gegenüber allen anderen Staaten. Die französische Note geht, wenn man von gewissen, der Aufklärung noch bedürftigen Punkten absteht, nur insofern darüber hinaus als sie die Garantien genauer umschreiben will und außerdem Frankreich als Garant der mit seinen eigenen Verbündeten, Polen und der Tschechoslowakei abzuschließenden Schiedsverträge einschließt. Hier kann und muß der Versuch zu einer Abänderung der französischen Programms einlehen.

Aber auch wenn er Erfolg hat, wird man sich in Deutschland in den verständnisvollen Kreisen noch immer fragen, welche Vorteile denn eigentlich bei Pakt und Schiedsverträgen für uns herauskommen. Gewiß, das Rheinland wird gegen französische An- und Zugriffe geschützt sein. Es ist weiter der Fortschritt zu verzeichnen, daß Deutschland zum erstenmal wieder mit formaler Gleichberechtigung in einen internationalen politischen Vertrag eintritt. Schließlich erfährt auch das allgemeine Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich eine Besserung, durch die die Stellung der friedenswilligen Elemente bei unseren westlichen Nachbarn gestärkt wird. Aber zunächst bleibt es doch dabei, daß wir noch einmal die Grenzfestsetzungen des Versailler Diktates ausdrücklich und freiwillig anerkennen und daß das Statut des Völkerbundes, dem wir nicht angehören, durch besondere Abkommen ergänzt wird.

Daß wir Sozialdemokraten jedes Streben nach einer gewaltsamen Aenderung der Ost- und Westgrenzen nachdrücklich ablehnen, braucht nicht noch einmal ausdrücklich verifiziert zu werden. Doch auch wir hätten den dringenden Wunsch, daß eine nochmalige feierliche Verpflichtung zu ihrer Anerkennung durch eine Gegenleistung der anderen Seite honoriert würde. Auf die Beanspruchung einer solchen Gegenleistung hat das Memorandum vollständig verzichtet, obwohl es doch beispielsweise nahegelegt hätte, die auch von Macdonald berührte Frage aufzuwerfen, ob denn nun, wenn Deutschland die in Aussicht gestellten Verpflichtungen eingehe, nicht endlich der Kommi-

gekommen sei, in dem seine Nachbarn den Einseitigkeitsatz des fünften Teils des Versailler Vertrages aus dem Papier in die Wirklichkeit überführen und mit einer Beschränkung ihrer Rüstungen begreifen.

Aber es gäbe eine Möglichkeit, alle diese Bedenken einigermaßen zu beschwichtigen, und sie bestände darin, daß die deutsche Regierung jetzt zunächst den Schritt täte, der ihr erneut von England und Frankreich angeraten wird, nämlich die Zulassung zum Völkerbund nachzusuchen. Die Lage würde in jeder Beziehung eine ganz andere sein, wenn das dem Völkerbund angehörende und in seinem Rat vertretene Deutschland die Verhandlungen über Sicherheitspakt und Schiedsverträge führte.

Man versteht die deutsche Regierung wirklich nicht mehr. Sie bietet Verpflichtungen an, die zum Teil beträchtlich über die auf Grund des Status für die Mitglieder des Völkerbunds bestehenden hinausgreifen. Sie will feierlich den Krieg ablehnen, der nach den Völkerbundsbedingungen — leider — keineswegs völlig ausgeschlossen ist. Sie bietet Schiedsverträge für rechtliche und politische Konflikte an, obwohl der Völkerbund — von unserem Standpunkt aus bedauerlicherweise — eine zwingende Kraft des Schiedspruchs in politischen Konflikten nicht vorsieht. Sie gibt in dem Schlußabsatz des Memorandums sogar zu erwägen, den Sicherheitspakt so zu gestalten, daß er eine alle Staaten der Welt umfassende Weltkonvention im Sinne des Genfer Protokolls vorbereite.

Was in aller Welt steht unter solchen Umständen dem Eintritt in den Völkerbund noch im Wege und muß man nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß gerade wegen des deutschen Jähzorns das mittrauische Frankreich die Bedingungen des Sicherheitspaktes zu erschweren geneigt ist?

Wir wissen, daß nach wie vor der Artikel 16 ins Treffen geführt wird, und daß sich die deutsche Regierung auf die Unmöglichkeit beruft, an der Exekution gegen einen den Schiedspruch ablehnenden Angreifer — will sagen Rußland — zu beteiligen. Daß dieser Artikel praktisch im Verhältnis zu allem anderen nur von untergeordneter Bedeutung ist, daß ein Mitglied des Bundes im übrigen nur dann verpflichtet ist, den Durchzug von Truppen zu gestatten, wenn es selbst seine Voraussetzung für gegeben erachtet, daß schließlich für Deutschland keine Vergünstigungen geschaffen werden können, die andere Mitglieder nicht genießen, steht fest, und mehr als je muß man daher gerade nach dem so weit gehenden deutschen Memorandum das Hervorheben des Artikels 16 für einen Vorwand halten.

Wir können, um es zusammenzufassen, von dem Februarvorschlag nicht mehr zurücktreten, ohne uns in einen neuen Gegenstand nicht nur zu Frankreich, sondern auch zu den übrigen Staaten zu bringen. Aber wir müssen in den Völkerbund hinein, um Sicherheitspakt und Schiedsverträge auf dieser günstigeren Basis abzuschließen.

Chamberlain über das Durchmarschrecht.

Nach den kritischen Ausführungen Macdonalds und Lord Georges hielt Chamberlain eine zweite Rede, aus der noch folgendes nachzutragen wäre:

Macdonalds erste Frage habe gelautet: Geseht den Fall, daß Polen von Rußland angegriffen wird, daß Frankreich infolgedessen das Durchzugsrecht von Deutschland fordert, und daß Deutschland nicht bereit ist, dieses ohne Gewaltanwendung zu gestatten, und daß Krieg ausbricht, welches wird dann unsere Lage sein? Chamberlain sagte, Macdonald werde sicher erkennen, daß diese Frage nichts mit der in Aussicht genommenen Vereinbarung zu tun habe, sondern daß es sich darum handle, zu wissen, was unter der gegenwärtigen Völkerbundsordnung geschehen werde.

Diese neuen Vereinbarungen geben niemanden das Recht, fremdes Gebiet zu durchqueren.

Dieses Recht, um einem anderen zu Unrecht Angegriffenen zu helfen, stütze sich in keiner Weise auf die neuen Vorschläge, sondern falle in das Gebiet der Völkerbundsordnung. Die neuen Vorschläge schränken in dieser Hinsicht nichts Neues ein. Es handle sich um folgendes: Wenn eine unabwendbare Kriegsgefahr drohe, dann

ziehe der Völkerbundrat die Angelegenheit in Erwägung. Wenn der Völkerbundrat zu dem Schluß gelangt, daß jemand im Unrecht und als Angreifer zu betrachten sei und wenn der Bund zum Schutze der angegriffenen Nationen gegen den Angreifer aufgerufen sei, dann müsse zunächst, wenn der Angreifer zum Völkerbund gehöre, die Bestimmungen des Artikels 16 der Völkerbundsordnung restlos in Anwendung gebracht werden. Wenn es sich nicht um ein Mitglied handle, dann müsse die Aufforderung an ihn ergehen, gemäß Artikel 17 wegen der fraglichen Angelegenheit dem Bunde beizutreten. Erst wenn der Völkerbund zu dem Ergebnis komme, daß die persönlichen Mittel erschöpft und erfolglos geblieben sind und wenn er daraufhin alle seine Mitgliedernationen aufgefordert habe, dem benachbarten Lande jeden Beistand und jeden Schutz gegen den Angreifer zu gewähren, erst dann könne die Frage eines Durchzugsrechtes durch fremdes Gebiet aufgeworfen werden. Chamberlain fragte, ob es einen Menschen gäbe, der glaube, daß eine militärische Besetzung irgendeines Landes es wagen würde, ihre Heere den Gefahren einer langen Verbindungslinie auszusetzen, die sich durch fremdes Gebiet erstreckt, wenn sie nicht zuvor völlig sicher sei, daß das betreffende fremde Volk durchaus friedlich gesinnt sei.

Hier fragte Macdonald: Und wenn nun keine Entscheidung nach Artikel 16 der Völkerbundsordnung vorliegt? Chamberlain erwiderte: „Dann gibtes kein Recht zum Durchmarsch.“

Macdonald fragte wieder: Und wenn Frankreich einen Vertrag mit Polen zum Schutze Polens hat, und wenn dieser Vertrag dann in Kraft tritt, wie steht es dann? Chamberlain antwortete: „Dann stehen wir da, wo wir jetzt stehen.“ (Beifall.)

Chamberlain fuhr fort: Nach Ansicht der britischen Regierung hat niemand das Recht, durch das Gebiet eines anderen Landes zu marschieren, um einem dritten Staat zu Hilfe zu kommen, außer den im Völkerbund festgesetzten Bedingungen und im Fall, daß eine Aufforderung vom Völkerbund ausgegangen ist.

Chamberlain sagte weiter, Macdonald habe noch gefragt, ob Großbritannien verpflichtet sein würde, sich an einem Kriege zu beteiligen, wenn Rußland und Polen einen Streit hätten. In diesem Falle würde England keine Verpflichtung infolge der neuen Vereinbarungen haben, sondern nur die alten Verpflichtungen, die es als Unterzeichner des Völkerbundes habe.

Deutschnationale Parteiangelegenheiten.

Herr Laverrenz und die „Nationalpost“.

Die Angelegenheit der „Nationalpost“ wird weitere Kreise ziehen und die Öffentlichkeit noch mehr beschäftigen. Wir erhalten folgendes Schreiben von Herrn Laverrenz:

„In der heutigen Morgennummer Ihres Blattes findet sich ein Artikel unter der Ueberschrift „Ehrbare Kaufleute“, der sich mit meiner Person beschäftigt. Ich darf Sie ergebenst um Aufnahme nachstehender Erklärung in der nächsten Nummer Ihres Blattes ersuchen:

„In Nr. 285 des „Vorwärts“ vom 25. ds. Mts. ist ein Aufsatz unter der Ueberschrift „Ehrbare Kaufleute“, „Einige Fragen an Herrn Laverrenz“ erschienen, zu dem ich nachstehendes zu bemerken habe: „Verantwortlicher Geschäftsführer der „Nationalpost“ G. m. b. H. ist nach der Eintragung im Handelsregister der Verlagbuchhändler F. C. Kentsch. Als solcher wird er sich für alle Maßnahmen zu verantworten haben, die er getroffen hat. Bereits vor Wochen habe ich ihn die Aufforderung gerichtet, seinen Posten als Geschäftsführer der „Nationalpost“ G. m. b. H. niederzulegen, da seine Tätigkeit mir nicht vereinbar erschien mit den Auffassungen, wie ich sie zu vertreten die Pflicht habe. Um die in der Geschäftsführung zutage getretenen Erscheinungen restlos und vor breiter Öffentlichkeit aufzuklären zu können, habe ich noch vor Erscheinen des obgenannten Artikels Strafanzeige gegen Herrn Kentsch bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I in Berlin gestellt, nachdem zuvor Herr Kentsch durch Beschluß des Vorstandes des Landesverbandes Berlin aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschlossen worden ist. In Anbetracht dieser Sachlage habe ich keine Veranlassung, mich im einzelnen mit den an mich gestellten zwölf Fragen zu beschäftigen. Zu dem Schlußsatz der abgedruckten Zuschrift bemerke ich noch, daß mir von einem Verkauf der Verlagsrechte der „Nationalpost“ G. m. b. H. meinerseits nichts bekannt ist. Hochachtungsvoll Laverrenz R. d. R.“

Man kann nach diesem Brief den materiellen Inhalt der von uns wiedergegebenen Fragen, auf den Herr Laverrenz nicht eingeht, als wahr unterstellen. Es bleibt die Frage der moralischen und der strafrechtlichen Verantwortung. Daß in der Geschäftsführung der „Nationalpost“ kriminelle Delikte vorgekommen sind, bestätigt Herr Laverrenz mit seiner Strafanzeige. Er lehnt die Verantwortung ab. Bei der Auseinandersetzung vor Gericht wird die Öffentlichkeit erfahren, welche Schritte vorliegen, und wer die Verantwortung trägt. Man darf darauf gespannt sein.

Der deutsch-polnische Zollkrieg.

Die polnischen Einfuhrverbote Deutschland gegenüber rechtserkäftig.

Warschau, 25. Juni. (Ost-Expres.) Der Handelsminister hat im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem für Landwirtschaft Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über das Verbot der Einfuhr von Waren aus Staaten, in denen polnische Waren von Einfuhrverboten betroffen werden, erlassen. Danach tritt Sonnabend, den 27. Juni, das Einfuhrverbot Deutschland gegenüber in Kraft; es erstreckt sich auf 70 Warenbezeichnungen, die fast den ganzen deutschen Export nach Polen umfassen. Der Handelsminister kann die deutsche Wareneinfuhr in Einzelfällen oder im Rahmen bestimmter Kontingente vom Verbote befreien, und zwar in dem Maße, in dem polnische Waren nach Deutschland zugelassen werden.

Ein von der amtlichen polnischen Telegraphen-Agentur verbreitetes Communiqué sucht den Angriffscharakter des Einfuhrverbots abzustreifen und verweist auf die Notwendigkeit, mit Deutschland ein provisorisches Abkommen zu schließen, das die Möglichkeit wirtschaftlicher Repressalien beseitigt und eine bessere Atmosphäre für die Verhandlungen über den endgültigen Handelsvertrag schaffen würde. Die polnischen Bedingungen für ein solches Provisorium seien: 1. Beide Parteien bekennen sich zu dem Grundsatz des freien Warenverkehrs, Polen verzichtet also auf die Anwendung der Einfuhrverbote, Deutschland soll auf Einschränkung der Kohleneinfuhr aus Ost-Oberschlesien verzichten; 2. Polen ist bereit, Deutschland eine Reihe Zollleichterungen einzuräumen, die andern Ländern durch Handelsverträge zugestanden worden sind; es verlangt aber entsprechende Kompensation von Deutschland.

Diese Bedingungen weichen stark von dem deutschen Programm ab, das für die Dauer des Provisoriums folgende Regelung vorsieht: 1. Gegenseitige zollpolitische Reziprozität; 2. Aufenthaltsgeld für Handelsreisende sowie Vereinbarung über die Warenprobenentnahmen; 3. Aufhebung der Liquidation für die Dauer des Provisoriums; 4. Einfuhrkontingent für die polnische Kohle in Höhe von 100 000 Tonnen monatlich.

Angesichts des starken Auseinandergehens der beiden Programme spricht das polnische Communiqué die Befürchtung aus, daß es zwischen beiden Staaten nicht nur heute, sondern auch in Zukunft zu weitgehenden Reibungen kommen könne. — Wie die „Rzeczpospolita“ meldet, sind Korsantj und der Leiter der Kohlenabteilung des Handelsministeriums Cybulski als Sachverständige zu den Berliner Verhandlungen berufen worden.

Für morgen ist ein Exposé Grabstis in der vereinigten Finanz- und Budgetkommission über die Wirtschaftspolitik, die amerikanische Kuleihe und die Geldpolitik der Bank Polski angekündigt worden.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Ferienbeginn am 4. Juli.

Der Aeltestenrat des Landtages legte am Donnerstag den Beratungsplan für die Zeit bis zu den Ferien, 4. Juli, fest. Die Abstimmungen zum Domänen- und Forstetat sollen am Dienstag stattfinden. Bis zum 4. Juli sollen noch behandelt werden Beamtenfragen, obersteinstufige Fragen, Grundbesitzerfragen, Parterredialing, Statuten der Kammer, Gewerbesteuernebel und der soziale demokratische Antrag auf Bewahrung einer Wirtschaftshilfe von 100 M. an die unteren Beamtenruppen. Der Montag bleibt wegen katholischen Feiertags fähigkeitsfrei.

Ferdinand Coennies 70 Jahre.

Vor 70 Jahren, am 26. Juni 1855 wurde in dem Kirchspiel Oidensw in Schleswig ein Mann geboren, der auf die Wissenschaft und auf das öffentliche Leben einen großen Einfluß gewinnen sollte. Ein Mann von einer Vielseitigkeit, wie es gar wenige in der Wissenschaft gegeben hat und wie sie selbst in früheren Jahrhunderten, wo der heutige Umfang und die Spezialisierung der Wissenschaften unbekannt waren, nur selten zu finden sind.

Obgleich Ferdinand Coennies den normalen Weg des Akademikers zurückgelegt hatte, wurde er doch auf den weiten Gebieten, in denen sein Name die Wissenschaft förderte, erst durch Selbststudium heimisch; so in der Nationalökonomie, in der Philosophie und vor allem in der Soziologie, zu deren Begründern auf deutschem Boden er in allererster Reihe zu nennen ist, als Verfasser seines tiefdurchdachten, wenn auch nicht unbestrittenen Werks „Gemeinschaft und Gesellschaft“. Wenn er auch vor allem wegen der Fülle seiner wissenschaftlichen Arbeiten dem politischen Gebiete ferngeblieben ist, so hat er doch bei der preussischen Regierung unter der kaiserlichen Zeit durch seine Arbeit immer Vertrauen angestellt. Er, der weit mehr in seinen frühen Mannesjahren geleistet hat als Hunderte, die längst Professoren wurden, konnte erst im 54. Jahre eine ordentliche Professur erreichen. Selbst die Vertreter des alten Systems werden nicht behaupten können, daß seine bewundernswürdige Vielseitigkeit ihn gehindert hätte, überaus gründliche wissenschaftliche Arbeit zu leisten. Mit einer Sicherheit in der Beherrschung der Wissenschaft, wie sie selten ist, hat er ethische, psychologische, soziologische, metaphysische Probleme erörtert, wie er auch durchaus selbständige und Wege weisende Schriften auf dem Gebiete der Statistik, der Nationalökonomie, der Geschichte, der Kriminalistik, ja selbst der Technik veröffentlicht hat. Dabei war er durchaus kein Mann, der aus Büchern neue Bücher schuf. Mit offenen Augen ging er durch die Welt. Er konnte über den großen Staatsphilosophen Hobbes ebenso schreiben wie über die Lage der deutschen Seeleute. Er verstand es auch, ungeheures Wissen in kleinem Raum und dabei klar und gemeinverständlich darzulegen, so in dem kleinen Büchlein über die Entwicklung der sozialen Frage, das zwar in mehreren Auflagen erschienen ist, aber in unseren Kreisen noch weit größere Verbreitung verdienen würde. An den Schriften des Vereins für Sozialpolitik beteiligte er sich und auf den Kongressen dieser Vereinigung fanden seine Reden stets große Aufmerksamkeit. Einen starken Trieb, sich seinen Kreisen verständlich zu machen, beobachtete man während seines ganzen Lebens. An fast allen philosophischen wie nationalökonomischen Zeitchriften, aber auch an vielen, sich an die Allgemeinheit und nicht bloß an die Hochgelehrten wendenden Organen finden wir ihn als Mitarbeiter. Viel hat er sich versprochen vor der vor dreißig Jahren in Blüte gestandenen Göttinger Bewegung, deren Förderer er war. Daß sich ein Mann wie Coennies das Studium der öffentlichen Meinung und der Journalistik im hohen Lebensalter erwählte, ist gerade durch die Vielseitigkeit seiner geistigen Interessen zu erklären.

ist im hohen Lebensalter erwählte, ist gerade durch die Vielseitigkeit seiner geistigen Interessen zu erklären.

In ganz besonders hohem Maße war Coennies von den Anfängen bis zum heutigen Stand seiner wissenschaftlichen Arbeit zur Betätigung im öffentlichen Leben vorweg bestimmt. Trotdem hat der Mann den Weg zu einer politischen Partei nicht gefunden. In dem Lande des Kaisers war für einen Mann der Unversittlichkeit nur der Anschluß an eine bürgerliche Partei möglich. Aber keine wollte ihn haben und keiner konnte er dienen. Wenn irgendeine Partei diesen Gelehrten von so großer Bedeutung für sich beanspruchte, so kann es nur die Sozialdemokratische Partei sein. Mit ihr hat er trotz aller seiner politischen Zurückhaltung Fühlung gehalten. Er freute sich, Friedrich Engels und August Bebel gekannt zu haben. Er hat nicht, wie die Mehrzahl der Professoren an deutschen Universitäten den Untergang der alten Kaiser- und Königsheerlichkeit beklagt. Er bekennt sich auch freudig zur Republik.

Wir grüßen ihn als einen der Ausbauer eines neuen Deutschlands, wir sind überzeugt, daß die Früchte seines wissenschaftlichen Wirkens in einem sozialen Deutschland reifen und die Wissenschaft dauernd befruchten werden. So grüßen wir den Siebzighährigen, den freudigen Schaffter, der weiterarbeitet und noch lange in gleichem Geiste wirken möge!

Auf dem Bahnsteig.

Frauchend und zischend fährt der Zug in den Vorortbahnhof ein. Noch ehe er richtig halt, werden schon die Türen von ungeduldrigen Händen aufgerissen; lachende, sonnengebräunte Menschen werden sichtbar. Dann erfüllen sie den Bahnsteig und drängen eilig zur Sperre. Der Zug, der mit dem Auf und Ab der Gesichter an den Fenstern bei seiner Einfahrt fast überlebendig wirkt, bleibt leer und tot zurück. Wie sein Herr und Meister, der Lokomotivführer, ihn jetzt zur Weiterfahrt antreibt, achtet er widerwiltig und asthmatisch; es — lohnt — sich nicht — es — lohnt — sich nicht. Von der undankbaren Menge, die er bis hierher geführt hat, schaut sich niemand nach ihm um. Nur schnell erst herunter vom Bahnsteig, fort, fort! — Dort die Mutter mit dem Kuckuck auf dem Rücken sucht nach den Fahrkarten, während ihre vier Sprößlinge sie ungeduldig umdrängen wie Entenküken, die Wasser wittern. Denn das ist hier die Lösung: Wasser! Vom nahen Freibad her scheint sein Dunst aufzusteigen und die Luft mit Unruhe und Frohman zu erfüllen.

Jetzt muß an der Sperre eine Stauung eingetreten sein; es geht nicht mehr vorwärts. Erst ein Weilschen ungeduldriges Warten — dreißig Sekunden sind hier eine lange Zeit — dann verjährt jeder, den Grund des Aufenthaltes zu erfahren. Und jetzt stehen alle im Halbkreis um ihn herum — ein kaum zehnjähriger Knirps ist's; berstet, mit einem nicht ganz feineren Sporthelm und knallblauen Walschleichen bekleidet, in der Hand ein blaues Badewäsche. Sein Gesicht ist dunkelrot, seine Lippen sind trostig zusammengepreßt; die Tränen, die ihm nur zu gerne herunterrollen zu wollen scheinen, gützlich er behelohet. Der Eisen-

bahnbeamte bemüht sich, sehr streng auszugehen, trotdem in seinen Mundwinkeln ein Lächeln zuat: „Mit der Karte kannst Du nur in Berlin fahren! Du bist wohl Mutter ausgedrückt?“ Kopf schütteln. „Wo?“ „Ich wollte baden gehen!“ Ganz langsam und flegel kommt es heraus. Nach und nach erfährt man, daß die Mutter den Tag über plätten acht und dem Jungen zehn Pfennige gegeben hatte, damit er eine städtische Badeanstalt aufsuchen konnte. Aber dem hatten seine Mitschüler (sozial von dem Freibad hier draußen erzählt; sie kamen so oft heraus! Da hatte den kleinen Kerl die Lust danach gepakt und der hatte sich heut mit seinem Groschen auf die Eisenbahn gesetzt. Die Erzählung ist von einer rührenden Komik. Der Beamte kann nun doch nicht mehr ganz ernst bleiben; hoffnungsvoll sieht das Büchlein zu ihm auf. „Hast Du denn noch Geld zum heimfahren?“ „Nein.“ „Ja, aber wie willst Du denn nach Hause kommen?“ „Rausen.“ Aber in der Badeanstalt kostet's auch Eintritt! Das ist zu viel. Erst langsam, dann immer schneller rieseln die Tränen über das Kindergesicht. Ein junges Ehepaar legt sich ins Mittel, löst dem Kleinen die Zusperrkarte und nimmt ihn mit heraus. — Abends um sechs trafen sich die drei auf dem Bahnsfeld wieder. Der Junge mochte mich ebenfalls erkennen; er lachte mich an mit einem so glücklichen Gesicht, als seien ihm sämtliche Wunder der Märchenbücher zu harmlosen Selbstverständlichkeiten geworden.

Dr. Martin Jüdel übernimmt am 1. August die Direktion des Theaters und steht mit der Leitung des Reichstheater in Unterhandlung, um auch diese Bühne zu pachten.

Arbeiten der Handwerkerkassen werden in einer Sonderausstellung bei L. W. v. Goldammer Straße 12, gezeigt.

Die Ziehung der Westlosterie des Hilfsbundes für deutsche Musikpflege G. V. findet am 27. nachmittags 4 Uhr, im Reichsaal (Drammer Saal), Köpenicker Straße 38, statt. Die Ziehung ist öffentlich, so daß jeder Teilnehmer daran teilnehmen kann. Der Losverkauf wird Freitagabend geschlossen.

Professor Felix Klein, der Mathematiker der Göttinger Universität, ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Er hat sich nicht nur durch seine wissenschaftlichen Forschungen, sondern auch durch seine Beziehungen zur Reform des naturwissenschaftlichen und mathematischen Schulunterrichts Verdienste erworben.

Generalinspektordirektor Hans Winderstein, der Leiter des staatlichen Kurorchesters in Bad Nauheim, ist nach kurzem, schwerem Leiden verstorben. Der Künstler ist vor allem bekannt geworden durch die Begründung des Bühnenorchesters (Winderstein) in Veltheim. Auch als Komponist hat sich Winderstein durch Orchesterstücke undlieder einen Namen gemacht. In Bad Nauheim wirkte er seit fast zwei Jahrzehnten.

Verlooster Kassen und. Eine Prognose von außerordentlichem künstlerischen Werts, die aus der Bilanz der griechischen Kunst stammt, wurde von Hübner aus dem Meere gezogen, die im in die Höhe von Athen gebildet hatten. Die Statue misst 1,35 m und hat einen nackten Knaben dar. Nach der Meinung der Kunstschichtlichen der griechischen Regierung stammt diese Statue aus dem 5. vorchristlichen Jahrhundert. Sie wurde dem Nationalmuseum in Athen übergeben.

Die Bevölkerung Moskaus. Nach den neuesten Angaben betrug die Bevölkerung Moskaus zu Beginn des laufenden Jahres 1 754 754 Köpfe. Die in der Zeit vor dem Jahre 1904 710 Menschen, wovon in Moskau 600 000 Einwohner waren, 100 000 Menschen in den Vororten, die von Staatsbedürfnissen oder unternehmungen geworben sind, 58 000 Menschen in den Vororten und nur 102 500 in Häusern privater Häuser. Im Vergleich zum Jahre 1908 hat sich die Bevölkerung Moskaus um 11 % erhöht.

Die Entlarvung der Aufwertungsbetrüger.

Schutz den Inflationsgewinnern! — Vertröstung der enteigneten Gläubiger. Verhöhnung mit „Wohlfahrtspekulanz“.

Die Donnerstagssitzung des Aufwertungsausschusses bewies, daß der sehr deutliche Meinungsaustausch, den die Sparer und Gläubiger tags zuvor in den Wandelhallen des Reichstages mit einer Anzahl Abgeordneter der Rechten geführt hatten, fruchtlos geblieben war. Die Regierungsmehrheit stellte sich selbst in einer Weise bloß wie das trotz aller bisherigen Erfahrungen noch nicht erlebt wurde. Das Kompromiß dieser Parteien läuft bekanntlich darauf hinaus, den Anteilhabern keinen fortlaufenden Zins, sondern nur ein Auslösungsrecht zu geben. Die ersten Kompromißvorschlüsse, nach denen bei der Auslösung neben dem Kennbetrag des Auslösungsrechts noch ein „Sondergeld“ in gleicher Höhe gewährt werden sollte, sind inzwischen durch neue ersetzt worden, wonach das Sondergeld das Einzehalffache des Kennbetrags ausmachen soll. Der Gläubiger würde also bei der Auslösung seiner Studie 250 Proz. seiner auf 5 Proz. reduzierten ursprünglichen Anleihe bekommen. Mit anderen Worten: für 1000 M. Reichsanleihe stünden dem Gläubiger 125 M. zu. Dazu soll ein Zinssatz von 4 1/2 Proz. pro Jahr für die zwischen dem 1. Januar 1926 und dem Tage der Auslösung liegende Zeit kommen.

Nachdem die Kompromißparteien unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge dieses komplizierte System beschlossen hatten, wurden sie von den Sozialdemokraten vor eine heikle Entscheidung gestellt. Unsere Genossen beantragten jetzt, zu dem Sondergeld noch einen Ausgleichsbetrag zu fügen, der gedeckt werden soll durch folgende Abgaben:

1. Eine Sondersteuer von den Vermögen über 30 000 M., die in der Kriegs- und Nachkriegszeit neu entstanden sind, in einer Zuwachs-erfahren oder sich gegenüber dem Ergebnis der Verzehrsbeitragsanlagung nicht um mehr als 20 Proz. vermindert haben;
2. eine Sondersteuer von den Gewinnen aus Grundstücksveräußerungen;
3. eine Sondersteuer vom entschuldeten ländlichen Grundbesitz.

Abg. Kell (Soz.) führte den Regierungsparteien bei Begründung des Antrags zu Gemüte, daß es nun gelte, Farbe zu bekennen. Werde der populäre Gedanke, den glücklichen Besitzenden, die mit heller Haut oder stark bereichert durch die Notzeit hindurchgekommen sind, eine Abgabe zugunsten der Verarmten aufzuerlegen, abgelehnt, so werde die bei den Reichstagsdeputierten zum Ausdruck geformene Enttäuschung sich zu heller Empörung steigern. Die Verschiebung der Besteuerung der Inflationsgewinne bedeute ihre Vertagung auf den St. Nimmerleinstag. Wenn ein Grundbesitzer eine halbe Million Hypothekenschuld in wertlosom Papiergeld zurückgezahlt habe, so habe sich sein Vermögen in diesem Verhältnis vermehrt, und es sei seine selbstverständliche moralische Pflicht, beizusteuern zur Erhaltung der Verarmten, die durch die Geldentwertung um ihr Vermögen gekommen sind. Nachdem vom städtischen Grundbesitz seit Jahren in Form der Hauszinssteuer eine auf den Mieter abgewälzte Entschuldigungssteuer erhoben werde, sei es ein himmelschreiendes Unrecht, den dank der Inflation entschuldeten ländlichen Grundbesitz frei ausgehen zu lassen. Darum solle das Reich diese Steuer, die die Länder nicht erheben wollen, für sich in Anspruch nehmen. Im Falle der Ablehnung des Antrages könnten sich die Regierungsparteien auf weitere/schärfste Kämpfe gefaßt machen.

Hatten die Vertreter der Regierungsparteien bei den früheren Debatten über die Besteuerung der Inflationsgewinne sich mit unbestimmten Redensarten durchgeholfen, so mußten sie jetzt Stellung nehmen. Sie taten es der Reihe nach mit „viel Sympathie für den Grundgedanken des sozialdemokratischen Antrags“, aber mit dem Schlußeffekt der Ablehnung. Die Herren Emminger (Bayer. Vp.), Scheiter (3.), Driffen (Vp.), Wunderlich (D. Vp.) versicherten sämtlich, daß sie „im Prinzip“ für den Gedanken seien, daß er aber jetzt nicht durchführbar sei und es sich nicht empfehle, ihn „schon jetzt“ präzisieren in das Gesetz hineinzuschreiben. Die Deutschnationalen schwebten sich diesmal aus, stimmten aber natürlich mit ihren Koalitionsgenossen den Antrag glatt nieder. Die Radikaler der Inflation bleiben also geschont, die Opfer können weiter hungern.

Gleich beim nächsten Punkt wurde das noch einmal brutal zum Ausdruck gebracht. Trotz des vom Abg. Duesel (Soz.) zahlenmäßig erbrachten Nachweises, daß eine sofortige Verzinsung der neuen Anleihe mit 5 Proz. möglich sei, wurde diese Verzinsung abgelehnt und an dem oben dargestellten Auslösungsverfahren festgehalten.

Bei der Vorzugsrente, die den bedürftigen Anteilhabern bzw. ihren minderjährigen Nachkommen gewährt werden soll, kämpfte unsere Genossen für die Erweiterung des Kreises der Bezugberechtigten und für die Erhöhung der Rente. Sie beantragten, als bedürftig anzuerkennen alle die, deren Einkommen 1200 M. nicht übersteigt. Die Mehrheit lehnte den Antrag ab und zog die Grenze der Bedürftigkeit bei 800 M. Einkommen. Unsere Genossen beantragten weiter, die Vorzugsrente auf 100 Proz. des Auslösungsrechts zu bemessen, was dem ursprünglichen fünfprozentigen Zins der Reichsanleihe gleichkäme. Auch dieser Antrag verfiel der Ablehnung. Dasselbe Schicksal hatte der Eventualantrag unserer Genossen, wenigstens die 40 Prozent, die die Regierungsparteien gewähren wollten, auf 50 Proz. zu erhöhen. Mit 13 gegen 10 Stimmen wurde der Antrag „erledigt“.

Stürmische Heiterkeit erweckte nach diesen Entscheidungen der Antrag der Regierungsparteien, einen „Wohlfahrtsfonds“ zu schaffen, aus dem Anstalten der freien Wohlfahrtspflege, die durch die Anteilentwertung Verluste erlitten haben, eine „Wohlfahrtsrente“ erhalten sollen. Gespelt werden soll dieser Fonds bis zum Höchstbetrag von 5 Millionen Mark allen Erstes aus den Einnahmen aus den Zöllen für — Schweinefleisch, Roggen, Weizen usw. Die Redner der Linken bezeichneten den Antrag als „Schweinefleischantrag“ und erblühten in ihm „den Speck, mit dem man Mäuse fängt“. Vom Possenspiel, von der Verhöhnung der Enteigneten wurde mit Recht gesprochen. Unsere Redner erklärten, wenn das Zollgesetz so zustande kommen sollte, dann müsse in erst zu nehmender Weise für die Verwendung der Zollerträge zur Erfüllung sozialer Aufgaben gesorgt werden. Was hier vorgeschlagen sei, sei ein Hohn auf den sozialen Gedanken. Trotzdem nahmen die Regierungsparteien ihren Antrag an, auch der Satz über den Zoll vom Schweinefleisch, den Freiherr v. Rittberg (Dem.) zu streichen beantragte, fand eine Mehrheit.

Der neue amerikanische Botschafter in Berlin, S. Gould Schenck, ist hier eingetroffen.

Die Abkündigung der Todesstrafe wird eine der ersten Sozialgesetze der neuen Arbeiterregierung in Kiew sein.

Der zweite Rathenau-Prozess.

Brandt als Mitwisser des Mordes. — Belastende Briefe bei Küchenmeister.

Im weiteren Verlauf der Vernehmungen im Rathenau-Prozess verweigert sich der Angeklagte Brandt in verschiedene Widersprüche zu seinen früheren Angaben. So erklärt er, Kern und Fischer in einer persönlichen Unterhaltung von dem Unternehmen abgeraten zu haben, während er das nach seiner früheren Aussage telefonisch getan hat. Er habe Kern und Fischer gebeten, sich einem Schiedsspruch Tilleffens, den man als Vorgezogenen angerufen hätte, zu fügen und habe auch mit Tilleffens in dieser Angelegenheit gesprochen. Er habe dann Berlin sofort verlassen, da Tilleffens ihn dazu aufgefordert und er das als einen Befehl angesehen habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er denn nicht mit Küchenmeisters Automobil zurückgefahren sei und auf diese Weise die Benutzung des Wagens zum Mord verhindert und weshalb er keine Anzeige erstattet habe, kann Brandt keine überzeugenden Auslagen machen. Er gibt schließlich an, Angst vor Verhaftung habe ihn zur Reise nach Bayern veranlaßt und den Wagen Küchenmeisters habe er stehen lassen, weil ihm sein Standort unbekannt gewesen sei und es ihm an Zeit gefehlt habe, diesen von Lechow in Erfahrung zu bringen. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt er, er habe ein Attentat auf Rathenau, das bei seiner Rückkehr von Genau geplant war, verhindert.

Der Vorsitzende wendet sich darauf dem Angeklagten Küchenmeister zu, der das Mordauto gestellt hat. Küchenmeister ist hauptsächlich befragt durch

eine Reihe von Briefen.

die er nach der Tat und nach seiner Flucht hauptsächlich an seinen Vater und an seine Frau gerichtet hat. Aus diesen Briefen geht nicht hervor, daß Küchenmeister mit Brandt oder einem der anderen Komplizen über den beabsichtigten Mord gesprochen hat. Sie zeigen aber deutlich, daß Küchenmeister genau wußte, wozu es sich handelte und welchen Zwecken das Automobil dienen sollte. Sie beweisen weiter, daß Küchenmeister aus Freiburg geflohen ist, weil er voraussetzte, daß er zur Verantwortung gezogen würde.

Der Angeklagte versucht sich vor Gericht darauf hinauszureden, daß er an und für sich eine psychopathische Natur sei und daß er außerdem unter dem Eindruck der Geschehnisse jeden Logiksinns verloren habe und versucht glaubhaft zu machen, daß er keine Ahnung von dem beabsichtigten Mord hatte. Diesen Angaben widersprechen die klaren geschäftlichen Dispositionen, die Küchenmeister in der Zeit nach dem Mord getroffen hat. Es ist sehr bezeichnend, daß bei der Verlesung der geschäftlichen Mitteilungen die Verteidigung den Antrag stellte, auf weitere Verlesungen dieser Art zu verzichten, da sie den Angeklagten zu sehr erregten, und als wahr zu unterstellen, daß sich Küchenmeister in geschäftlichen Dingen durchaus klar ausgedrückt habe.

Die Zeugenvernehmung.

Korvettenkapitän a. D. Frh. von Mendroth, der bereits im D.-C.-Prozess eine gewisse Rolle spielte, behauptet als Zeuge, Brandt sei ein Gegner des politischen Mordes gewesen. Bei seinem Zusammensein mit Brandt in Dresden nach dessen Rückkehr aus Freiburg habe er nichts davon bemerkt, daß ein Anschlag auf Rathenau geplant war. Dagegen habe er angenommen, daß im Frühjahr 1922 in Düsseldorf verurteilte D.-C.-Geute befreit werden sollten. Er konnte jedoch keine genauen Angaben machen, inwiefern Brandt an dieser Angelegenheit beteiligt sein sollte.

Landwirt Steinbeck behauptet als Zeuge, Brandt habe im Rheinland festgesetzte Kameraden befreien wollen. Der Bruder des Angeklagten Küchenmeister, an den sich Brandt zunächst wandte, macht die bemerkenswerte Aussage, daß sich Brandt ziemlich lange um die Erklärung über die Verwendung des Autos herumgedrückt und dann schließlich angegeben habe, das Auto solle zu

Militärputsch in Griechenland.

Offiziersherrschaft als Sparmaßnahme!

London, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Aus Athen eingetroffene Nachrichten besagen, daß „nationalbolsewistische“ Offiziere unter der Führung des Generals Pangalos in der vergangenen Nacht durch einen Staatsstreich, der vollkommen gelang, die Macht an sich gerissen haben. Der Bahnhof, das Generalsquartier und alle anderen öffentlichen Gebäude sollen sie besetzt, das Kabinett Michalopoulos, das schon vor einigen Tagen zurückgetreten, aber wieder eingesetzt worden war, abgesetzt und die Militärdiktatur proklamiert haben. Auch eine große Anzahl Marineoffiziere unter der Führung des Admirals Hadjilafos sollen sich den Revolutionären angeschlossen haben. Blutzige Zusammenstöße werden nicht gemeldet. In einem Aufruf sagt der Führer der Revolution, der Ansturz beruhe auf der Stimmung und den Forderungen des gesamten Volkes. Das Volk wünsche die Beilegung der gegenwärtigen Finanzwirtschaft und ein Ende der bisherigen Verschwendung.

Ganz genau so wie in Athen lief der Putsch auch in Saloniki.

Französischer sozialistischer Parteitag.

Frühere Einberufung.

Paris, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Sozialistische Parteivorstand hat beschlossen, den auf den 18. August in Aussicht genommenen Parteitag mit Rücksicht auf die politische Lage schon zum 12. Juli nach Paris einzuberufen. Die einstimmig gefasste Vorstandsresolution stellt zunächst fest, daß die Mehrheit des Parteivorstandes zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß das Kabinett Painleve nicht weiter geführt werden könne; da die Abstimmung innerhalb der Fraktion eine klare Entscheidung nicht gebracht habe, hält es der Parteivorstand für angebracht, die Frage sobald wie möglich dem Parteitag zu unterbreiten, der vier Tage dauern soll.

Caillaux treibt Inflation. — Neuer Frankensurz.

Paris, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hofft das Budget noch vor dem 1. Juli durchberaten zu haben, um im unmittelbaren Anschluß daran die Caillauxschen Finanzreformen zu verhandeln. Die entscheidende Auseinandersetzung zwischen der Regierung und einem trohen Teil ihrer bisherigen Mehrheit dürfte also voraussichtlich schon in den ersten Tagen des kommenden Monats erfolgen. Caillaux hat es angefaßt der gespannten Lage für gut befunden, der Linken eine neue Konzession zu machen. Er hat sich im Gegensatz zu der bisherigen Haltung bereit erklärt, den bisher geheim gehaltenen zweiten Teil seines Sanierungsprogramms (Maßnahmen zur Kompensierung der Schuld und zur Stabilisierung der Währung) noch vor Beginn der Diskussion über die Steinerhöhungen bekanntzugeben und hat deren Richtlinien bereits vertraulich der Finanzkommission mitgeteilt.

Der inflationistische Charakter des Sanierungsprogramms Caillaux wird täglich deutlicher. Caillaux hatte ursprünglich beabsichtigt, die Einlösung der am 1. Juli verfallenden kurzfristigen Verbindlichkeiten von mehreren Milliarden durch vorübergehende Erhöhung des Notenumlaufs zu bewerkstelligen. Der entschiedene Widerstand eines großen Teiles der Linken unter Führung der Sozialisten hat ihn nunmehr bestimmt, dieses Projekt endgültig zu lassen. Caillaux will eine wertbeständige Anleihe auflegen, die bereits die volle Zustimmung

einer Gefangenenerleichterung im besetzten Gebiet dienen. Der Zeuge blieb uneredigt.

Ernst Tschow, der bekanntlich zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, sagt aus, er sei bei einem Gespräch zugegen gewesen, bei dem Brandt und Tilleffens über den Mordplan sprachen.

Er habe immer vermutet, daß Brandt von Anfang an von Kern eingeweiht war.

Er habe den Eindruck gehabt, daß Tilleffens und Brandt sehr erregt gewesen seien, doch glaube er nicht, daß Brandt Tilleffens alles gesagt habe.

Vernichtend für den Angeklagten Brandt ist die Aussage Karl Tilleffens, der angibt, Brandt in Berlin scharf zur Rede gestellt zu haben. Brandt sei erst ausgewichen, habe dann aber erklärt, Kern und Fischer seien in Berlin und wollten Minister Rathenau erschließen. Schon vorher habe Brandt ihm einmal erzählt, daß bei der Zusammenkunft ehemaliger Marineoffiziere in Berlin Kern und Fischer in ziemlich veroffener Stimmung die Absicht geäußert hätten, Rathenau zu erschließen. Es sei sehr leicht gewesen, Brandt zu beeinflussen, und er habe den Eindruck gehabt, daß Brandt ganz im Banne Kerns stand. Als ihm Brandt bei der Unterredung im Tiergarten gestand, daß Kern und Fischer Rathenau ermorden wollten, habe er gleich erkannt, daß der Mordplan ein ernstlicher sei. Auch habe er den Eindruck gehabt,

daß Brandt mitmachen wollte.

Erst als er im Verlauf der Unterredung ziemlich scharf zu Brandt wurde, habe er ihm recht gegeben und die Sache in seine Hand gelegt.

Dem Angeklagten Brandt ist die Aussage Tilleffens offensichtlich überaus peinlich. Er versucht, Tilleffens vor allem zu suggerieren, seine Aussage, wonach er Tilleffens schon vor der entscheidenden Unterredung im Tiergarten über die Vorabsichten unterrichtet habe, zurückzunehmen. Lange Zeit bleibt Tilleffens bei seiner Behauptung und erklärt erst nach langem Einreden, daß es möglich sei, diese Äußerung am 19. Juni in München bei einer ähnlichen Zusammenkunft wie der der Marineoffiziere in Berlin gehört zu haben. Tilleffens behauptet, weder er noch Brandt hätten gewußt, daß es eine geschäftliche Zeugnisaussage, die Polizei von einem geplanten Mord zu unterrichten! Daß Brandt aber genau wußte, was für ihn auf dem Spiele stand, ergibt sich aus der Aussage der Wirtin Brandts, daß Brandt am Tage nach der Nachricht vom Rathenau-Mord mit einem schweren Kussack abgereist sei. Die Verhandlung wird auf Freitag früh, 9 Uhr, vertagt.

Ein Skandal.

Im Verlauf der Verhandlungen stellte es sich heraus, daß die im ersten Rathenau-Prozess zu längeren Gefängnisstrafen verurteilten Tilleffens und Glaas (dessen Aussagen nichts Wesentliches brachten) Strafausschub erhalten haben. Außerdem wird die jetzige Adresse Tilleffens streng geheim gehalten. Der Vorsitzende gestattete es dem Protokollführer nicht, Tilleffens nach seinem Wohnort zu fragen, noch stellt diese Adresse — im Gegensatz zu der aller anderen Zeugen — in der Anklageurkunde und in der Zeugenliste. Ist es schon ein politischer Skandal ersten Ranges, daß man jenen haben, die den Mord an Rathenau mitverschuldet haben, Strafurlaub gewährt, so muß es geradezu als phantastisch anmuten, wenn man einem dieser Mordhelfer vor Gericht eine Vorzugsstellung einräumt, die ganz außerhalb der üblichen Praxis liegt und die durch nichts begründet werden kann. Die Gerichte sind in dieser Frage der Deffenlichkeit eine schreckliche Aufklärung schuldig.

Die Finanz- und Bankwelt gefunden haben soll. Den Frant scheint Caillaux damit endgültig seinem Schicksal überlassen bzw. ihn so weit heruntergehen lassen zu wollen, als es ihn für die später von ihm in Aussicht genommene Devaluation dienlich erscheint. Begreiflicherweise hat am Donnerstag bereits die Börse auf die Ankündigung dieser Pläne mit einer neuen Frankendeballe reagiert, die die beiden angelsächsischen Devisen auf 21,58 und 104,83 hinaufschleusen ließen. 100 Reichsmark wurden am Donnerstag mit 517 Frant notiert.

Auf Antrag der sozialistischen Fraktion sind am Donnerstag nachmittag die Vorstände der vier Kartellgruppen zusammengetreten. Die Sozialisten teilten offiziell mit, daß neun Zehntel der sozialistischen Mandatäre die jetzige Regierung, besonders wegen der Caillauxschen Finanzpolitik, nicht mehr unterstützen wollen; die Sozialisten erluchen die anderen Kartellgruppen, die Haltung, die sie Caillaux Vorlage gegenüber einzunehmen beabsichtigen, zu präzisieren. Die eingehende Diskussion hat bisher noch nicht zu abschließenden Ergebnissen geführt. Die Besprechung wurde schließlich auf heute Freitag früh vertagt.

Die belgische Programmdebatte.

Wegensätze unter den Katholiken.

Brüssel, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Besprechung der Regierungserklärung soll am Dienstag beendet werden. Hervorzuheben ist die warme Verteidigung der Regierung durch den flämisch-demokratischen Katholiken Van Cauwelaert, der namentlich seinen konservativen Parteifreund, den Erminister Jaspars, wegen seiner Anwürfe auf Vandervelde scharf angriff. Jaspars habe kein Recht, Vandervelde zu verdächtigen, weil dieser Präsident der Internationale gewesen sei. Sol nicht auch Branting Präsident und MacDonald Sekretär der gleichen Internationale gewesen, was sie nicht hinderte, hervorragende Premiers ihrer Länder zu werden und diesen unschätzbare Dienste zu leisten? Vanderveldes Leitung des Außenamtes werde eine Wohltat für das Land sein. Eine vorsichtige weiße Politik tue not. Dagegen habe Jaspars dem Lande einen schlechten Dienst erwiesen, indem er den Außenminister vor dem Auslande zu diskreditieren versuchte. — Die Rede Van Cauwelaerts offenbarte dehnade dramatisch den Bruch zwischen der Rechten und Linken der Katholischen Partei.

Chinas Forderungen.

Niesenkundgebung in Peking.

London, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die chinesische Regierung hat am Mittwoch an das diplomatische Korps in Peking eine Note gerichtet, in welcher sie die Revision der bestehenden Verträge fordert. Eine zweite Note enthält 13 Forderungen, darunter Freilassung der Verhafteten, Wiedereinstellung der Streitenden, Beteiligung von Chinesen an den städtischen Gerichten von Shanghai sowie volle Versammlungs- und Redefreiheit der Chinesen auch in den Konzeptionsgebieten.

In Peking haben tausende Studenten, Kaufleute und Arbeiter einen großen Streik ausgerufen, in welchem sie Fahnen mit Aufschriften wie „Wir erklären England den Krieg“ und „Tod den englischen Räubern“ misführten. Chinesische Truppen und Polizei bewachten die Häuser der Ausländer und die Eingänge zum Gefandensquartier. Zusammenstöße ereigneten sich nicht.

Bei Kanton haben die Kämpfe die schärfsten Formen angenommen. Mehr als 100000 Chinesen, man spricht von mehreren hundert, sollen getötet oder verwundet sein. Britisch-indische Truppen sind von Hongkong nach Kanton eingeschifft worden.

Die Auslandsanleihe der Stadt Berlin.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung verwarf ihre gestrige Sitzung nicht zur Fortsetzung der Haushaltsberatung, sondern zur Erledigung laufender Arbeiten. Unter anderem wurde über die Auslandsanleihe, die vor acht Tagen beschlossen worden war, noch einmal verhandelt. Formale Bedenken hatten die Befürchtung nahegelegt, daß die staatliche Genehmigung versagt werden könnte. Um dem vorzubeugen, wurde der Verwendungszweck — Erweiterung der Elektrizitätswerke und Ausbau der Nord-Süd-Bahn — in einwandfreier Form festgelegt. Zugleich sprach die Stadtverordnetenversammlung sich dafür aus, daß über das zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung nötige und geplante Großkraftwerk noch vor den Sommerferien beschlossen werden soll.

Die gestrige ordentliche Sitzung der Stadtverordneten eröffnete der Vorsitzende Gen. Hof um 47 Uhr mit einem Nachruf für den vor einigen Tagen im Alter von 83 Jahren verstorbenen früheren Stadtverordneten und Stadtrat, den Stadtkämmerer Leopold Kallisch. Der Nachruf, der den Verdiensten des Verstorbenen reiche Anerkennung zollte, wurde von der Versammlung stehend angehört.

Zur Verhandlung stand zunächst die Anfrage der Kommunisten, was der Magistrat zu tun gedenke, um die Berliner Bürgerschaft gegen „polizeiliche Reaktionen“, wie sie am 7. Juni, in Lützow und schon anderen Orten stattgefunden haben, zu schützen. Nachdem Kintors zur Begründung auf die Lützower Vorgänge eingegangen war, erklärte der Stadtkämmerer, der Magistrat glaube die Verantwortung den zuständigen Stellen überlassen zu sollen. — Kintors begrüßte diese ablehnende Stellungnahme des Magistrats als willkommene Agitationsmaterial bei den nächsten Wahlen. Damit war diese Angelegenheit erledigt.

Die Auflösung der Kleider-Vertriebs-G. m. b. H.

wurde mit der Resolution genehmigt, daß zur Verwertung der vorhandenen Warenbestände vor allem auch ein Einzelverkauf an Beamte, Angestellte und Arbeiter vorgenommen werden soll. Mit der Erhöhung des Gesellschaftskapitals der Berliner Lehr- und Beschäftigungswerkstätten für Kriegsbeschädigte, Kriegserhinterbliebene und andere Erwerbsbeschränkte G. m. b. H. von 500 M. ab 1. Oktober 1924 auf 100 000 M., erklärte sich die Versammlung nach dem Referat der Gen. Fahrtenwald einverstanden. Gen. Wendt berichtete über die Aufschußverhandlungen wegen

Beibehaltung der Stelle des Stadtbaurats für Hochbau.

Nach dem Ausschuss soll die Stelle ausgeschrieben werden; dem Baurat soll auch das Städtebauwesen übertragen werden, er soll das Einzelgehalt III erhalten. Dr. Steiniger (Dnat.) äußert lebhafteste Bedenken gegen die Beibehaltung und hohe Dotierung der Stelle. — Merles (Dem.) wies daraufhin, daß Herr Elfert am Mittwoch zum Stadtbaurat von Hannover gewählt worden ist und die Wahl annehmen dürfte. Die hohe Dotierung sei, wenn man schon zur Ausschreibung schreite, notwendig, um eine wirklich erstklassige Kraft zu gewinnen. — Gen. Wendt tadelt, daß der Magistrat bzw. der Oberbürgermeister so spät und unermittelt die Versammlung mit dieser Frage befaßt habe. Auf dem Gebiete des Städtebaues gebe es nur sehr wenige Prominente; Berlin brauche eine Kraft, die auf künstlerischem und städtebaulichem Gebiete gleichmäßig hervorragende Leistungen erbringe. Die Versammlung den großen Aufgaben, die Berlin in dieser Beziehung in Zukunft zu lösen habe, noch ziemlich verständnislos gegenüber. (Unruhe rechts.) — Dörr (Kom.) beantragte, die Angabe des Gehalts bei der Ausschreibung zu unterlassen und die Beschlußfassung darüber zu verschieben. — Lange (S.) stimmte Dr. Steiniger zu. Das Ausschreiben des Städtebaudirektors Elfert sei sehr zu bedauern, aber ebenso bedauerlich sei, wenn Beamte der Stadt nur dann weiter ihre Dienste widmen zu können glauben, wenn sie mehr als bisher an Gehalt herausgeschlagen können. — Müller-Frank (Sp.) war für Ausschreibung. — v. Geyers (D. Sp.) beantragte, daß die Städte sich gegenseitig durch Ueberbieten ihre Beamten ablügen; Berlin sei aber in diesem Punkte wirklich nicht das Karnickel. Den Interessen Berlins werde man aber nicht gerecht, wenn man am Gehalt knappe. — Merles bestritt, daß der Versammlung die Pistole auf die Brust gesetzt worden sei; die

Frage der Beschaffung schwebt seit Februar und in der ganzen Zeit habe nur der Name Elfert im Vordergrund gestanden. — Die öffentliche Ausschreibung mit Einzelgehalt III wurde gegen Deutschnationale, Kommunisten und Zentrum beschlossen. Zur Aufnahme einer

Auslandsanleihe

lag ein Dringlichkeitsantrag des Haushaltsausschusses vor: Die Versammlung beschließt den Beschluß vom 16. Juni dahin, daß sie mit der Aufnahme einer langfristigen Auslandsanleihe im Betrage bis zu 15 Millionen Dollar bar einer nominalen Verzinsung von höchstens 7 Proz. ausschließlich für Zwecke der Elektrizitätswerke und der Nord-Süd-Bahn einverstanden ist und den Magistrat ermächtigt, im Einvernehmen mit der Finanz- und Steuerdeputation die näheren Bedingungen festzusetzen. Der Referent Dr. Michaelis (Dem.) teilte mit, daß diese Deklaration nötig geworden sei, da der Beschluß vom 16. Juni bei der Aufsichtsbehörde auf Bedenken stöße und die Gefahr vorliege, daß die Bedingungen sich verschlechtern. Von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ist beantragt, einzufügen, daß von dem Erlös der Anleihe 15 Millionen Mark für die Nord-Süd-Bahn, 35 Millionen für die Elektrizitätswerke zu verwenden sind; außerdem soll über den Neubau eines Elektrizitätswerkes in Rummelsburg nach Vorberatung im Ausschuss noch vor den Ferien Beschluß gefaßt werden. — In der Aussprache trat Stoll der Aufnahme von Auslandsanleihen mit den bekannten Argumenten scharf entgegen. Den Antrag der beiden Parteien der Rechten auf Festlegung der Summen werde die kommunistische Fraktion ablehnen, da die Ausführung der Bauarbeiten für die Elektrizitätswerke einen längeren Zeitraum erfordern, diese Ausführung aber auch gesichert werden müsse, während jener Antrag der Rektionäre von dem Hintergedanken diktiert sei, der kommunalen Elektrizitätsversorgung Berlins aus privatrechtlichen Interessen Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Mit dem von der Rechten beantragten Zusatz, daß der Dringlichkeitsantrag des Haushaltsausschusses Annahme. — Für das Personal des Deutschen Opernhauses bewilligte die Versammlung 175 000 M. für die Monate Juli und August als Unterabteilung. — Der Antrag der Deutschnationalen wegen Gewährung von Beihilfen für Bekehrlinge zur Beendigung der Lehrtätigkeit wurde angenommen. — Gegen die Bewilligung eines Hypothekendarlehens von 25 000 M. an den Ev. Krippenverein E. A. in Steglitz sprach sich Gen. Kreuziger aus; die Fürsorge auch für das vorzuschuldsichtige Alter gehöre in die Hände der Allgemeinheit. Uebrigens verjähren solche konfessionellen Kinderhorte in Widerspruch zu ihrer Verpflichtung, die Kinder ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis aufzunehmen, höchst engherzig; in einem Falle sei die Aufnahme verweigert worden, solange die Geschwister noch die weltliche Schule besuchen (Hört, hört! und große Bewegung links). Die Fraktion lehnte die Vorlage ab und erwartete, daß der Magistrat reichliche Mittel für kommunale Kinderhorte und Säuglingsheime zur Verfügung stelle. — Auch Frau Rosenkhal (Kom.) bekämpfte die Vorlage. — Gen. Stadträtin West stellte für die Zeit nach den Ferien eine Vorlage in Aussicht, die den Wünschen Kreuzigers bis zu einem gewissen Grade entgegenkomme. Der vom Steglitzer Verein geplante Bau sei allerdings sehr notwendig. — Karpelitz (D. Sp.) verwandte sich eifrig für die Steglitzer Krippe und fand es sehr merkwürdig, daß die Sozialdemokraten solche Angst vor einer Verhinderung von Säuglingen mit der Religion hätten. Er beantragte Ausschussberatung. — Frau Kausler (Dnat.) glaubte feststellen zu müssen, wie wenig Verständnis auf der Linken für diese humanitären Einrichtungen vorhanden sei. Die Mehrheit beschloß Ausschussberatung. — Zur Vorlage wegen Einrichtung einer

Krankenkasse für die Beamten und Festangestellten der Stadt Berlin

unterzog Gen. Thurm das Verhalten der beiden Rechtsparteien im Ausschuss einer scharfen Kritik. Sie hätten der Angelegenheit jede denkbare Schwierigkeit in den Weg gelegt, sie hätten eine dritte Forderung erzwungen, ihr Bestreben sei offenbar darauf ausgegangen, diese Komuna le Einrichtung zu Falle zu bringen, wie besonders die Deutsche Volkspartei und Herr v. Geyers jeder vernünftigen Magistratsvorlage ein Bein zu stellen suchte. Die Sozialdemokraten seien nicht gewillt, sich diese Ueberheblichkeit länger gefallen zu lassen. — Herr Kitzner suchte diese Kennzeichnung mit einer Geste des Achselzuckens abzutun und dann nachzumerken, daß lediglich

sachliche Bedenken die Deutschnationalen geleitet hätten; die Vergrößerung sämtlicher 20 Bezirke sei um so notwendiger gewesen, als die ablehnenden Stimmen aus der Beamtenschaft und Angestelltenchaft sich vermehrt hätten. Man dürfe die Freiheit dieser Kategorien, selbst über ihre Krankenversicherung zu entscheiden, nicht beschränken. Die Deutschnationalen würden gegen den Ausschussantrag stimmen. — Dieser lautet: Die Versammlung stimmt der Errichtung unter folgenden Bedingungen zu: 1. die bereits versicherten Beamten und Festangestellten, die nicht Mitglieder dieser Krankenkasse werden, erhalten die Beiträge erstattet, die sie an andere Krankenkassen leisten, und zwar in derselben Höhe wie die Mitglieder der Krankenkasse für die Beamten; 2. die Verwaltung dieser Krankenkasse ist von der städtischen Personalverwaltung zu trennen; 3. die neue Satzung der Krankenkasse ist der Versammlung zur Stellungnahme bei der Genehmigung der für die Krankenkasse zu bemessenden Mittel vorzulegen.

Kaslowitz (D. Sp.) und Kausler (Wirtschaftspartei) erklärten sich als Gegner der Errichtung. Kintors (Kom.) sah den Ausschussvorschlag als annehmbar an; auch Fleiß (Dem.) trat dafür ein. Von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei wurde Zurückverweisung an den Ausschuss beantragt. Die Abstimmung wurde ausgesetzt. — Die Angelegenheit des Verkaufs eines Teils des Ritterraus Briß soll den Haushaltsausschuss beschäftigen. Schluß 1/10 Uhr.

Der Einsame.

Jergendwo in der Großstadt, in einem Mietshaus der Armen, wohnt ein alter Mann. Er lebt von einer kleinen Rente, die er monatlich erhält; sein kleines Stübchen räumt er sich selber auf und kocht sich auch sein bißchen Essen selber. Die Nachbarn bekommen ihn selten zu Gesicht; er verläßt seine Wohnung nur, wenn er seine geringfügigen Einkäufe erledigen muß.

Was war er? Was treibt er jetzt? Niemand weiß es; niemand sieht, was hinter seiner Tür vorgeht. Ist dem Alten seine leichte Hausarbeit schon eine so schwere Mühe, daß sie den Rest seiner Kräfte, der ihm blies, verbräutet und er in seinen mühsigen Stunden dumpf und müde dahinsinkt? Aber vielleicht lebt er auch in allen Büchern und blättert in vergilbten Büchern und denkt an vergangene glücklichere Tage; oder er hofft auf die Rückkehr seiner Kinder, die vor Jahren in die Welt zogen und ihm versprochen, einst wieder heimzukommen und ihm ein freundliches Alter zu bereiten. Niemand weiß es. Niemand hörte von ihm je mehr als ein „Guten Tag“ oder ein anderes Begrüßungswort. Es ist, als habe er eine Scheu vor dem Leben; nie fordert er irgend eine Hilfeleistung anderer heraus, als fürchte er sich, dann „danke“ sagen zu müssen. So beobachtet man sein Kommen und Gehen kaum, und keiner wundert sich, den Alten einige Zeit nicht zu begegnen.

Aber eines Tages fällt es einer Nachbarin doch auf, daß sich der stille Mieter gar so lange nicht mehr sehen ließ. Schließlich fragte sie andere Hausbewohner nach ihm; doch die wissen ihr auch nichts zu sagen. Man klopft an seine Tür — die Antwort bleibt aus. Herbergerufene Polizei, die endlich in die Wohnung eindringt, findet ihn tot. Tage, vielleicht Wochen liegt er schon so. Wie starb er? Vitter? Konnte er sich seine Nahrung nicht mehr bereiten, sich zuletzte keinen Trunk Wasser mehr holen? Oder bewahrte ihn ein übermüdigter Tod vor langsamem Versinken in Hilflosigkeit? Geheimnisvoll und geräuschlos, wie der Alte lebte, starb er auch, einer der Einsamen der Großstadt. Von seinem Ende gibt eine kurze Zeitungsnachricht Kunde, über die die meisten flüchtig hinweglesen und die einen tieferen Eindruck wohl auf keinen hinterläßt.

„Sinnlos betrunken.“

Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg hatte sich der Schlosser K. wegen eines schweren Straßenraubes zu verantworten. Die Verhandlung ergab im wesentlichen folgendes: In der Nacht vom 8. Mai d. J. gegen 1 Uhr befand sich aus unbekanntem Grund der Angeklagte K. in der Deidesheimer Straße in Steglitz-Friedenau. Als in die dunkle Straße ein allein des Weges kommendes Mädchen einbog, verfolgte er es und beschleunigte auch seine Schritte, als es anfang zu laufen. Er holte das Mädchen aber ein, drückte es gegen eine Mauer, würgte es und hielt ihm den Mund zu, damit es nicht schreien sollte. In dem Kampf gelang

Die Baumwollpflücker.

Roman von B. Traven.

Copyright 1925 by B. Traven, Columbus, Tamaslipas, Marlon.

„Haben Sie denn schon mal gepflückt?“ fragte er. „Ja,“ antwortete ich, „in den States.“ „Hal“ lachte er, „das ist ein ander Ding. Da können Sie etwas dabei werden.“

„Ich habe auch ganz gut dabei verdient.“ „Das glaube ich Ihnen. Die zahlen viel besser. Die können's auch. Die kriegen ganz andere Preise als wir. Könnten wir unsere Baumwolle nach den States verkaufen, dann würden wir noch bessere Löhne zahlen; aber die States lassen ja keine Baumwolle hinein, um die Preise hochzuhalten. Wir sind auf unsern eigenen Markt angewiesen, und der ist immer gleich gepackt voll. Aber nun Sie! Ist kann Sie weder belästigen, noch in meinem Hause unterbringen. Aber ich brauche jede Hand, die kommt. Ich will Ihnen etwas sagen; ich zahle sechs Centas für das kilo, Ihnen will ich acht zahlen; sonst kommen Sie auf keinen Fall auf das, was die Nigger machen. Selbstverständlich brauchen Sie das den andern nicht erzählen. Schlafen könnt Ihr da drüber in dem alten Hause. Das habe ich gebaut und mit meiner Familie zuerst darin gewohnt, bis ich mir das neue hier leisten konnte. Well, das ist dann abgemacht.“

Das Haus, von dem der Farmer gesprochen hatte, lag etwa fünf Minuten entfernt. Wir machten uns dort häuslich, so gut wir konnten. Das Haus, aus Brettern leicht gebaut, hatte nur einen Raum. Jede der vier Wände hatte je eine Tür, die gleichzeitig als Fenster diente. Der Raum war vollständig leer. Wir schloßen auf dem bloßen Fußboden. Ein paar alte Kisten, die vor dem Hause herumlagen, im ganzen vier, benutzten wir als Stühle.

Dicht bei dem Hause war eine Zisterne, die Regenwasser enthielt, das ungefähr sieben Monate alt war und von Kaulquappen wimmelte. Ich berechnete, daß etwa 120 Liter Wasser in der Zisterne seien, mit denen wir sechs Mann sechs bis acht Wochen auskommen mußten. Der Farmer hatte uns schon gesagt, daß wir von ihm kein Wasser bekommen könnten, er wäre selbst sehr kurz mit Wasser dran und habe noch sechs Pferde und vier Maulkure zu tränken. Waschen konnten wir uns einmal in der Woche, und hatten dann noch zu je drei Mann daselbe Waschwasser zu gebrauchen. Es sei aber

immerhin möglich, fügte er hinzu, daß es in dieser Jahreszeit alle vierzehn Tage wenigstens einmal zwei bis vier Stunden regnen könne, und wenn wir die Auffangrinnen reparierten, könnten wir tüchtig Wasser ansammeln. Außerdem sei ein Fluß nur etwa drei Stunden entfernt, wo wir baden gehen könnten, falls wir Lust dazu hätten.

Vor dem Hause richteten wir ein Lagerfeuer ein, zu dem uns der nahe Busch das Holz in reichlicher Menge hergab.

Auf die recht nebelhafte Möglichkeit hin, daß es vielleicht innerhalb der nächsten drei Wochen regnen könnte, suchten wir uns zunächst einmal in einer alten Gasolinbüchse. Seit drei Tagen hatten wir uns nicht gewaschen.

Ich rasierte mich. Es mag mir noch so dreckig gehen, ein Rasiermesser, einen Kamm und eine Zahnbürste habe ich immer bei mir.

Auch der Chink rasierte sich. Da kam Antonio auf mich zu und bat mich um mein Rasiermesser. Er hatte sich seit beinahe drei Wochen nicht rasiert und sah aus wie ein fürchterlicher Seeräuber.

„Rein,“ sagte ich, „lieber Antonio, Rasierzeug, Kamm und Zahnbürste verpumpen ich nicht.“

Und der Chink, mutig gemacht durch meine Weigerung, sagte lächelnd, daß sein schwaches Messer bei diesem starken Bart sofort stumpf würde und er hier keine Gelegenheit habe, es schleifen zu lassen.

Antonio gab sich mit diesen beiden Weigerungen zufrieden.

Wir kochten unser Abendessen, ich Reis mit spanischem Pfeffer, der andere schwarze Bohnen mit Pfeffer, der nächste Bohnen mit getrocknetem Rindfleisch, ein vierter briet einige Kartoffeln mit etwas Speck. Da wir am nächsten Morgen schon um vier Uhr zur Arbeit gingen, bereiteten wir auch noch unser Brot für den nächsten Tag, das wir in Pfannen buten.

Als wir gegessen hatten, hängten wir unsere armseligen Lebensmittel an Bindfäden an den Querbalken im Hause auf, weil uns die Ameisen über Nacht sonst alles fortgeholt hätten, wenn wir diese Vorsorge nicht getroffen hätten.

Etwas nach 6 Uhr ging die Sonne unter. Eine halbe Stunde später war rabenschwarze Nacht.

Glühwürmchen, mit Lichtern so groß wie Haseinüsse, flogen um uns her.

Wir trochen in unser Haus, um zu schlafen. Der Chink war der einzige, der ein Rosktoness hatte.

(Fortsetzung folgt.)

es der Angefallenen jedoch, einmal den Mund freizubekommen. Darauf ließ der Angreifer von ihr ab, entriß ihr die Handtasche, die nur 3 Mark enthielt, und ließ sie die nächste Ecke in die Laubacher Straße hinein, einem gerade auf die Hülfen herbeikommandierenden Polizeibeamten in die Arme. Als der Beamte ihn fragte, was denn in der Nebenstraße passiert sei, sagte er: „Ach, da hat man einem Mädchen die Handtasche entrißen.“ Der Beamte vermutete aber gleich in ihm den Täter und wollte sich mit ihm zu der Stelle begeben, woher die Hülfen gekommen waren. Auf dem Wege dorthin ließ er die Handtasche fallen, was aber von dem Beamten bemerkt wurde. Als nun auch das Mädchen herbeieilte und den Täter erkannte, mußte er den Weg zur Wache antreten. Bei einer Hausdurchsuchung fand man in seiner Wohnung einen Dietrich und einen Trommelrevolver nebst 25 Patronen, was ihm die Anklage wegen unbefugten Waffenbesitzes einbrachte. Er wollte seine Tat mit jüngerer Trunkenheit entschuldigen, jedoch wurde das durch Zeugnisaussagen widerlegt. Wegen der bisherigen Unbefugtheit des Angefallenen erkannte das Gericht nicht auf die laut Gesetz für diese Tat vorgesehene Mindeststrafe von 5 Jahren Zuchthaus, sondern verurteilte ihn unter Gewährung mildernder Umstände zu 3 Jahren 3 Monaten und 3 Tagen Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Mord oder Selbstmord?

Ein Vortrag auf der Kriminaltechnischen Ausstellung.

In der Sonderausstellung der Internationalen Kriminaltechnischen Ausstellung in Karlsruhe sieht man neben vielen anderen interessanten Photographien auch die eines jungen Menschen, der am Kopfe drei Schußwunden aufweist. In einer am Fuß der Photographie angebrachten Erklärung liest man, daß kein Mord vorliegt. Die Annahme eines Mordes sei durch hinterlassene Briefe und Zeugnisaussagen widerlegt worden. Man bedenke: drei Kopfschüsse — ein höchst seltener Selbstmordfall. Der Kampf des berühmten französischen Rechtsanwalts mit dem Gerichtsvorsitzenden um die Gräfin Resnais, die wegen Mordes ihres Gatten angeklagt, immer wieder beteuerte, er habe Selbstmord begangen, ist noch in guter Erinnerung. Der neueste Berliner Bredlow-Koffer-Kriminalfall ist noch nicht geklärt. Hat der 18jährige Bredlow die 17jährige Charlotte Kauer getötet oder hat sie dessen Wasse zum Selbstmord benutzt? „Mord oder Selbstmord?“ So lautet ebenfalls das Thema, das der bekannte Leipziger Gerichtsarzt Professor Dr. Kockel in einem Vortrage im Rahmen der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung in Karlsruhe zum Gegenstand einer eingehenden Betrachtung machte. Unter den interessanten Beispielen, die er aus seiner eigenen Praxis heranzog, befand sich auch ein Fall, der an den vorhin herangezogenen Fall Bredlow erinnert. Ein junges Mädchen, darüber gereizt, daß ihr junger Freund sie vernachlässigte, erschien eines Tages mit geladener Pistole in der Wohnung des erkrankten Freundes. Das Resultat dieser Exzursion war, daß kurze Zeit darauf beide mit Schußwunden aufgefunden wurden. Das junge Mädchen erholte sich bald, der junge Mann erlag der Verletzung, die er am Hinterkopfe erhalten hatte. Sie erklärte, sie hätten gemeinsam aus dem Leben scheiden wollen. Er habe sich mit eigener Hand den Schuß beigebracht. Man hat dem Mädchen nicht geglaubt. In einem anderen Falle aber, wo ein Kaufmann auch mit einer Schußwunde am Hinterkopfe aufgefunden wurde, lag, wie sich ergab, Selbstmord vor.

Die Frage: Mord oder Selbstmord? wird aber nicht selten durch die andere abgelöst: Mord oder Unglücksfall? In einem Falle wurde eine junge Frau mit großartigen Brandwunden auf dem Fußboden vor dem Küchenherde aufgefunden: man nahm an, sie sei beim Hantieren mit Petroleum vom Feuer erfaßt worden. Nur, daß sie nicht geflüchtet war und keine Hülfen gehört worden waren, stimmte bedenklich. Der Mann der Unglücklichen legte schließlich ein Geständnis ab, daß er die Frau im Streite getötet und hinterher beabsichtigt habe, die Leiche zu verbrennen, um den Verdacht von sich abzulenken.

Professor Dr. Kockels Ausführungen gipfelten in folgenden Ausführungen: Für die Polizei entsteht bei der Aufspürung der Leiche die wichtige Aufgabe, den Tatort mit der Leiche photographisch zu fixieren, eventuell eine Skizze anzufertigen, wichtige Objekte aufzuheben und sie, wenn nötig, dem Chemiker zu übergeben. Hinterlassene Briefe sind sorgfältig zu studieren, die nächste Umgebung des Toten ist aufs peinlichste wegen seines Verhaltens vor dem Ereignis zu befragen. Professor Kockel glaubt, daß Selbstmörder stets psychopathische Persönlichkeiten seien, sehr oft auch Sonderlinge. Für den Gerichtsarzt gilt es aber, alle gegebenen Tatsachen vom naturwissenschaftlich-medizinischen Gesichtspunkte aus aufs sorgfältigste zu prüfen. In allen spontanen Todesfällen müßte die Section der Leiche nach dem Beispiel Oesterreichs obligatorisch sein. Allein intensivste Zusammenarbeit von Gerichtsarzt und Polizei kann die Frage: Mord oder Selbstmord? zu einer erspriesslichen Lösung bringen.

„Abbau“ der Hundesperre.

Nachdem seit dem 25. März d. J. — abgesehen von dem Fall in Potsdam — ein neuer Tollwutfall nicht vorgekommen ist, wie der Polizeipräsident mitteilt, wird der Sperrbezirk mit Wirkung vom heutigen Tage weiter verkleinert. Dieser umfaßt nunmehr nur noch die Ortsteile Nikolassee, Wannsee, Kohlhäsenbrück, Potsdamer Forst, Klein-Ollienke-Forst und Pfaueninsel des Polizeiamtsbezirks 10 (Zehlendorf) und die Gemarkung Gladow des Polizeiamtsbezirks 8 (Spandau). Alle außerhalb des vorbezeichneten Sperrbezirks liegenden Teile Berlins sind frei von der Hundesperre. Doch wird jedoch erneut darauf aufmerksam gemacht, daß die Hunde in dem sperrfreien Gebiet der Stadt mit einem beiföhrenen Maulkorb und, wenn sie frei umherlaufen, mit einem Halsband, das die genaue Adresse des Eigentümers oder eine gültige Steuernummer trägt, versehen sein müssen. Der Maulkorb- und Leinwandzwang besteht für die aus dem Sperrbezirk stammenden Hunde auch in den sperrfreien Stadtteilen fort, und die aus diesen in das Sperrgebiet gebrachten Tiere sind gleichfalls an die Leine zu nehmen. Im übrigen sind die frei umherlaufenden Hunde gewissenhaft zu überwachen, und ihre Besitzer oder Führer müssen ein etwaiges Abstreifen des Maulkorbes verhindern, da sie dafür verantwortlich gemacht werden.

Zu dem Potsdamer Tollwutfall wird noch folgendes gemeldet: Am 12. Juni hat sich auf einem Grundstück in Potsdam ein herrlicher kleiner Schäferhundstall gefunden, der einen tollwutverdächtigen Eindruck machte, da er sofort über die fünf Hunde des Grundstücksbesitzers herfiel, sie bis zwei Bänke tödete und sie aufroß. Das wütende Tier wurde daraufhin erschossen. Bei der mikroskopischen Untersuchung des Gehirns durch das Veterinäruntersuchungsamt in Potsdam wurde einwandfrei Tollwut festgestellt, so daß die Verhängung der Hundesperre für Potsdam erforderlich wurde.

Wer ist schuldig?

Drückende Armut herrschte in einer Stettiner Arbeiterfamilie, nur eine Tochter war durch Heirat in Berlin bessergestellt. Dies nahm nach dem Tode ihrer Mutter den kranken Vater und ihre 15jährige Schwester Gertrud zu sich, die auch sie nur unter schweren Mühen ernähren konnte. Hier in Berlin lernte Gertrud einen Polizeioberwachmeister kennen, der, obwohl selbst verheiratet, mit ihr ein Liebesverhältnis einging. Als jetzt dieses Verhältnis nicht ohne Folgen blieb, veranlaßte der Beamte, um einem Ehescheidungsprozess zu entgehen, und weil er bei seinem Gehalt die Mimente nicht bezahlen konnte, die Geliebte zum Einverständnis dazu, daß man bei ihr einen Eingriff vornehmen sollte. Die verheiratete Schwester vermittelte ihr die Bekanntschaft mit einer „weißen Frau“. Der Fall kam zur Kenntnis der Polizei und das Mädchen hatte vor dem Kriminalkommissar Sommer ein Geständnis abgelegt, aber in der gestrigen Verhandlung vor dem Amtsgericht-Mitte leugnete die vier beteiligten Personen als Angeklagte jede Schuld. Das Gericht stellte mit Sicherheit nur den Versuch einer

Abstreifung fest und verurteilte auf Grund des noch bestehenden § 218 die „weiße Frau“ zu sieben Monaten, das Mädchen zu vier Monaten, die Schwester zu einem Monat und den Vater, den Polizeibeamten, zu vier Monaten Gefängnis. Außer der „weißen Frau“ erhielten die anderen Strafaussetzung gegen Zahlung von Bußen in Höhe von etwa je 100 Mk. — Selbst der Vorliegende bedauerte, einen Paragraphen anwenden zu müssen, der so heftig schon seit langem bekämpft wurde.

Auf falscher Fährte.

Wie man in Nordverbaht geraten kann.

Durch eine fesselnde Verleumdung von Umständen gerieten zwei junge Landarbeiter in den dringenden Verdacht, einen Arbeitsgenossen ermordet und beraubt zu haben. Zu ihrem Glück hat die Berliner Kriminalpolizei den angeblich Ermordeten lebend wiedergefunden.

Wie kürzlich berichtet wurde, fand man in einer Schonung bei Fürstenwalde die stark verweste Leiche eines jungen Mannes, die mit einem alten Mantel zugedeckt war. Um den Hals hatte der Tote einen Riemen, mit dem er an die Fundstelle geschleift worden war. Bekleidet war er nur mit Hemd und Strümpfen. Mehrere Tage später meldete sich in Fürstenwalde die Frau eines Berliner Mauerpoliers R., die ihren Sohn Otto vermißt. Er hatte ihr früher, wie sie sagte, regelmäßig geschrieben, zuletzt aber nichts mehr von sich hören lassen. Nach der Photographie der Leiche und auch nach der Beschreibung der Kleidungsstücke und des Riemens, eines Leibgürtels, erkannte die Frau in dem Ermordeten bestimmt ihren vermißten Sohn wieder. Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei ergaben, daß Otto R., ein junger Mann von 22 Jahren, mit zwei gleichaltrigen Landarbeitern Ernst D. und Rudolf E. zuletzt gemeinsam bei einem Bauern in Segefeld in Stellung gewesen war. Er hatte von dort aus seinem Vater geschrieben, daß er die Landarbeit aufgeben und lieber auf einem Bau arbeiten möchte. Der Vater hatte ihm geantwortet, daß er ihm Beschäftigung geben könne, und daß er deshalb nach Berlin kommen solle. Am 4. Mai war er daraufhin mit den beiden anderen nach Berlin abgefahren. Seitdem aber hatte man von ihm und seinen Begleitern nichts mehr gehört. Diese beiden gerieten nun auf die Auslagen der Frau R. hin in den Verdacht, ihn in der Schonung bei Fürstenwalde ermordet und seiner Kleidung und seiner Barchast beraubt zu haben. Der Verdacht erhielt durch verschiedene Umstände besondere Nahrung. Jetzt aber wurde festgestellt, daß der angeblich Ermordete in Warmitz in Westenburg arbeitete und daß er mit seinen beiden Freunden, die ihn ermordet haben sollten, und von der Kriminalpolizei gesucht wurden, in dauernder Verbindung stand, da auch sie in der Nachbarschaft Arbeit gefunden hatten. Das Verbrechen in Fürstenwalde ist nach wie vor ganz in Dunkel gehüllt. Die Ermittlungen zur Feststellung des Toten müssen jetzt von neuem aufgenommen werden.

Das Waisenhaus der Republik.

Das frühere große Militärwaisenhaus in Potsdam ist auf Grund des Friedensvertrags in eine staatliche Erziehungsanstalt umgewandelt worden. Die Jünglinge genießen dort Verpflegung und Unterricht und die Republik ist es, die den wesentlichsten Teil der Kosten bestreitet. Man könnte daher auch erwarten, daß der Nachwuchs in ihrem Geiste erzogen wird. Aber weit gefehlt. Im Waisenhaus in Potsdam scheint der Potsdamer „Geist“ zu herrschen. Die Erziehung, die dort den Jünglingen gewährt wird, äußert sich am trefflichsten in den Wirkungen. Es ist in der letzten Zeit wiederholt passiert, wenn Reichsbannerkameraden am Waisenhaus vorbeizogen, daß ihnen die Jünglinge aus den Fenstern zuriefen: Rostriek! Auch bei anderen Gelegenheiten, insbesondere nach der Rückkehr von einem Fest haben sich einige Jünglinge, die in einem Wagen durch die Stadt fuhren, das Vergnügen nicht nehmen lassen, während der Fahrt das Ehrhardt-Lied „Hakenkreuz am Stahlhelm“ zu brüllen. Man kann wohl kaum annehmen, daß die nach solchen Methoden erzogene Jugend irgendwie für die Republik eine besondere Bedeutung gewinnt. Aber von der Republik kann man erwarten, daß sie mit solchen Zuständen austräumt und entweder die Jünglinge, wenn sie die Anweisungen ihrer Lehrer mißachten, zur Reision bringt, oder die Lehrer, wenn sie ihren Jünglingen nichts Besseres beibringen wissen, durch andere geeignete Personen ersetzt.

Ein böllischer Held.

Aus Kaulsdorf wird uns geschrieben: „Der Kollkutscher Max Blasing aus Kaulsdorf, über dessen Tätigkeit wir wiederholt berichteten, ist am Sonnabend abend sichtlich geworden, nachdem er einen Kaulsdorfer Fingerringhändler ganz mächtig verprügelt hatte. Es ist interessant, die „Heidentaten“ dieses böllischen Jünglings einmal zusammenzustellen. Er hat im Laufe dieses Jahres einen Eisenbahner niedergeschlagen; wenige Tage vor der Wärmwahl tat er sich bei einem Ueberfall gegen Arbeiterjugendmitglieder hervor, am Tage der Wärmwahl Beamtenbeleidigung und Beleidigung der Reichsfarben; am Tage der Aprilwahl Beleidigung, tätliche Beleidigung, Bedrohung, Beamtenbeleidigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt; als der Arbeiterjugendtag der Arbeiterjugend in Kaulsdorf stattfand, bedrohte er einige Teilnehmer mit dem Revolver. Für die nächsten Tage war Verhandlung gegen ihn zu erwarten. Nun hat er es doch vorgezogen, nach berühmten Vorbildern sein Heil in der Flucht zu suchen. Bestand tatsächlich keine Möglichkeit, diesen gemeingefährlichen Menschen vorher festzusetzen?“

Ehen werden im Himmel geschlossen...

Der Reineidsprozess gegen den praktischen Arzt Dr. Koch aus Friedenau, der vor einiger Zeit vom Schwurgericht III zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, wurde gestern in Erinnerung gerufen. Dr. Koch wurde aus dem Gefängnis dem Schöffengericht Schöneberg vorgeführt, um sich wegen Pfandbruch in Verbindung mit Betrug, sowie wegen Sachbeschädigung, Betrug, Rötigung und unerlaubten Waffengebrauches zu verantworten. Sämtliche Anzeigen rührten von der Ehefrau des Dr. Koch her, mit der er in Scheidung liegt. Frau Koch hat schon vor längerer Zeit den Antrag gestellt, die Ehe wegen Geisteskrankheit des Mannes für nichtig zu erklären und war dann mit einer ganzen Reihe von Strafanzeigen gegen ihren Ehemann vorgegangen, von denen die gegenwärtige Anklage einen Auschnitt bildet. Im Laufe des Ehestreites hatte Frau Koch eine einstweilige Verfügung herausgebracht, nach der ihr in der gemeinschaftlichen Wohnung zwei Zimmer mit den ihr gehörenden Möbeln eingeräumt wurden. Als der Gerichtsvollzieher sie in die Zimmer einsehen wollte, war der Ehemann nicht anwesend. Es standen in dem Zimmer zwei Sessel, die einander fast gleich waren. Wegen der Gerichtskosten von 6 Mark pfändete der Gerichtsvollzieher einen der Sessel. Frau Koch machte ihn darauf aufmerksam, daß nur ein Sessel ihr gehöre, und es wurde ausdrücklich der andere Sessel befehlt. Als dann aber der Gerichtsvollzieher den Sessel abholen wollte, war er aus dem Zimmer entfernt und das Siegel liebt auf dem Sessel der Frau Koch. Diese behauptete, daß ihr Mann sich Zutritt in die Räume verschafft habe und den Umtausch des Siegels ihr zum Schabernack vorgenommen habe. Einige Tage später wollte Frau Koch ihre Möbel weggeschaffen lassen. Dr. Koch kam hinzu und zwang die Ziehleute mit vorgehaltenem Revolver von dem Abtransport Abstand zu nehmen. Weiterhin bezichtigte Frau Koch den Angeklagten, ihre Postermöbel zerhackt und Porzellan böswillig zertrümmert zu haben. Der Angeklagte bestritt alle diese Beschuldigungen und bezeichnete es als einen Raubakt seiner Frau, der es noch nicht genug sei, ihn ins Zuchthaus gebracht zu haben. Das Gericht hielt nur für erwiesen, daß Dr. Koch sich des unbefugten Waffenbesitzes schuldig gemacht habe und verurteilte ihn unter Freisprechung im übrigen nur zu 20 Mark Geldstrafe.

Das getretete Dorf.

In dieser Stelle (Nr. 58 d. Jahrg.) berichteten wir letzterzeit über die Tragödie, die sich in dem lieblichen hohen-Neuendorf an der Nordbahn abspielte. Für den ständigen Bewohner war bei der Ort mit seinen freundlichen Häusern und seinen gepflegten Gärten den gleichen anmutigen Anblick wie vor Jahrzehnten. Das schärfere blühende Auge aber sah, wie an vielen Bauwerken das Mauerwerk bis zu erschreckender Höhe von Wasser durchzogen war, wie der Mörtel sich löste, da und dort trotz der Bohnungsstumpfen Erdgeschosse unbewohnt blieben. Un-aufhaltsam stieg das Grundwasser, der Ort schien dem sicheren Untergange geweiht. Die Gemeinde aber war zu arm, um wirklich eingreifende Maßnahmen treffen zu können; schließlich wandte sie sich im Beginn des Jahres an Reich und Staat um Hilfe. Vom Sandbag wurden die ersten Mittel bewilligt und die Rettungsarbeiten begann.

Durch besondere Drainage- und Rohrleitungen in kombinierter Form soll der Boden der bedrohten Gemeinde entwässert werden, in dem man in einer Tiefe von häufig nur einem halben Meter bereits Grundwasser antrifft. Diese Erscheinung war eine Folge der eigenartigen Bodenbeschaffenheit. Durch Verwerfung, wie der geologische Ausdruck lautet, entstand hier eine Erdoberfläche, die nicht wie bei Ablagerungen in etwa gleicher Höhe auch gleiche Bodenschichten aufweist. Stellenweise findet es sich bei benachbarten, nur dreißig bis vierzig Meter voneinander entfernten Häusern, daß das eine auf sandigem, das andere auf leigem oder lehmigem Untergrund steht; Sandboden aber, da bei ihm die Kapillarität sehr groß ist, saugt das Grundwasser besonders hoch, während es umgekehrt bei Kies nach Möglichkeit abfließt. Man traf also die Erscheinung, daß unmittelbar neben stark bedrohten Häusern, in denen das Grundwasser bereits bis in die Partierwohnungen gedrungen war, andere standen, die vom Wasser noch gar nicht zu leiden hatten. Es wurden verschiedene Projekte erwogen, das Wasser auf möglichst zweckmäßige Weise abzuleiten. Das Raheliegende schien, das nämlich die Gemarkung hohen-Neuendorf gelegene Bach wieder freizulegen, das früher das Niederschlags- und Sickerwasser aufnahm und durch Verdunstung und Ableitung auf Umwegen nach der Havel den Wasserstand des Dries regulierte, aber bei dem Dammbau für die Nordbahn zugeschüttet wurde; gerade seit jener Zeit machte sich das Steigen des Grundwassers besonders bemerkbar. Sicher trägt die Verstopfung dieses natürlichen Ausgleichbeckens die Hauptschuld an dem Unheil, das die Gemeinde betroffen hat, keinesfalls aber die einzige Schuld. Wollte man also eine Anlage schaffen, die ein sicheres und einwandfreies Arbeiten gewährleisten, so konnte man sich nicht damit begnügen, nur einfach das Bach wieder zu öffnen, zumal im Laufe der Jahre die Verhältnisse sich noch kompliziert hätten; ein sachgemäher Ausbau aber hätte wesentlich höhere Kosten verursacht als die jetzige, ganz anders geartete Renovation. Auch ein anderer Plan, durch Tiefbohrungen durch eine in neun bis zwölf Metern Tiefe beginnende, etwa sechs Meter mächtige Gesteinsschicht das Wasser in das unter dieser liegende Decke abwärts angrenzende Grundwasser abzulassen, wurde schon erwogen, das man beim Bau von Brunnen bereits beobachtet hatte, daß dieses Wasser unter Ueberdruck steht. Unter Umständen hätten also Arbeiten in diesem Sinne, statt den Schaden zu beheben, ihn hemmungslos verschärfen können.

Man griff daher zu einer Anlage, bei der man alle Eventualitäten möglichst ausschalten kann. Bisher ist etwa ein Viertel der Arbeit fertiggestellt. Zwei Hauptentwässerungsstränge umfassen unterirdisch im Süden und Norden den Ort. Sie werden dann noch von Seitenrainen und Querschlängen gepeilt. Zurzeit sind die beiden Hauptleitungen noch nicht vereinigt und man hebt das Wasser zum Teil künstlich mit Pumpen, um die alten Schäden so schnell wie möglich zu beseitigen. Später erhält die Anlage, die fertiggestellt ohne jede maschinelle Hilfe arbeitet, einen Abfluß, der auf kürzestem Wege der Havel zugeführt wird.

Schon jetzt zeigt sich eine starke Besserung. Die Erdgeschosse der Wohnungen sind bereits überall wasserfrei, ebenfalls zahlreiche Keller. Der Anblick allerdings, den diese Räume bieten, ist grauenvoll: die Dielen sind verrotten, an den grün beschlagenen Wänden markiert sich noch deutlich die Höhe des Wasserstandes; die Holztreppen sind verfault und weggedrückt, und nur mittels einer Leiter kann man hineingelangen. Nach den bisherigen Feststellungen sind etwa 120 unbesetzte, 130 besetzte Grundstücke, daraus 200 Wohnungen, geschädigt. — Um nun aber nicht den umgekehrten Fehler zu begehen und durch allzu fröhliche Drainage den Ort in niederschlagsarmen Zeiten völlig „trocken“ zu legen, baut man an der Vereinigungsstelle der beiden Hauptleitungen Sperrvorrichtungen ein, die es ermöglichen, die Verbindung mit der Havel abzuschneiden und das Wasser nach Belieben sich aufstauen zu lassen.

Arbeiterport-Verbewoche und RPD.

In den einzelnen Stadtteilen finden in dieser Woche Verbeweranstaltungen für den Arbeiterport statt, arrangiert von den Bezirksstellen für Sport und Körperpflege. Verschiedene Umstände sprechen dafür, daß diese Veranstaltungen, die dem Arbeiterport neue Mitglieder und Freunde gewinnen sollen, zu kommunistischen Zwecken mißbraucht werden sollen. So hat in einem Bezirk der „rote Frontkämpferbund“ geschlossen am Umzuge teilgenommen. Eine gleichzeitige Teilnahme des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wollte man natürlich nicht. Durch die offizielle Teilnahme kommunistischer Vereine und durch Bemühungen derselben zur Agitation für die RPD, wird der Ansehen erweckt, als wenn es sich dabei um kommunistische Veranstaltungen handle, wobei der Zweck leicht ins Gegenteil verkehrt wird. Die Arbeitergemeinschaft „Luzernsport“ wendet sich entschieden gegen diesen Mißbrauch. Sie fordert alle Arbeiterportler auf, sich dagegen zu wehren und die Teilnahme politischer Vereine zu unterbinden. Wo das nicht erreicht werden kann, müssen unsere Freunde die Beteiligung ablehnen.

H. Bachhaus, Leiter der Arbeitergemeinschaft „Luzernsport“.

Rennen zu Kuhlleben am Donnerstag, den 25. Juni.

1. Rennen. 1. Lottie Knoll (R. Ringels), 2. Helina (R. Ringels), 3. Maria (Frayrembel), Toto: 34: 10. Bl: 29, 64, 172: 10. Ferner lesen: Goudier jun., Baron Gohler, Armentier, Baron Kuschaga, Varasit, Benebitt, Dolecit, Gatschlerin, Fische, Rinoltern.
2. Rennen. 1. Michel Engels (E. Kreuberg), 2. Peter Garbester (A. Grube), 3. Barmaid (Kudpnadel jun.), Toto: 18: 10. Bl: 15, 20, 20: 10. Ferner lesen: Hebernelle, Sach Child, Amorette, Heidemann, Rarnenal, Prinz Rudolf, Wippen, Kammerlänger.
3. Rennen. 1. Koblentz (H. Hefer), 2. Lokomotiv (H. Ringels), 3. Preisbild (H. Krauk), Toto: 41: 10. Bl: 14, 12, 22: 10. Ferner lesen: Maria L. Die Letzte, Dele Marion, Qildburg, Kopele, Rahmsattel, Ellen, Feiba Nagoman.
4. Rennen. 1. Niederländer (H. Hefer), 2. Valentin (H. Ringels), 3. Der Bette (Grohmann), Toto: 23: 10. Bl: 12, 15, 13: 10. Ferner lesen: Donar, Erbsping, Kasimir, Freiberg, Konstant, Nagoman.
5. Rennen. 1. Stapelau (H. Brand), 2. Odesa (H. Rörting), 3. Besties jun. (H. Rörting), Toto: 108: 10. Bl: 35, 47, 54: 10. Ferner lesen: Althold, Cuera, Rintha, Baron Alatawas, Rud. Zeigert, Corona de Rinn, Martha III, Angriff, Heberose B. Batschari, Fische, Hebering I. Silberius, Harz B.
6. Rennen. 1. Koloni (Grohmann), 2. Joll (Kauz jun.), 3. Nathan IV (Herrn. Schlemmer), Toto: 13: 10. Bl: 11, 15, 12: 10. Ferner lesen: Baron Arworit, Ballander, Progreß, Carleia.
7. Rennen. 1. Aldenger (Kauz jun.), 2. Diagonale (H. Hefer), 3. Karl Alexander (H. Schmitz), Toto: 30: 10. Bl: 16, 15, 23: 10. Ferner lesen: De Darling, Rinolentia, Urmas, Besoßger.
8. Rennen. 1. Clematis blau (E. Grube), 2. Margot I (Hermann Schlemmer), 3. Prinz Rdbell (H. Hefer), Toto: 158: 10. Bl: 24, 46, 21: 10. Ferner lesen: Heil, Paula Singen, Della, Libelle IV, Jemelon, Josef, Franzenstein, Verdum.
9. Rennen. 1. Paula A (H. Jan), 2. Barmaid (Kudpnadel jun.), 3. Celala (H. Ringels), Toto: 18: 10. Bl: 14, 17, 51: 10. Ferner lesen: Heberose, Jizano, Kallat, Schwarmadmbel, Luzzago, Wpelschitz, Baron Weiss jun., Schlagschier, Unsel, Kämpfer, Zinafion, Zump, Kollag, Sauru.



Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

Der „Total-Anzeiger“ berichtet über die Bezirksversammlung in Berlin-Mitte, die am 24. Juni im Rathausaal stattfand. Die Tagesordnung umfaßte hauptsächlich Verkehrsfragen: Veränderungen am Leipziger Platz im Interesse des dortigen Massenverkehrs, Veränderungen im Scheunenviertel, vor allem der Umgebung der Volksbühne am Bülowplatz, Neuchünienfestung am Reichstagsufer zwischen Friedrichstraße und Stadtbahn und einen Antrag der bürgerlichen Rechten betr. den Straßenhandel. Am Leipziger Platz soll das Gitter zur Verbreiterung des Bürgersteigs zurückgestellt und an Stelle des alten hohen eisernen Gitters eine niedrige Einfassung gesetzt werden, damit die Grünflächen besser zur Geltung kommen. Zur Veränderung der überaus häßlichen, man darf wohl sagen skandalösen Umgebung der Volksbühne hat ein Wettbewerb stattgefunden, bei dem der Entwurf des Architekten Schauth als bester ausgezeichnet wurde. Die völlige Bebauung des Geländes nach den Plänen von Schauth soll noch in diesem Sommer beginnen. Der Antrag der bürgerlichen Rechten bezüglich der Einjurierung des Straßenhandels aus der Königsstraße war an sich zu hin-jällig, weil hier verkehrspolizeilich der Straßenhandel bereits ausge-schlossen ist. Der Sturm im Wasserglas erstand nun auf der rechten Seite, deren Fraktionsführer auf Urlaub ist und die in-folge dessen nervös wurde, weil die Regie nicht klappte, dadurch, daß der SPD-Fraktionsführer Genosse Riese im Wortwechsel auf Zu-rufe von der Rechten antwortete: „Stellen Sie sich doch nicht dümm-er als Sie sind.“ Diese in Berlin häufige Redensart wird keineswegs über-als als Beleidigung angesehen, sollte es auch, wie Riese nachher be-tonte, keineswegs sein, sondern belegen, daß auf der rechten Seite so viele Schlauberger sitzen, daß sie gewiß sich zu geben könnten und sollten, wie sie sind. Jedenfalls aber packte die rechte Seite die Koffer und zog aus dem Saal. Infolgedessen wurde die Versammlung beschlußunfähig.

3. Bezirk — Wedding.

In der Kreisvertreterversammlung, die am 19. Juni in den Tharis-fäden stattfand, gab Genosse Frank den Geschäftsbericht. Er hob hervor, daß die Partei im 3. Kreise im verflochtenen Geschäftsjahr über 1000 neue Mitglieder und nahezu 1100 neue „Vor-wärts“-Leser gewonnen habe. Der Aufstieg der Partei wird durch die Zunahme der Stimmen bei den Wahlen am besten gekennzeichnet. Während von den abgegebenen Stimmen bei den Wahlen 1924 auf die Sozialdemokratische Partei 22,3 Proz. entfielen, erhielt sie bei den Dezemberwahlen 34,4 Proz. und am 29. März 1925 sogar 40 Proz. Diese Tatsache bedeutet auch eine Stärkung der Macht-stellung der Sozialdemokratischen Partei in der Gemeinde, die die Reichspartei — nach der Erklärung eines ihrer Mitglieder — am liebsten durch eine Verringerung des kommunalen Wahlrechts brechen möchten. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt: 1. Vor-sitzender Otto Frank, 2. Vorsitzender Fritz Riese, 1. Schrift-führer Hugo Hennicke, 2. Schriftführer Bahle, Kassierer Otto U. d. e. r., Beisitzer Fendel, Haberstroh, Drews, Siegler und Schönig.

5. Bezirk — Friedrichshain.

In der letzten Bezirksversammlung des Bezirks Friedrichshain gab der Vorsitzende den Uebertritt des Bezirksvorsitzenden Wolf-son zu den deutschen Nationalen Fraktion bekannt. Der erste Teil der Tagesordnung wurde durch mehrere Anfragen unserer Genossen ausgefüllt, die gesundheitsliche Dinge betrafen. Gesundheitsgefährdend sind in einzelnen Teilen des Bezirks, besonders in Stralau, in die seit langem viel Unrat geworfen wurde. Vom Bezirksamt sind zur Behebung der Uebelstände Schritte eingeleitet. Besondere Uebelstände haben sich an heißen Sommertagen in der Besperrung der Straßen herausgebildet. Die von der zentralen Finanzver-waltung bewilligten Mittel reichen bei weitem nicht aus, um die unerträgliche Staubplage wirksam zu bekämpfen. Ein Antrag unserer Genossen, der hier Verringerung schaffen möchte, fand allge-meine Zustimmung. Die gleiche Einmütigkeit ergab sich bei der Be-sprechung der Verkehrsnot in Ost, die besonders auf der Straßenbahnlinie 82 zu unerträglichen Zuständen geführt haben. Verhandlungen des Bezirksamts sind bisher ergebnislos ge-wesen. Trotzdem solche Angelegenheiten immer volle Einmütigkeit beanspruchen dürfen, scheint es den Kommunisten gewöhnlich Be-dürfnis zu sein, sich zu allen möglichen und unmöglichen Gelegen-heiten zum Worte zu melden, und aus ihrer „revolutionären“ Phrasologie einiges zum Besten zu geben. Im Auftrage der sozial-demokratischen Fraktion legte Genosse Günther eine Entschließung an den Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung vor, die die Gestaltung des Etats für den Bezirk Friedrichshain außer-ordentlich bedauert und die Wiederherstellung verschiedener wichtiger Positionen verlangt. Es handelt sich hierbei vor allem um wichtige Positionen der Wohlfahrtspflege, der Jugendfürsorge und der Jugendpflege. Mächtig war der Rückzug der Kommuni-ken, die einen Antrag auf die Wiederherstellung des ursprünglichen Haushaltsplanes gestellt hatten, und erklärten, daß in dieser Weise nicht verfahren werden dürfe. Man müsse immer den Etat als Gesamtheit betrachten (!). Wenn aber ihr Antrag keine Ver-erkennung finde, so werde man „selbstverständlich“ für den Antrag der SPD. stimmen. Dieser fand dann einstimmige Annahme. Mit der Bewilligung von 2000 M. zur Füllung der Sandpfadkästen in den Kinderorten und Lindbergen fand die Versammlung ihr Ende.

17. Bezirk — Lichtenberg.

In der Kreisvertreterversammlung vom 24. Juni gab der Kreis-vorsitzende Genosse Thurm den Jahresbericht. Danach hat die Mit-gliederbewegung erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, auch die Leser-zahl des „Vorwärts“ ist erheblich gestiegen. Infolge des Arbeitseifers der Funktionäre und der Mitglieder wurden bei den Wahlen ausge-zeichnete Erfolge erzielt. Große Anstrengungen aber müssen noch gemacht werden, um in der Frauen-, Beamten- und Arbeiter-bebewegung vorwärts zu kommen. Die Bezirksverordneteninstanz, die aus 22 Mitgliedern besteht, hat leider nicht die Mehrheit. Die SPD., die in der Bezirksversammlung das Jünglein an der Wage

Die Berliner Städtischen Werke.

Aus den letzten Generalversammlungen.

Am Dienstag, den 23. Juni, fanden die Generalversammlungen der Berliner Gaswerke und der Berliner Städtischen Wasserwerke statt. Die Gaswerke arbeiten mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark, das sich in den Händen der Stadt befindet. Außerdem haben sie noch 2,5 Millionen Obligationen ausgegeben und ferner erscheinen auf der Passivseite der Bilanz per 31. Dezember 1924 9,7 Millionen Kreditoren. Auf der Aktivseite finden wir das Magazin und Lager mit 4,5 Millionen bewertet, Steinkohlen sind für 6,8 Millionen vorhanden, Debitoren sind mit 5,1 Millionen ausgewiesen und ferner befindet sich auf der Aktivseite ein Kapitalerwerbskonto von 8,1 Millionen. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist ein Betriebsergebnis von 84 Millionen Mark aus. Gas erbrachte 47,5 Millionen, Rots 15,4 Millionen. Berausgabe wurden für Gaslohlen 29 Millionen Mark, für Pöhne und Gehälter 18,2 Millionen Mark, Betriebskosten erforderten 38 Millionen Mark. In dem Geschäftsbericht wird darauf hingewiesen, daß wir immer noch nicht trotz der Steigerung des Gasverbrauches im Jahre 1924 den Vorkriegsverbrauch erreicht haben, während 1913 der Durchschnittsverbrauch pro Gasmesser 566 Kubikmeter betrug, wurden 1924 durchschnittlich 337 Kubikmeter verbraucht. Dabei ist die Gasproduktion im Jahre 1924 um rund 20 Millionen Kubikmeter gestiegen. Die Gesehungskosten bewegen sich auf der absteigenden Linie und es war daher möglich, den Gaspreis allmählich von 21 auf 16 Pf. herunterzudrücken. Die Gesehungskosten sind aber immer noch nicht so niedrig wie vor dem Krieg. Das wird schon allein durch die Tatsache bewiesen, daß 1913 die Ausgaben für Kohlen durch die Einnahmen aus den Nebenprodukten gedeckt wurden, 1924 erbrachten diese Einnahmen 75 Proz. der Kohlenausgaben, so daß 25 Proz. durch den Verkauf von Gas herausgewirtschaftet werden mußten. Die Gesellschaft ist bemüht, durch Konzentrierung der Betriebe die Betriebskosten weiter herabzudrücken. Sie hat die Betriebe Schmar-gendorf und Hermsdorf stillgelegt und bereitet die Stilllegung weiterer Werke vor. Außerdem sind im laufenden Jahre Bauteile für technische Verbesserungen vorgesehen. Die Gasabgabe im ersten Quartal bewegte sich auf ansteigender Linie.

Die Berliner Städtischen Wasserwerke

wurden am 1. Januar 1924 in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 6 Millionen Mark umgewandelt. Dieses Kapital befindet sich in den Händen der Stadt. Bei der Umwandlung waren 700 Angestellte und 965 Arbeiter in den Wasserwerken beschäftigt. Die Zahl der übernommenen Werke betrug 21. Am 31. Dezember 1924 waren nur noch 14 Werke vorhanden, 7 Werke waren stillgelegt und die Zahl der Angestellten verringerte sich auf 410, die Zahl der Arbeiter auf 600. Zur weiteren Herabdrückung der Selbstkosten wird die Vereinheitlichung des der Wasserverteilung dienenden Rohrnetzes im großen Umfange vorbereitet. Der Wasserpreis wurde allmählich von 21 Pf. auf 17 Pf. für den Kubikmeter ermäßigt. Er erreicht damit fast den Friedensfuß, der 16,7 betrug. Der Wasserverkauf betrug 1924 89,33 Millionen Kubikmeter. Am Tage des Höchstverbrauchs wurden 595 542 Kubikmeter gefördert, am Tage des Mindestverbrauchs 207 867 Kubikmeter. Für den Kopf und Tag der versorgten Bevölkerung ergibt sich am Tage des Höchstverbrauchs ein Verbrauch von 129,5 Liter, am Tage des Mindestverbrauchs 68,1 Liter. Die Zahl der Hausanschlüsse belief sich am 31. Dezember 1924 auf 65 031 und zeigt gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 670 Anschlüssen. An

hildet, stimmt in den meisten Fällen mit den Bürgerlichen gegen die Sozialdemokraten. Aus dem Kassensbericht des Genossen Laahy läßt sich ebenfalls die erfreuliche Besserung, auf die der Vorstehende hinweist, erkennen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Als Mitglied der Pressekommission wurde Genosse Wichte bestimmt. Nachdem die dem Bezirksparität zu unterbreitenden Anträge durch-beraten und über sie abgestimmt war, wurde Genosse Thurm als Delegierter zum Heidelberger Parteitag vorgeschlagen. Am 12. Juli findet, wie der Vorstehende mitteilte, im Vergnügungspark von Schorn das Sommerfest statt. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, von den männlichen Mitgliedern einen Beitrag von 10 Pf. zur Unterhaltung und zum Aufbau der Bibliothek zu erheben.

Die Freibäder an der Obersee sind im laufenden Jahre in ihren Einrichtungen wesentlich verbessert bzw. erweitert worden. Freibad Ahlershof, Station Obersee der Spindlersfelder Eisenbahn, hat seinen Badestrand von 150 auf 340 Meter Länge ausgedehnt, erhält jetzt neue Umkleekabinen und Turn- und Spielgeräte. Freibad Oberschönemeide, Haltestelle Reichenberg der Straßenbahnlinien 87 und 187, erweitert seine Umkleekabinen und den Schwimmbad und zeigt eine neue schattenpendende Baumbeplantzung auf seiner großen Spielmiese. Beide Bäder haben Turngeräte und bieten somit Platz, daß eine Ueberfüllung kaum eintreten kann. In beiden Freibädern wie in dem Planschwab Wilhelmstrand in Oberschönemeide üben an Badetagen Samaritanerinnen den Sanitätsdienst aus.

Ein milchhygienisches Institut in Berlin. Seit kurzer Zeit besteht in Berlin das Paktologische Institut, Berlin-Wilmersdorf, Emser Str. 12/13, das sich mit der wissenschaftlichen Bewertung von Milch und ihrer Nebenprodukte auf wissenschaftlich hygienischer Grundlage beschäftigt. Als ersten Erfolg kann das junge Unternehmen feststellen, daß sein Dohurtpräparat Marke „Jozun“ auf der Weltausstellung 1925 mit einer Goldenen Medaille und einer Silbernen Staatsmedaille ausgezeichnet wurde.

Inhalt: Das Schillerdenkmal besahen heute der frühere Kaiserbruder, letzter Rentennepfänger Julius Delwisch und seine Ehefrau Joh., geb. Segelmann, in Reutheim, Reuterstr. 29.

Betriebsmitteln wurden verbraucht: Kohle 40 475 Tonnen, elektrischer Strom 4 956 691 Kilowattstunden, Treiböl 384 471 Kilogramm, Leuchtgas 96 831 Kubikmeter. Das Jahr erbrachte an Betriebseinnahmen etwas über 17 Millionen Mark. Ausgaben wurden für Betriebskosten circa 7 Millionen aufgewandt, für Abschreibungen circa 4 Millionen, für Aufwertungen und Wasserhöhen und dergleichen 1,4 Millionen, als Tilgungsquote für Kapitalerwertungskonto 2 Millionen. Die Handlungskosten erforderten etwa über 1/2 Million ebenfalls Steuern und Abgaben. Für Werterhaltung wurden 653 000 M. verausgabt, an Pachtzinsen 879 000 M. In der Bilanz erscheinen auf der Aktivseite Schuldner mit 8,8 Millionen Mark, das Kapitalerwertungskonto mit 2,159 Millionen Mark, die Materialbestände mit etwas über 1 Million Mark. Auf der Passivseite Gläubiger mit 809 000 M., das Anlageerhaltungserwertungskonto mit 4 Millionen Mark und ein Rückstellungskonto für Aufwertungen und Wasserhöhen ufm. mit 1,4 Millionen Mark.

Elektrizitätswerke.

Der Generalversammlungen der Elektrizitätswerke wurde die Bilanz und der Geschäftsbericht für das Jahr 1924 vorgelegt, die ohne jede Erörterung genehmigt wurden. Das Aktienkapital in Höhe von 15 Millionen Mark besitzt die Stadt. In dem Geschäftsbericht heißt es, daß im Jahre 1924 462 459 277 Kilowattstunden Strom, also etwas mehr als im Vorjahre verkauft wurden. Der größte Teil des Stromes, 376 884 262 Kilowattstunden, kam aus Schornemig und Trattendorf. Im Durchschnitt wurde für den Gesamtjahresabsatz ein Preis von 16,05 Pf. pro Kilowattstunde erzielt. An Anschlüssen waren am 31. Dezember 1924 vorhanden 273 787 Stromabnehmer, 305 962 Elektrizitätszähler und 57 205 Hausanschlüsse. Auf den einzelnen Werken der Gesellschaft, dem Kraftwerk Obersee, Kraftwerk Roabit, Kraftwerk Nammelsburg, Charlottenburg, Steglitz, Mauerstraße, Schiffbauerdamm, wurden im Berichtsjahr sehr erhebliche Bauarbeiten ausgeführt. Das Bauprogramm ist damit aber noch nicht durchgeführt, die Arbeiten werden im laufenden Geschäftsjahr fortgesetzt. Was die Personalbewegung anbelangt, so ist gegenüber dem Anfang des Jahres 1924 eine Verminderung der Angestellten von 1603 zu Beginn des Jahres auf 1333, die am 31. Dezember noch bei der Gesellschaft beschäftigt waren, festzustellen. Dabei hat in den einzelnen Abteilungen sogar eine Vermehrung des Angestelltenbestandes stattgefunden, besonders in der Verkehrsabteilung, die die Anschlußbewegung zu regeln hat. Der Arbeiterbestand hat eine mäßige Zunahme von 2279 auf 2546 erfahren. Ausfälle durch Zahlungseinstellungen hat die Gesellschaft nicht gehabt, die Aus-sichten werden als günstig bezeichnet. Es wurde ein Rohüberschuß von etwas über 28 Millionen erzielt, davon erforderten Handlungs-unkosten etwas über 3 Millionen, Pachtzins etwas über 3 1/2 Millionen, den ordentlichen Abschreibungen für die Erneuerungsrücklage wurden 12 Millionen zugeführt, der außerordentlichen Rücklage für besondere Erneuerung 1 Million, die Tilgungsquote für das Kapitalerwertungskonto wurde auf 6 Millionen festgelegt, die Pensionsrücklage mit 1 Million notiert, Steuern erforderten etwas über 1/2 Million. In der Bilanz erscheinen auf der Aktivseite Schuldner mit circa 11 Millionen, Beteiligungen und Wertpapiere mit etwas über 7 1/2 Millionen, Materialien sind mit circa 3 1/2 Millionen bewertet, dann erscheint ein Kapitalerwertungskonto mit 6 Millionen. Auf der Passivseite sind Gläubiger mit etwas über 4 1/2 Millionen. Die Pensionsrücklage mit 1 Million, die Erneuerungsrücklage gemäß Pachtvertrag mit circa 7 1/2 Millionen, die außerordentliche Rücklage für besondere Erneuerungen mit 1 Million und das Defizit mit 1/2 Million.

Die Berliner Stadtbank.

Am 1. Mai d. J. wurde die frühere Bankabteilung der Spar-kasse der Stadt Berlin in ein selbständiges Institut mit der Be-zzeichnung „Berliner Stadtbank“ umgewandelt. Schon vor dem Krieg suchten, wie in einem Artikel über die Stadtbank in Nr. 24 der „Berliner Wirtschaftsberichte“ ausgeführt wird, die Sparkassen ihre frühere einfache Form aufzugeben, um den Ansprüchen der stetig wachsenden Zahl ihrer kaufmännischen Kunden nach modernem Gesch-verkehr gerecht zu werden. Seit der Gründung der neuen Stadt Berlin war die Berliner Sparkasse vor allem bestrebt, das Stra-ßenbank möglichst auszubauen und an einen der drei bedeutenden Ueberweisungstrasse, nämlich den Reichsbank Giroverkehr, den Post-scheckverkehr und den kommunalen Giroverkehr anzuschließen. Ueber den Weg einer Girozentrale erfolgte dann auch der Anschluß an den gemeindlichen Giroverkehr, der mit rund 8000 Zahlstellen ein engmaschiges Netz über ganz Deutschland gezogen hat. Die große Bedeutung, die die Girozentrale einer Kleinstadt wie Berlin in diesem Ueberweisungstrasse hat, und die damit verbundenen Auf-gaben erforderten schließlich die Umwandlung, wollte man einer-seits diesen Aufgaben gerecht werden und andererseits mit den modernen Geldinstituten Schritt halten. Die Hauptaufgabe der Stadtbank ist neben der Pflege des volkswirtschaftlich so wichtigen bargeldlosen Zahlungsverkehrs und der bankgeschäftlichen Angelegenheiten namentlich die Förderung des Kredits und der Wirtschaftsbetriebe der Stadt und der erwerbstätigen Bevölkerung Berlins. Trotz dieser Umwandlungen ist jedoch die Berliner Spar-kasse bestrebt, das Geldinstitut der sparenden Bevölkerung und der Gewerbetreibenden zu bleiben, vor allem will sie aber bei ihrer Tätigkeit den Grundgeden der unbedingten Sicherheit und dem Gemeinwohl zu dienen nicht verlassen.

Auf dem städtischen Friedhof, Sectr. 92/93, werden infolge Ein-richtung eines neuen Urnenhaines die Grabstellen der Kinder-abteilung 7 dortselbst, welche bis zum 30. Juni 1905 belegt sind, nach dem 1. September 1925 einabgegeben werden. Eine Verlagerung der Beisetzungen kann nur durch Umwandlung in Urnenstellen erfolgen. — Alle Grabstelleneinhaber, die Rechte an Denksteinen und

die gehaltvolle 3,8 Zigarette
jetzt auch **dick, rund**
ohne Mundstück
erfreut sich aller Gunst!

Die Brotwucherdebatte im Reichstag.

Anlagerede der Gen. Sender. — Geschäftsordnungsdebatte. — Deutschnationale Verwirrung.

Im Reichstag teilte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung Präsident Löbe dem Hause den Inhalt eines Danktelegramms des Pol-Forschers Amundsen für das Glückwunschtelegramm des Reichstages mit. (Beifall.)

Dann folgt die Debatte über die Zollvorlage fort.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) erklärt, die Demokraten würden in der wichtigen Zollfrage das Parteinteresse zurückstellen und sich an der sachlichen Arbeit beteiligen. Die Regierungsvorlage bedürfe der sorgfältigsten Nachprüfung. (Sehr richtig!) Und die Demokraten würden alle berechtigten Forderungen zu dieser Vorlage mit größtem Nachdruck unterstützen. (Beifall links.) Die europäischen Staaten müßten dem Umstand Rechnung tragen, daß die Industrialisierung der überseeischen Länder und die Schwächung der europäischen Finanzpositionen Tatsachen seien. Auf Deutschland treffe das letztere besonders zu. Es sei notwendig, die Produktion zu verbilligen und das Preisniveau zu erniedrigen. Den Weg eines Dumpings, das heute in fast allen europäischen Staaten abgelehnt werde, könne man aber nicht beschreiten.

Die Regierung habe in ihrer Zollvorlage den großen Aktienposten der deutschen Qualitätsarbeit außer acht gelassen; sie habe dagegen das Armutszeugnis zum Ausdruck gebracht, daß die gesamte deutsche Wirtschaft kühnungsbedürftig durch Zölle sei. Diesen Pessimismus könnten die Demokraten nicht mitmachen.

Es macht ganz den Eindruck, als hätten die Verfasser des Entwurfs in ganz schematischer Weise die früheren Tarife erhöht unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten allgemeinen Geldentwertung und als hätten sie sie weiter erhöht, um den jeweiligen Wünschen der Interessenten entgegenzukommen. (Beifall links.) Die Tatsache, daß unsere Wirtschaft gegenüber dem Ausland vorbelastet ist, und die andere Tatsache, daß wir ein für unsere Wirtschaft unentgeltliches Steuersystem besitzen, zwingen uns doch nicht dazu, auch eine schlechte Handelspolitik machen zu müssen. Der gesunde Menschenverstand gebietet dann eben eine Verringerung des Steuersystems, namentlich hinsichtlich der Umsatzsteuer. Außerdem würde die Erhöhung des gesamten Preisniveaus eine außerordentliche Steigerung des öffentlichen Finanzbedarfs mit sich bringen, die auch nicht entfernt durch ein Mehr von Zolleinnahmen ausgeglichen werden könnte. Zu den Schlagworten ohne Hintergrund gehört auch das von der Stärkung des inneren Marktes durch Schutzzölle. Nach alledem mißbilligen wir die ganze Richtung der Vorlage. Dagegen sind wir für den unbedingt notwendigen Schutz in erster Reihe der vorbedachten und der Fertigprodukte. Der Eingang von Rohstoffen und Halbfabrikaten ist unzulässig zu erleichtern. Zahlreiche Positionen der Zollvorlage, die gegenüber dem alten Tarif erhöht worden sind, erscheinen überhaupt nicht in der Vorlage. Wir wünschen Austausch über diese Veränderungen des alten Zolltarifs. Auch können wir uns nicht darauf einlassen, daß die Zölle einfach damit verteidigt werden, daß es Verhandlungszölle sind. Wir müssen uns vor der Gefahr hüten, daß unter dem Namen von Verhandlungszöllen wirkliche Prohibitivzölle eingeführt werden. Wir lehnen die Getreidezölle nicht unbedingt ab. Was wir unbedingt ablehnen, ist die Festlegung von Mindestzöllen, für die es an jedem Grunde fehlt, aber andererseits für künftigen Vertragsverhandlungen ein schweres Hemmnis zum Nachteil unserer gesamten Volkswirtschaft werden kann. Ebenso lehnen wir keinen Anlaß, die Getreidezölle jetzt schon für das Erntejahr 1926 auf der Vorkriegeshöhe festzusetzen. Dagegen halten wir die von der Wissenschaft befürworteten Wege des Bereinigungszolls und der gleitenden Zölle für genauer Erwägung bedürftig. Wenn wir uns auch nicht der Ansicht verschließen, daß wir für die gerade jetzt laufenden Handelsvertragsverhandlungen angemessene Eisenzölle brauchen, so mißbilligen wir doch den Wunsch, daß die Regierung von der Verhandlungsmöglichkeit den Gebrauch macht, der im Interesse der deutschen Wirtschaft notwendig ist. Das gilt auch von den meisten anderen Industriezöllen, von der chemischen Industrie und von den Textilzöllen. Man kann sich einlaßlich nicht vorstellen, wie bei einer derartigen hohen Vorausbelastung ein Export von Textilfabrikaten noch möglich sein soll. Der Redner legt sich am Schluß seiner Rede für einen schon früher gestellten demokratischen Antrag ein, einen Sachverständigenausschuß zur Prüfung der Zollfragen zu bilden. (Beifall links.)

Abg. Weidenhöfer (Völk.): Die Zollvorlage wird im einzelnen auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen sein; wenn man aber der deutschen Industrie Schutzzölle zubilligt, dürfe man der Landwirtschaft den götterlichen Schutz nicht versagen. (Beifall bei den Völk.)

Abg. Frau Sender (Soz.):

Charakteristisch für die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien ist es, daß sie diese Vorlage in wenigen Tagen erledigen wollen und daß sie dabei das Volk ganz ausschalten. Noch bei der letzten Wahl hat man den Reiter des deutschen Volkes angegriffen. Hätte man dem deutschen Volke diese Morgengabe in die Hände gegeben, so würde es sich wohl überlegt haben, dem Reiter keine Stimme zu geben. Für dieses Mal ist es zu spät, die Dichtung zu erlösen, aber noch nicht zu spät für künftige Gelegenheiten. Wenn Sie (noch rechts) glauben, zu den Kosten der Reparationen noch neue Kosten hinzufügen zu können, so werden Ihnen die breiten Massen eine andere Antwort geben, als Sie es sich heute noch vorstellen.

In erster Linie müssen ja gerade die Ärmsten des Volkes bluten, alle die Kriegsoffer, Invaliden, die kleinen Rentner, die enteigneten Sparer. Und nun wollen Sie ihre Lage noch weiter verschlechtern! Wir sind bereit, sachlich an der Vorlage mitzuarbeiten, aber wir verlangen eine gründliche Beratung um so mehr, als die Begründung der Vorlage von geradezu armeliger Dürftigkeit ist. Die Regierung geht schloßlos an den Erkenntnissen der Wissenschaft vorüber, man könnte glauben, sie befände sich in einer Situation, in der die oft abgegriffenen Argumente noch gelten. Welche Hauptargumente werden von den Befürwortern der Schutzzölle gebracht? Es wird gesagt, das Ausland umgibt sich mit Schutzzöllen, und darum müßten wir das gleiche tun. Man erhebt sich gegen die Schutzzölle der anderen, aber man tritt in deren Fußstapfen. Will man aber ein Lebel befämpfen, dann darf man ihm doch nicht selbst nachsetzen. Ueberdies dürfen wir keine schablonenhafte Vergleiche mit anderen Ländern anstellen, da wir uns doch in ganz anderer Lage befinden als unsere Hauptkonkurrenten. Ein Land, das so auf die Einfuhr von Rohstoffen und auf die Steigerung des Exports angewiesen ist, darf nicht zur Nachahmung der Maßnahmen anderer Länder schreiten, die sich in einer ganz anderen Situation befinden. Können wir überhaupt einen Vergleich anstellen mit einem Hochschutzzoll wie Amerika?

Wir sind gezwungen, den Anschluß an die Weltwirtschaft zu finden und gerade das würde der Hochschutzzoll bei uns verhindern.

Es wird behauptet, daß der Schutzoll zur Wiederherstellung des Ausgleichs der Handelsbilanz führen werde. Ich will darüber nur ein kurzes Wort sagen. Ist aber die Passivität der Handelsbilanz unbedingt ein Zeichen für die Verarmung eines Landes? Das ist nicht unbedingt richtig. Insbesondere beruhe bei

uns die Passivität der Handelsbilanz vom vorigen Jahre vor allem auf dem starken Import von Kapital in den verschiedenen Formen. Wir werden die Passivität der Handelsbilanz nur durch den engsten Anschluß an die Weltwirtschaft überwinden und nicht durch die Errichtung einer Hochschutzzollmauer. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es wird weiter gesagt, daß wir ein Verhandlungsinstrument haben müssen. Das brauche ich Ihnen doch aber nicht zu sagen, daß man mit hohen Zöllen sich die Verhandlungen nur erschwert, und wenn erst diese hohen Zölle eingeführt worden sind, dann wird ihr Abbau außerordentlich schwer fallen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie würden auch später keine große Hilfe haben, um einen neuen Zolltarif mit mäßigeren Sätzen einzuführen. Dem Argument, daß ein Verhandlungsinstrument geschaffen werden sollte, widerspricht ja auch die Tatsache, daß die Vorlage gebundene Getreidezölle enthält, für die es keine Kompensation geben kann. Ein anderes Argument ist der Hinweis auf die anderen Staaten, die ebenso wie wir hohe Schutzollmauern haben oder schaffen wollen. Das muß zu einem

allgemeinen Wettstreit

führen, das nicht im Interesse der Weltwirtschaft liegt, das zu einer Erschwerung der internationalen Beziehungen führen muß. Nun wird weiter gesagt, daß die Notwendigkeit von Industriezöllen fast von allen Wirtschaftskreisen anerkannt wird, und daß als Korrelat Agrarzölle geschaffen werden müssen. Jedenfalls ist es klar, daß Agrarzölle und Industriezölle zu einer

Erhöhung der Preise für alle Waren,

zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten führen. Damit verursachen sie eine weitere Steigerung der Produktionskosten, denn irgendwie müssen sich die höheren Preise auch in den Löhnen auswirken. Damit wird weder der Landwirtschaft noch der Industrie geholfen, sie verlieren sich gegenseitig die Produktionsmittel und die Waren. Auf diese Weise können wir auch keine Erhöhung der Produktion erreichen, denn wir verkürzen die Kaufkraft des eigenen Landes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Arbeiter eine Erhöhung ihrer Löhne verlangen, so wehren Sie diese mit der Behauptung ab, daß dadurch die Gefahr einer neuen Inflation entstehen könnte. Die Gefahr einer neuen Inflation muß aber gerade durch Erhöhung der Preise insoweit der Schutzzölle entstehen. Daß der Schutzoll überflüssig ist, geht so auch aus der Resolution hervor, die der deutsche Landwirtschaftsrat am 17. Juni beschlossen hat. Dort heißt es: „Sollte wider Erwarten der Landwirtschaft ein Lieferlocher, der Parität mit den Industriezöllen entsprechender Zollschutz verweigert werden, dann müßte der Landwirtschaftsrat für völlige Zollfreiheit auf allen Gebieten eintreten.“ Das heißt doch nichts anderes, als daß die Landwirtschaft auf Agrarzölle verzichten will, wenn die Industrie keine Zölle hat, das bedeutet also, daß Schutzzölle überhaupt entbehrlich sind. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Nun wird weiter behauptet, daß die deutsche Industrie Zölle gebrauche, weil sie sonst auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig sei. Das ist eine völlige

Bankrotterklärung der deutschen Wirtschaft.

Wo bleibt der Stolz auf unsere Leistungen, wenn wir angeblich auf fast allen Gebieten der Konkurrenz des Auslandes unterliegen und wenn eine Steigerung unserer Leistungsfähigkeit nur durch Abschließung der Konkurrenz, nur durch Verteuerung der Waren herbeigeführt werden könne. Dabei arbeitet doch heute schon das Ausland mit höheren Löhnen und auch die Transportkosten sind höher, bis die Waren nach Deutschland geschafft werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf der einen Seite wird die Einführung der Zölle verlangt, weil die eigene Produktion nicht ausreicht, auf der anderen Seite aber will man die eigene Produktion durch Zölle schützen, trotzdem sie den inneren Markt versorgen kann. Diese widersprüchvolle Argumentation beweist doch nur das eine, daß

die Interessenten unter allen Umständen Zölle haben wollen.

Das zeigt weiter, wie wenig durchdacht die ganze Vorlage ist, wie wenig sie von dem Gesichtspunkt der Interessen der gesamten Volkswirtschaft ausgeht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Konkurrenzfähigkeit nur durch den Abschluß vom Auslande eintreten könnte, so hätte sie doch schon in der Inflationszeit eintreten müssen, wo Deutschland doch durch eine viel dichtere Mauer von den anderen Ländern abgeschlossen war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Inflationsmauer hat aber nicht eine Steigerung der Produktion herbeigeführt, sondern ihre Verringerung. So ist die Brotgetreidefläche zurückgegangen von 7,2 Millionen Hektar im Jahre 1913 auf 5,8 Millionen Hektar im Jahre 1924. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch der beste Beweis dafür, daß die Abschließungen vom Weltmarkt nicht ein Mittel ist, um die Produktion zu heben. Beachten Sie auch das, was der bekannte Landwirtschaftslehrer Trebb sagt. Er führt aus, daß die Ausschöpfung der Auslandskonkurrenz zur notwendigen Folge die Rückständigkeit der Produktion haben müsse. Und daß der eigentliche Grund der Agrarkrise die niedrigen Löhne der Industriearbeiter sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Löhne liegen ja nach seiner Berechnung noch 30 bis 40 Proz. unter dem Niveau der anderen Länder.

Auch wir haben ein dringendes Interesse an der Hebung der Lage der deutschen Landwirtschaft. Wir sind nicht ihre Feinde, wir wollen ihr helfen, wo es irgend notwendig ist.

Aber mit Getreidezöllen nützt man nur dem zehnten Teile der Landwirtschaft.

während neun Zehntel kein Interesse daran haben. Brentano hat berechnet, daß an die Großagrarien vor dem Kriege jährlich rund eine Milliarde Goldmark bezahlt wurden. Es ist geradezu ungeheuerlich, daß die Regierung dem Großgrundbesitz diese Zuwendung wieder machen will, die von den breiten Massen des Volkes getragen werden muß. An den Zöllen sind die Landwirte insbesondere nicht interessiert, die darauf angewiesen sind, Futtermittel zu kaufen. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß zu der Landwirtschaft auch die 3 Millionen Landarbeiter gehören, deren stärkste Organisation, der Deutsche Landarbeiterverband, sich gegen die Zölle erklärt hat. Wir befinden uns in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Wissenschaft, wenn wir sagen, daß die Getreidezölle nur

eine Verhäufelung eines kleinen Teiles der Landwirtschaft

bedeutet. Wir wollen dafür eintreten, daß der Landwirtschaft geholfen wird durch die Ausschaltung des Zwischenhandels, durch die Beseitigung der Ausfuhrbeschränkungen, durch die Beseitigung der Umsatzsteuer. Theoretisch sind wir hier im Haupte ja darüber einig, daß der Weg vom Produzenten bis zum Konsumenten viel zu lang ist. Aber gerade wenn wir darauf hinweisen, daß durch die Ausschaltung der unnötigen Zwischenglieder im Verkehr zwischen Produktion und Konsum alles Notwendige geschehen müsse, werden wir von den Theoretikern dieses Hauses im Stiche gelassen. Sie gefallen sich in der Rolle der Mittelstandsretter, sie wollen volkswirtschaftlich unnütze Glieder künstlich aufrechterhalten. Ihre Schuld ist es also, wenn die Massen der Verbraucher die Lasten der Verteuerung tragen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind

besonders deswegen gegen die Brotzölle, weil sie die ungerechtesten und brutalsten Kopfsteuern darstellen. Bei einem Einkommen von 600 M. muß ein Arbeiter für seine fünfköpfige Familie 3 1/2 Tage arbeiten. Beträgt das Einkommen dagegen 10.500 M., so beträgt die Arbeitsleistung für die Brotzölle nur 1 1/2 Tage. Diese Brotzölle sind auch deswegen eine besonders grausame Steuer, weil sie durch die Verteuerung der Preise eine

Verflechtung der Gesundheitsverhältnisse

herbeiführen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie wirken um so schlimmer, weil die Vorlage auch Zölle für alle anderen Lebensmittel, für Fleisch, Gemüse usw. verlangt. Die ganze Vorlage bedeutet nichts anderes als einen Rückfall in den Merkantilismus, die Rückkehr zum schwarzenen Justizstaat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir vermissen jede Einstellung zu den Bedürfnissen der Gesamtwirtschaft. Man hat den Eindruck, daß die Interessenten bei der Regierung vorstellig geworden sind, und daß die Regierung sich von ihnen hat überzeugen lassen. Wir sehen das besonders deutlich an den Textilzöllen. Schon heute sind die Massen nicht imlande, sie auch nur das allerbringlichste an Kleidungsstücken zu kaufen. (Zuruf links: Viele haben nicht einmal ein Hemd.) Sie werden später noch viel weniger dazu in der Lage sein. Nach der Vorlage sollen die Eisenzölle aufrecht erhalten bleiben, trotzdem sich die Produktionskosten inzwischen verringert haben. Nun hat sich die Schwermetallindustrie an die Stelle der Regierung gesetzt, sie führt

direkte Verhandlungen mit der französischen Industrie.

Es ist bereits ein Abkommen geschlossen worden, wonach ein bestimmtes Kontingent zum halben Zoll hereingelassen werden soll. (Hört, hört!) Wir verlangen, daß nicht die Privatwirtschaft, sondern die Regierung solche Verhandlungen führt, und daß uns hier im Parlament das Verhandlungsergebnis mitgeteilt wird. Ich frage die Regierung, ist das Abkommen mit der französischen Industrie bereits abgeschlossen? Wenn das der Fall ist, so stelle ich fest, daß das deutsche Volk bisher nichts davon erfahren hat. Durch das Abkommen wird zum Ausdruck gebracht, daß die Schwerindustrie sich eine hohe Kartellrente sichern will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das geplante Kontingent soll ja nur durch den Verband heringelassen werden. (Hört, hört!)

Die Schwerindustrie will sich ein Monopol für den deutschen Markt sichern.

die französische Schwerindustrie beabsichtigt wahrscheinlich das gleiche für Frankreich. Das Ziel der Schwerindustriellen ist, den Innenmarkt diktorisch zu beherrschen, die Preise im Inlande aufs Neue zu steigern, um im Auslande um so rückwärtslos durch Dumping wirken zu können. Auf diese Weise erreichen wir aber keine Steigerung der Produktion, wir erhöhen auch nicht unsere Exportmöglichkeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vor einiger Zeit hat der deutsche Arbeitgeberverband eine Denkschrift an die Regierung gerichtet, die sich gegen eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter ausspricht. Wie wollen Sie das in Verbindung bringen mit der jetzt in Aussicht stehenden Verteuerung der Lebenshaltung? Die Arbeitgeber verlangen die Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitszeit. Und das ist ihr ganzes Programm: Die Verteuerung der Lebenshaltung, die Niedrighaltung der Löhne und die Aufrechterhaltung der langen Arbeitszeit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sie bekämpfen alles, was dem Volke einigen Wohlstand bringen könnte.

Ihre Handlungen stehen immer im Gegensatz zu den schönen Reden, die Sie über die Volksgesundheit, Säuglingssterblichkeit usw. führen. Selbst Ihre Wirtschaftsjührer haben darauf hingewiesen, wie notwendig eine Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaft ist. Sogar Hugo Stinnes hat im April 1923 ausgeführt, daß es falsch sei, solche Industrien zu erhalten, die keine Lebensfähigkeit haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer aber das Ziel des einheitlichen europäischen Wirtschaftsgebietes erreichen will, der muß auch die Wege dazu gehen. Wir dürfen nicht neue Hindernisse dazu schaffen, sondern wenigstens versuchen, sie nach und nach abzubauen. Die naturnotwendige Entwicklung geht auf die Schaffung großer Wirtschaftsgebiete. Um dazu zu kommen, müssen wir Politik auf große Sicht machen und dürfen uns nicht von Augenblicksinteressen bestimmen lassen. Aber die Vorlage beweist, daß die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien das nicht wollen. Was kümmert Sie auch das Schicksal der vielen Millionen der Minderbemittelten. Sie haben nur das eigene Ziel im Auge, Ihren Profit zu sichern. Sie kümmern sich nur um die Wirtschaft, übersehen aber den lebendigen Menschen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit einem Jahrzehnt hat das deutsche Volk die allerhöchsten Leiden zu erdulden und Sie wollen jetzt einen neuen Raubzug unternehmen. Nicht nur wirtschaftlich muß diese Vorlage die schwersten Folgen haben, sondern auch auf dem Gebiete der Volksgesundheit und der Kriminalität. Wenn die Arbeitskraft des Arbeiters nicht ausreicht, um damit den zum Leben notwendigen Lohn zu verdienen, so wird er sie durch reichlicheren Alkoholgenuss aufwiegen wollen. Die weitere Folge muß die Zunahme der Kriminalität sein, wenn die breiten Massen des Volkes die Kosten für die Lebenshaltung nicht mehr aufbringen können. Wie denkt sich die Regierung eigentlich, wie die verelendeten Invaliden, die Kleinrentner, die Inflationsgeschädigten ihre Existenz bei der weiteren Verteuerung der Lebenshaltung durch die Zölle aufrechterhalten sollen. Der Erfolg dieser Vorlage wird aber bestimmt ein weiteres

Sinken der Volksgesundheit

sein, wir aber wollen versuchen, das allerwertvollste Gut des deutschen Volkes, die Arbeitskraft der wertigsten Massen zu erhalten. Sie wollen das allerdings nicht. Mit geradezu erschreckender Brutalität hat die „Deutsche Tageszeitung“ am 12. November 1924 das ausgesprochen. Dort wird gesagt, daß die Zukunft Deutschlands über Agrarzölle führen müsse. Und über die Folgen dieser von den Großagrarien gewünschten Entwicklung heißt es: „Der Weg zurück zu einem Halbagrarland führt zwar zu einer gewaltigen inneren Erstarbung, aber zugleich über ganz entsetzliche Entbehrungen.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist das gleiche Ziel, das man gerade von der Rechtspresse Clemenceaus unentzogen hat, als man dort behauptete, er habe gesagt, es seien 20 Millionen Deutsche zu viel.

Sie wollen die Vernichtung dieser 20 Millionen Menschen,

und wir wissen, wenn es dazu kommen sollte, dann werden es nicht 20 Millionen Agrarier sein, sondern 20 Millionen Proletarier. Wir werden diese Zollvorlage mit aller Schärfe und Entschiedenheit, aber auch mit höchster Sachlichkeit bekämpfen, weil wir sachliche Argumente für unseren Kampf genug haben. Wir werden kämpfen gegen die Interessen einiger kleiner Schichten für die Interessen der Millionen arbeitenden Massen, die die wahren Schöpfer allen Reichtums, die wirklichen Produzenten sind. Wenn Sie aber mit dieser Politik fortfahren, dann werden Sie die Rechnung und die Dichtung dafür bekommen. Der tiefe Groll des Volkes wird schließlich, wenn dieser Raubzug gelingen sollte, alle Ventile sprengen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hörle (Komm.) bekämpft die Zollvorlage, die ihre schwere Last auf die arbeitenden Massen abwälze und von der Regierung auch nicht hätte begründet werden können.

Die Zollvorlage und der Gesetzentwurf über den Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen Deutschland und England werden dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Neue Zusammensetzung der Ausschüsse.

Präsident Löbe teilt mit, daß der Vorkonferenzrat sich dahin entschieden habe, die Zollvorlage und den Handelsvertrag mit England an den handelspolitischen Ausschuss zu überweisen. Es solle aber eine andere Zusammenfassung des Ausschusses erfolgen, da die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen denen des Plenums nicht entsprechen.

Abg. v. Guérard (Z.) hält diese Neuverteilung für erforderlich, weil eine Verschiebung der Stimmen durch die Neubildung der Ausschüsse nur aus 21 oder 28 Mitgliedern bestehen, die Ausschüsse von vierzehn Mitgliedern also fortfallen. Für die Verteilung der Parteien auf die einzelnen Ausschüsse soll in Zukunft ein neuer Schlüssel aufgestellt werden.

Abg. Dittmann (Soz.):

Diese Angelegenheit ist keine der Mathematik, sondern der Politik. Im Steueraussschuß hatte sich Stimmengleichheit herausgestellt und deshalb stellte Abg. Brüninghaus den Antrag auf Verstärkung des Steueraussschusses, damit die Rechte die Mehrheit darin erhalte. Der neue Schlüssel der Verteilung ändert an der Zusammensetzung der Ausschüsse nach Parteien nichts, aber wir wollen ihn annehmen, jedoch mit der Maßgabe, daß er für die im Gange befindlichen Ausschüsse noch keine Anwendung findet. Die Rechte will sich im Steueraussschuß künstlich eine Mehrheit schaffen. Diese Politik der Deutschnationalen machen wir nicht mit. Es handelt sich um Wähler, mit denen die Rechte ihre Interessenpolitik gegenüber den Arbeitern fördern will.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.). Bei dem bisherigen Schlüssel haben die 268 zählenden Mitglieder der einen Seite ebensoviel Mitglieder in den Ausschüssen wie die 223 der anderen Seite. Deshalb muß ein gerechter Schlüssel aufgestellt werden.

Abg. Stoeker (Komm.) bemerkt, daß der neue Schlüssel keineswegs gerechter sein werde. Die Rechte wollen nur die Mehrheit in den Ausschüssen gewinnen, um ihre Steuerpläne durchsetzen zu können.

Abg. v. Graefe (Völk.). Wir wollen vorläufig noch auf eine Verneuerung unserer Mitglieder in den Ausschüssen verzichten (W! links), rein aus Objektivität. Ich hoffe, für Objektivität ist noch Verständnis im Reichstag — die Kur die hier vorgenommen werden soll, ist Kurpfuscherei.

Abg. Köneburg (Dem.) unterstreicht die Ausführungen des Abg. Dittmann, daß die Rechte auf den Ausweg der Schlüsselsetzung gekommen ist, um für sich die Mehrheit zu erzielen. In den jetzigen Ausschüssen könne eine Veränderung noch nicht eintreten, der neue Schlüssel könne erst angewendet werden, wenn die Ausschüsse neue Vorlagen in Angriff nehmen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Lecht (Bayer. Sp.), Dittmann (Soz.), der sich mit der nochmaligen Beratung im Geschäftsordnungsausschuß einverstanden erklärt, wird der Antrag v. Graefe auf Ueberweisung der Frage an den Geschäftsausschuß mit den Stimmen der gesamten Rechten (mit Ausnahme der Völkischen) und des Zentrums gegen die gesamte Linke abgelehnt und mit derselben Mehrheit

beschlossen, daß der neue Schlüssel morgen in Kraft tritt.

Das Haus überweist darauf die Zollvorlage an den handelspolitischen Ausschuss und den handels- und schiffsverkehrsvertrag mit England an den auswärtigen Ausschuss, der ihn dann an den handelspolitischen Ausschuss weitergeben soll.

Bei der Festlegung der Tagesordnung für morgen beantragt Abg. Dr. Feil (Völk.) den Antrag auf

Kündigung des spanischen Handelsvertrags

zum 30. Juni auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag wird durch Stimmensprung mit 235 gegen 73 Stimmen angenommen.

In einer Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob der Vertrag an die erste Stelle kommen soll, bemerkt Abg. Graf Westarp (Dnat.), daß es auf einen Tag nicht ankomme, denn die Regierung habe mit den Parteien vereinbart, daß der Vertrag jedenfalls so rechtzeitig gekündigt werden solle, daß die neue Ernte nicht mehr unter diesen Vertrag falle.

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) bestätigt dies mit dem Bemerkten, die Regierung werde diese Zusage halten, dieses Vertrauen könne man haben.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr 30 Min.: Beschluß zur Verlängerung der Dritten Steuernotverordnung, Unfallversicherungs-Novelle, Kündigung des spanischen Handelsvertrages. Schluß 8 Uhr.

Das „Parlament der Theaterbesucher“.

In der Zeit vom 26. bis 28. Juni findet in Viena der sechste Volksbühnentag statt, der vom Verband der deutschen Volksbühnenvereine berufen wird. Die Tagesordnung bringt neben dem Bericht des Geschäftsführers Dr. Restriepke u. a. einen Vortrag von Prof. Leo Kestenberg, Berlin, über die „Soziale Sendung der Volksbühne“ und Vorträge von Dr. Adam Kuchoff, Frankfurt, und Wilhelm Spöhr, Berlin, über „Volksbühnen und Jugend“. Außerdem wird auf der Tagung endgültig über die Schaffung eines „Volksbühnenprogramms“ Beschluß zu fassen sein.

Dem Verband der deutschen Volksbühnenvereine gehören zurzeit 197 Theatergemeinden mit weit über 500 000 Mitgliedern an. An der Spitze steht die Berliner Volksbühne mit ihren 154 000 Mitgliedern, es folgt die Freie Volksbühne Hannover mit mehr als 40 000 Angehörigen, dann kommen die Theatergemeinden in Zwickau, Mannheim usw., deren Mitgliederzahlen sich zwischen 6000 und 20 000 bewegen. Wenn die reichlichen Organisationen weniger große Mitgliederzahlen aufweisen, oft sogar nur einige hundert Mitglieder umfassen, so ist doch auch gerade bei diesen kleineren Theatergemeinden des Verbandes oft festzustellen, daß sie an Ort ihrer Wirksamkeit 10 bis 15 Proz. der Gesamtwahlbevölkerung umfassen. So melden sich beispielsweise eben jetzt in dem kleinen sibirischen Orte Koba mit seinen 4000 Einwohnern binnen eines Zeitraumes von drei Wochen 640 Mitglieder zu der in Gründung begriffenen Volksbühnengemeinde an.

Der Verband der deutschen Volksbühnenvereine verfügt neben seiner zentralen Geschäftsstelle über neun hauptamtlich verwalte Bezirkssekretariate, über drei eigene Wanderbühnen, über einen umfangreichen Verlag mit angelegelter Bühnenvertriebsstelle dramatischer Werke, über eine Zentrale zur Vermittlung künstlerischer Kräfte für Konzerte, Vorträge usw. und über mehrere andere der Bewegung dienende Einrichtungen. Er gibt eine Reihe eigener Zeitschriften heraus, die durch etwa vierzig Blätter lokaler Organisationen ergänzt werden.

Aufgabe der im Verband zusammengeschlossenen Volksbühnengemeinden ist es bekanntlich, durch die Bildung von Theaterbesucherorganisationen das Fundament für eine Erneuerung des Theaters zu legen. Die Mitglieder der Organisationen zahlen einen auf Grund der Unkosten berechneten, alle Gemeinnützlichkeiten ausschließenden, monatlich fälligen Beitrag und erhalten dafür bestimmte Vorstellungen von der Vereinsleitung zugewiesen. Diese Befugnisverpflichtung der Mitglieder ermöglicht eine planmäßige Regelung des Theaterbesuchs, die stets für vollbesetzte Häuser sorgt, und erlaubt dem Theater in den Vorstellungen die von der organisierten Besucherschaft die Pflege eines Spielplans, der nicht mehr darauf abgestellt zu sein braucht, künstlerisch uninteressante Kreise durch Konzeptionen an das reine Künstlerbedürfnis anzuladen. Je mehr ein Theater für die Mitglieder einer Volksbühnengemeinde spielt, desto geringer wird auch sein geschäftliches Risiko, da es bei diesen Vorstellungen mit ganz bestimmten Einnahmen rechnen kann. In manchen Orten hat die Existenz der Volksbühnengemeinden bereits zu einer ganz neuen Sicherung des Theaterbetriebs geführt, da die Theater hier mitunter bereits weit über die Hälfte aller Vorstellungen an die organisierte Besucherschaft liefern. Daß die Volksbühnenorganisationen auch als Träger eigener Theaterunternehmungen in Betracht kommen, beweist seit langem die Volksbühne in Berlin, die ja die Besitzerin des großen und schönen Theaters am Bülowplatz ist, und das beweisen neuerdings drehen auch die ausgezeichnet arbeitenden Wanderbühnen, die der Verband der deutschen Volksbühnenvereine mit provisorischem Wirkungsbereich für eine ganze Reihe von Volksbühnenorganisationen in Städten ohne stehendes Theater ins Leben gerufen hat.

Verbandstag der Eisenbahner.

Wien, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auch den bereits genannten Entschliessungen hat die Sitzungskommission dem Verbandstag noch weitere Entschliessungen vorgelegt, die sich mit der Entlohnung der Eisenbahner, dem Arbeitsrecht und der Arbeitszeitfrage beschäftigen. In der Entlohnung verlangt die vorgelegte Entschliessung die Zahlung nach Leistung und Lebensalter. Zur Frage des Arbeitsrechts werden die gegebenen Körperschaften aufgefordert, im Sinne der vom Leipziger Gewerkschaftskongress aufgestellten Grundsätze den Ausbau des Arbeiterrechts schleunigst auszuführen. Die Entschliessung zur Arbeitszeitfrage endlich bekennt sich mit aller Entschiedenheit zum Achtstundentag als höchstem der täglichen Arbeitstages. Sie fordert von Reichstag und Reichsregierung die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten. Bei der Abstimmung werden diese Entschliessungen einstimmig angenommen. Ebenfalls angenommen wird die von kommunistischer Seite eingebrachte Entschliessung über die Freilassung der politischen Gefangenen mit der abgeänderten Ergänzung, daß auch für die politischen Gefangenen in Rußland Amnestie gefordert wird. Unter großer Heiterkeit des Verbandstages stimmen die Kommunisten gegen die Entschliessung mit der Motivierung, daß die umgeänderte Entschliessung nunmehr für sie wertlos geworden ist.

Hauptvorsitzender Schöffel macht dann zum Gewerkschaftskongress längere Ausführungen. Er wünscht für die Gruppe Handel und Industrie eine Vertretung des Deutschen Eisenbahnerverbandes im Vorstand des DGB. Dem Verband stehen 15 Vertreter zum Breslauer Gewerkschaftskongress zu. Schöffel bittet, die Delegation bereits auf dem Verbandstag zu bestimmen. Den Bericht der Rechnungs-Kommission gibt Salomon-Frankfurt. Für die Besondere Kommission berichtet Schmalfeldt-Stettin. Auch dieser Bericht wird vom Verbandstag genehmigt. Dann nimmt Straßer-Berlin das Wort zu seinem Referat über die „Sozialpolitik im Eisenbahnbetrieb“. Der Redner weist darauf hin, daß das Jahr 1924 endgültig mit der Lage ausgeräumt habe, als ob den bürgerlichen Betrieben, zu denen die Reichsbahn auch zu rechnen sei, die soziale Besserstellung der Arbeiterschaft am Herzen liege. Die Unfallverhütungsvorschriften im Eisenbahnbetrieb würden fortwährend zurückgebildet. Bei der schriftlichen Verneinung von Unfallzeugen sollen jetzt laut Erlass der Reichsbahndirektion keine Betriebsräte mehr hinzugezogen werden. Das sei eine bewußte Gesetzesverletzung, gegen die protestiert werden müsse. Der Redner legt den Antrag seiner Ausführungen in einer Entschliessung nieder, die er dem Verbandstag zur Annahme empfiehlt.

Verbandstag der Lederarbeiter.

Hamburg, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Mittwochs-Sitzung protestieren zunächst Hertlog-Jossen und Mahler vom Verbandsvorstand scharf gegen die verlogene Berichterstattung der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ über die Verhandlungen. Der Verbandstag nahm dann Stellung zu der Frage der Vertretung der Organisationen des Lederverarbeitenden Gewerbes und der Schaffung eines Industrieverbandes. Verbandsvorsitzender Mahler hielt dazu das einleitende Referat. Er führte aus, daß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in der Frage des Organisations-systems gegenwärtig vier Richtungen beständen. Das im Vordergrund stehende von Robert Dittmann befürwortete System des horizontalen Zusammenschlusses würde die jetzigen Organisationen der Heizer, Maler, Fabrikarbeiter und Sattler vollständig aus-einanderreißen. Zu einem Lederarbeiter-Industrieverband würden beispielsweise von den Sattlern nur die ganz kleinen Betriebe kommen, während alle übrigen zu den Holzarbeitern und anderen Organisationen stoßen würden. Der Redner sprach sich deshalb für die Beibehaltung des jetzigen Systems aus. Im gleichen Sinne sprachen die Vertreter des Sattler- und Schuhmacher-verbandes.

Am Donnerstag vormittag wurde die Aussprache über diesen Punkt fortgesetzt. Der kommunistische Delegierte Fischer-Regingen beantragte die Einsetzung einer Kommission, die Richtlinien für die Schaffung eines Industrieverbandes auszuarbeiten und zur Diskussion stellen soll. Dann soll darüber eine Urabstimmung erfolgen. Der Redner forderte ferner einschneidende Maßnahmen zur Erringung des Achtstundentages und sprach sich für den Zusammenschluß der Amsterdamer mit der Rostauer Internationale aus. Die ausgeschlossenen kommunistischen Gewerkschafter müßten wieder in die Gewerkschaften aufgenommen werden. Vorsitzender Mahler er-innert im Zusammenhang mit der Frage der Vertretung und der Industrieverbände an den Beschluß des vorigen Verbandstages, der sich für Mitarbeit an diesem Problem ausspricht, aber jeden Zwang auf die Organisation ablehnt. Von den nachfolgenden zwölf Rednern sprachen einige für den Industrieverband, während die Mehrzahl sich in dem Sinne des Beschlusses des vorigen Verbandstages äußert. In der Abstimmung über diese Frage wird gegen einige Stimmen ein Antrag Richter-Reumünster angenommen, der unter Uebergang zur Tagesordnung den auf dem vorigen Verbandstag in Stuttgart gefassten Beschluß bestätigt. Abgelehnt wurden zwei kommunistische Anträge, die vom DGB, die Ein-ladung eines Vertreters der russischen Gewerkschaften und eines Mitgliedes der englischen Gewerkschaftsdelegation zum Gewerkschaftskongress fordern und die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress durch Urwahl verlangen. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress wurden gewählt: Vorsitzender Mahler-Berlin, Krag-Hirsch-berg und Tönniger-Krnsfeld. In der nichtöffentlichen Nachmittags-sitzung wurde über Lohn- und Tarifrfragen beraten.

MAIZENA-Sommerspeisen.

Mit Stachelbeeren, Rhabarber, Kirschen, Himbeeren, Johannisbeeren und MAIZENA stellt man die bekümmlichsten Fruchtsuppen und Fruchtflammeris her. Roggbüchlein gratis durch die Deutsche Maizena Gesellschaft A.-G. HAMBURG 15.

Billige Lebensmittel Hermann Tietz

Frisches Fleisch Kalbskamm Pfund 80 Pf. Kalbskullen Pfund 95 Pf. Hammeldicke Rippen Pfund 95 Pf. Hammoikeulen Pfund 1 00 Schweinekamm Pfund 1 30 Schweinekotelett Pfund 1 40 Schweinelosen extra stark Pfund 95 Pf. Kassler Pfund 1 30 Pa. Schweineköpfe mit Backe, mild gepökelt Pfund 30 Pf.	Wurstwaren Hausm-Sälze Pfund 48 Pf. Rot-u. Leberw. Pfund 60 Pf. Berl. Mettwurst Pfund 1 00 Jagdwurst Pfund 1 20 ff. Leberwurst Pfund 1 30 Zorvelatwurst Pfund 1 70 Salamiwurst Pfund 1 70 Speck Pfund 1 35	Fische u. Räucherw. Räucherheringe Pfund 12 Pf. Fländern Pfund 42 Pf. Seelachs ger. Pfund 60 Pf. Bücklinge engl. Pfund 70 Pf. Schollen Pfund 16 Pf. Seelachs o. K. l. g. Pfund 18 Pf. Makrelen Pfund 25 Pf. Kabliau o. K. l. g. Pfund 28 Pf.	Käse Camembert Pfund 23 Pf. Quadratkäse Pfund 28 Pf. Kummelkäse Pfund 32 Pf. Brickkäse Pfund 45 Pf. Dän. Gouda Pfund 75 Pf. Steinbuscher Pfund 75 Pf. Edamer Käse Pfund 96 Pf. Bayr. Schweizer Pfund 1 45	Kolonialwaren Auszugmehl Pfund 24, 27, 30 Pf. Bruchreis Pfund 17 Pf. Tafelreis Pfund 20 Pf. Grüne Erbsen Pfund 22 Pf. Linsen Pfund 23 Pf. Bandnudeln Pfund 28 Pf. Weizengriess Pfund 28 Pf. Hartgriess Pfund 28 Pf. Kaffee Pfund 70 Pf. Vollmilch 4 gr. Dosen Pfund 90 Pf.	Obst u. Gemüse Salat Kopf Pfund 5 Pf. Grüne Gurken Pfund 25 Pf. Schmorgurken Pfund 20 Pf. Kohlrabi Mandel Pfund 20 Pf. Mohrrüben junge, Bd. 10 Pf. Schoten Pfund 15 Pf. Grüne Bohnen Pfund 18 Pf. Ital. Tomaten Pfund 22 Pf. Kirschen Wiedersche Pfund 32 Pf. Zitronen Pfund 45 Pf. Neue Kartoffeln Pfund 10 Pf.
Gefrierfleisch Pa. Ochsen-Gemüsefleisch Pfund 55 Pf. Pa. Ochsen-Schmorfleisch Pfund 80 Pf. Pa. Rinderherzen Pfund 30 Pf.	FASSWEINE zu Sonderpreisen in den bekannten guten Qualitäten Weisswein 90 Liter 90 Pf. Steuer 24 Pf. Johannisbeerwein 90 Liter 90 Pf. Steuer 24 Pf. Frankfurter-Apfelwein vorzügliche Qualität Liter 50 Pf. Steuer 13 Pf.	Rotwein 1 00 Liter 1 00 Steuer 36 Pf. Roter Tarragona 1 50 Liter 1 50 Steuer 40 Pf. Natur-Apfelsaft 75 Liter 75 Pf. Steuer 19 Pf.	Orangekonfitüre 58 Liter 58 Pf. Steuer 15 Pf. Himbeer- u. Kirschsall 1 15 Liter 1 15 Steuer 30 Pf.	Molkereibutter 85, 95 Liter 85, 95 Pf. Steuer 26 Pf. Zigaretten Tabake Regina Stück 6 Pf. 50 Stück 2 85 Unsare Brasilia Stück 3 Pf. 100 Stück 7 00 Sigillum Stück 10 Pf. 50 Stück 4 75 Onoma Stück 15 Pf. 30 Stück 7 15 Excelentes Stück 20 Pf. 50 Stück 9 50 Portorico Stück 1 Pfund 1 50 Maryland Stück 1 Pfund 1 75	
In unserer Konfitürenabteilung: Milch-Nußchokolade 3 Tafeln 95 Pf. Teegebäck Pfund 95 Pf. Pfefferminz-Morsellen Pfund 95 Pf. Gelee pasten Pfund 1 00	Frischer Maitrank 1 00 Liter 1 00 Steuer 24 Pf. Frankfurter Roskies-Export-Apfelwein 55 Liter 55 Pf. Steuer 13 Pf.	1921er Haut Sauternes 2 25 Liter 2 25 Steuer 60 Pf.	Feine Toiletensellen Palmölseife Stück 80 Pf. Basaltseife Stück 70 Pf. Maja Stück 4 00 Salmiak-Terpentin-Seifenpulver Stück 1 85 Hofmanns Stärke Stück 30 Pf.		

Nur ein Haus,

das dieses alles bietet:

Preis-Beispiele

Badeschuhe, schwarz
Leinen, weiss gepolst. über-
zogene Gummisohle, Grösse
42-46 1,95 Gr. 36-42

Turnschuhe, braun
Segeltuch, mit schwarzer
angelegener Gummisohle,
Gr. 42-47 5,25, 36-42 4,25,
29-35 3,75 Gr. 21-28

Reiseschuhe, braun
Krokodier, biegsame Leder-
sohle, feinfarbiger Pompon,
Satinfutter, Grösse 40-46 für
Herren 4,90, 36-42 für Damen

Damen-Schnür-
schuhe, weiss Leinen,
moderne halbhohle Form,
halbhohler Absatz, prima
Lederboden 3,50

Sandalen, braun Rind-
leder, rationale Fussform,
in Ledersohlen, rationelle Fuss-
form, in Ausführung, genäht od. ge-
näht, Gr. 42-46 5,90, 36-42 4,90,
31-35 4,45, 27-30 3,90, 25-28 3,75,
23-24 3,45 21-22

Damen-Spangen-
schuhe, echt braun
Chevreau, halbhohler Absatz,
moderne Form, ganz be-
sonders preiswert 9,90

Damen-Lackspangen-
schuhe, alles Lederausführung,
halbhohle Form, halb-
hoher Lederabsatz, sehr
preiswert 11,50

Herrn-Lack-
schnürschuhe, 16,50
elegante Form und Aus-
führung.....

Herrn-Stiefel,
braun Rindbox, mo-
derner Form, Original
Goodyear-Weit 15,90

Herrn-Schnür-
schuhe, braun Rind-
box, mod. halbhohle Form 9,90

Kinder-Spangen-
schuhe, feinfarbige, echt Che-
vreau, entzückende Ausführung, in
Beige, Rot, Taupe, Rot, Grün
und Blau, Grösse 25-26 7,90,
25-24 6,90, 20-21 5,90, 18-20

Kinder-Spangen-
schuhe, braun Rind-
box, rationale Form, Gr. 31-34 6,90,
27-30 5,90 Gr. 25-30

Ein Extra-Schlager

Damen-Schuhe
Breitspange, in braun Box-
calf, mit schöner Zierstepperei
und imitiert Louis XV.-Absatz

14,50

Sonder-Angebot unserer Sport-Abteilung:

Sportstiefel für Herren, schwarz Rindbox, Doppelsohle,
wasserdichtes Futter, Stahlsohle 14,90
Derselbe in braun Sportleder, für Herren 16,90, für Damen

Gebirgstiefel, prima braun
Sport-Kalbleder, stinson drigenäht,
wasserdichtes Futter, durchaus zwei-
schichtig, allererstes Fabri-
kat, mit unscheinbarem
Schönheitszeichen, für
Herren 22,90, für Damen

Haferschuhe, braun Rindbox,
moderne halbhohle Form, Original
Goodyear-Weit, vorzüg-
liches Fabrikat, für
Herren 16,90, für Damen

Segler- und Bootschuhe,
weiss Leinen, mit weisser angegoss-
ener Gummisohle, unver-
wundbar, Grösse 42-47 6,90,
36-42 5,90, 31-35 4,90, 27-30 4,75,
25-26 4,90 Gr. 21-24

600 000 Deutsche tragen Pneumette

gegen Fusschmerzen. — 8 Tage zur Probe, daher ohne
Risiko. Halbjährige Garantie. Wer Pneumette trägt,
ist begeistert. Kostenlose, ärztliche Untersuchung
und Beratung. — Und für die Pflege des Fusses? —
Pneumette-Fusspflege!
Pneumette-Fusspflege anwenden heisst: sich der
besten Mittel und Behelfe der Jetztzeit zur
Pflege und Gesunderhaltung des Fusses bedienen.

ANGULUS

Alein-Verkauf

ANGULUS

Altes System Die gerade Achsenstellung beim Angulus-
Schuh bewirkt die anatomisch richtige
Raumverteilung. Die richtige Raum-
verteilung hinwiederum bewirkt, dass
der Fuss im Schuh sich wohlfühlt:
Angulus - Behagen!
Angulus, der den gesunden Fuss gesund
hält und den angegriffenen Fuss zur
Heilung bringt, ist überall, ob im Ge-
birge oder an der See, die zweck-
mässige, elegante Fussbekleidung

Angulus-System

Riesenschlager
Riesenumsatz
Grösste
Strumpf-Abtlg.
Eigene Fabrik
Grösste Luxusschuhfabrik
Berlins
Vorbildliche
Reparaturwerkstatt
Alleinverkauf
Dr. Diehl-Stiefel.
Ein Stiefel, der nicht drückt,
ein Stiefel, der beglückt!

Ka-Ko

der flüssige Schuhputz

konserviert, macht das Leder weich, erhält
den Schuh vollkommen fleckenlos, also wie
neu, entfernt Flecken aus alten Schuhen.
Kein Beschmutzen der Strümpfe u. Kleider.
Der ideale Schuhputz!

Flasche
1,00

Diehl

Vorwerk
Garantie-
Besohlung
billiger als Leder, halt-
barer als Leder, die spar-
samste Schuhbesohlung!

Wirtschaft

Bessere Geschäftsberichte! Der Bericht der „Deag“.

Es wäre um die deutsche Wirtschaftspolitik besser bestellt, wenn die Geschäftsberichte unserer Aktiengesellschaften weniger gehalten wären. Gäben sie, was sie geben könnten und sollten, für jede Einzelunternehmung ein lebendiges und wahres Bild der Betriebs- und Geschäftspolitik statt der so notwendigen, farb- und gehaltlosen Daten über die Geschäftsergebnisse, die ganze Öffentlichkeit vermöchte am Schicksal der Industrie mitzuarbeiten. Leider ist diese Unzulänglichkeit der Geschäftsberichte nicht einfach durch den Willen der Beteiligten zu beseitigen; denn sie ist die Wirkung der Unzulänglichkeit der Unternehmer selbst. Welche fruchtbarer Beiträge zur Kenntnis der Zustände in der Industrie von den Geschäftsberichten ober geleistet werden könnten, dafür gibt in diesem Jahre die Deutsche Erdölgesellschaft wieder ein Beispiel, die den Geist und die Traditionen ihres Begründers Röllenburg auch in ihren Geschäftsberichten heute noch hochhält.

Das große Problem der deutschen Industrie von heute: Kostensenkung und Absatzförderung auf jedem nur möglichen rationellen Wege, sieht man in dem Geschäftsbericht dieser Hundertmillionenunternehmung in allen Variationen abgemandelt. In die schwere Steinkohlenindustrie, von der Braunkohlenindustrie zum großen Teile mitverankert, wird von dieser aus hineingegriffen durch den Erwerb der „Königsgrube“ (Magdeburger Bergwerks-Gesellschaft), der „Perle“ unter den Ruhrgruben, und durch die Fusion der „Graß-Bismarck“ 3.480.000 Tonnen Steinkohle-beteiligung werden mit den hochwertigen Kuzbass und Barmungsbergwerken der Deag verknüpft, der Absatz an Steinkohle entlastet und die hochwertige Kohleverwertung überhaupt gefördert. Die Kohleverwertung, die um so wichtiger ist, je schwerer die Bergbaukrise ist, wird intensiviert ohne Rücksicht auf mögliche Augenblicksgewinne: Neue Pressen erhöhen die Bricketierleistung, neue Waggonskipper und Transportanlagen verkürzen die Wege und intensivieren die Arbeitsnutzung, Abraumförderer, Aufstellung von Drehbaggern und Großraumförderung senken den Bewegungs-, Material- und Kraftaufwand. Die Erdschmelze und Raffinade, der durch die Motorisierung des Verkehrs die Zukunft gehört, erhält eine 30prozentige Ausdehnung der Grundstoffbasis durch die Erweiterung der Erdschmelze in Hannover. Aufwand von Betriebsmitteln für Umbau von Generatoranlagen sichert in den Mineralölkraftwerken und Raffinerien die Ausbeute pro Kopf der beschäftigten Arbeitskräfte. Durch die schlechte Konjunktur im Steinkohlenbergbau leerlaufende Verwertungsbetriebe werden zu Umschlagstellen für den Handel. Der Handel selbst wird zu einem entscheidenden Faktor der gesamten Betriebs- und Geschäftspolitik, da die Ausschaltung der verteilenden Zwischenhändler nicht nur Gewinn, sondern durch die unbeschränkte Konkurrenz auch Verbilligung bringt. (Die Industrieöl- und Kraftstoffpreise bleiben ohne Schutzzölle.) Trotz erheblichen Zinsaufwandes für die heute notwendige längere Kreditgewährung wird der auf 3000 Tanteilen gesteigerte Reinabgabehöhe lohnend. Wie die Deahandelsorganisation wird die Kohlenhandelsorganisation ausgebaut. Die Erträge des eigenen Handels müssen die Mittel liefern, für Schachtbauunternehmungen und eigenen Maschinenfabriken über die Bergbaukrise hinwegzuhelfen, für deren Dauer die Unrentabilität durch Zulassung des Reparaturbedarfs der eigenen Werke gemildert wird. Der schwierigen internationalen Konkurrenzlage für Petroleum wird durch die Liquidation der „Treu“ Rechnung getragen.

In einem solchen Geschäftsbericht steckt etwas. Man fühlt zwischen seinen Zeilen die Verbindungsäden zur ganzen Volkswirtschaft und die Auswirkungen der Konjunktur. Man sieht eine Hundertmillionenunternehmung an der Arbeit. Und wenn von einer solchen Unternehmung über die Steuerlast geklagt wird, so kann man die Klagen prüfen und abwägen, was die Senkung der Steuerlast der Gesamtheit nutzen könnte. Der Wunsch nach einer Jollreliefung der Auslandskonkurrenz erscheint nicht als hysterisches Profitgeschrei, sondern als Schandheitsfehler des Berichts oder als Modestunde, der man eben auch nachhelfen hat. Mit einem solchen Bericht kann man etwas anfangen. Er besagt auch etwas für die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung. Auch wenn keine Dividende verteilt wird wie bei der Deag, so fühlt sich der Aktionär nicht betrogen. Er sieht, was mit dem von ihm dargelegenen Gelde geschehen ist. Für den Wirtschaftspolitiker ist er ein Gewinn. Auch für die Arbeiterklasse im ganzen, für die Belegschaften im besonderen. Sie sehen offene Karten; sie lernen unter den Unternehmungen differenzieren und auch, wo sie in ihrem Kampf vertrauen dürfen und wo nicht. Sorgfältige Geschäftsberichte, auch den Belegschaften zur Kenntnis gebracht, sind mehr und besser, als alle theoretische Harmoniedruckerei der Unternehmerpresse, die eine Utopie bleiben muß. R-2

Schutz Zoll und Agrarproduktion.

Der Lobgesang der Schutzzollfreunde auf den Agrarzoll ist abgestimmt auf den Satz: Je höher der Zoll, je höher die Preise, desto stärker die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion. Um die Beibringung von wirklich stichhaltigem Beweismaterial für die Richtigkeit dieser Behauptung hat sich so gut wie keiner bekümmert. Man bildet sich eben ein, das Volk ist urteillos genug und werde das, was man ihm sagt, schon glauben.

Demgegenüber hat kürzlich der demokratische Landtagsabgeordnete Ferdinand Hoff in Nummer 277 des „Berliner Tageblatt“ aufgezeigt, wie sich die Agrarproduktion in den einzelnen Schutzzeiträumen gestaltet hat. Bekanntlich lassen sich seit dem Jahre 1879, das ist das Jahr, in dem Deutschland erstmalig zur Schutzpolitik übergegangen ist, drei Wirtschaftspolitiken unterscheiden: die Bismarcksche, die Caprivische und die Bülowische. Ueber dieselben führt Hoff aus:

Die erste Periode reichte von 1879 bis 1894. Der Kornzoll wurde 1879 auf 1 M., 1885 auf 3 M. und 1887 auf 5 M. pro Doppelzentner festgelegt. Langfristige Handelsverträge bestanden nicht. Anfang der neunziger Jahre führte bekanntlich Capri-

vine Handelsvertragspolitik durch. Der letzte und wichtigste Handelsvertrag mit Rußland trat 1894 in Kraft. Die Capriivi-Periode, in der bekanntlich die Kornzölle von 5 M. und 3,50 M. herabgesetzt waren, dauerte von 1894 bis 1906. — 1906 trat der neue Zolltarif, der Bülowische, in Kraft, der die Minimalzölle für Weizen auf 5,50 M., für Roggen auf 5 M. festlegte. Das System der Einfuhrzölle, die antinationalste Einrichtung, die je in einem Lande bestanden, sorgte dafür, daß der Zoll im Inlandpreise voll zum Ausdruck kam. Die Bülowische Wirtschaftsperiode wurde nach achtljährigem Bestehen 1914 durch den Weltkrieg plötzlich abgerissen. Ohne den Krieg hätte sie erst 1918 ihr Ende erreicht.

Nach diesen Darlegungen geht der Abgeordnete Hoff auf das vom Statistischen Reichsamt im Jahre 1913 herausgegebene Sammelwerk: „Die deutsche Landwirtschaft“ ein, um an Hand der hier wiedergegebenen Zahlen anzugeben, wie die landwirtschaftlichen Produktionsergebnisse für einen fünfjährigen Zeitraum am Ende der Bismarckschen Periode, der Caprivischen und der Bülowischen ausfallen. Hoff wählt unseres Erachtens mit Recht einen fünfjährigen Zeitraum, weil sich nur so ständige Schwankungen ausschalten lassen. Das Zahlenbild, das Hoff bekannt gibt, sieht so aus:

Hektarertrag im fünfjährigen Durchschnitt:

	Roggen	Weizen	Hafers	Gerste	Kartoffeln
1880—88	10,50 dz	14,00 dz	11,30 dz	13,1 dz	87,00 dz
1902—06	16,00 "	19,90 "	17,70 "	17,7 "	131,00 "
1910—14	17,90 "	21,50 "	19,30 "	20,5 "	186,00 "

Nach diesem Zahlenbild beläuft sich die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion in der Capriivi-Zeit, das heißt in der Zeit der herabgesetzten Agrarzölle, beim Roggen auf 5,50 Doppelzentner oder 52,4 Proz., beim Weizen auf 5,90 Doppelzentner oder 42,1 Proz., beim Hafers auf 6,40 Doppelzentner oder 56,6 Proz.

Demnach ist also festzustellen, daß die Beweisführung der Schutzzollfreunde etwas hinkt. Trotz der Herabsetzung der Agrarzölle ist eine gewaltige, sehr erfreuliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu verzeichnen. In der Bülowischen Wirtschaftsperiode, die uns ähnlich hohe Zölle brachte, ist die Produktion auch etwas gestiegen. Der Aufstieg ist aber, gemessen an der Capriivi-Periode, nur sehr gering. Er schwankt zwischen 11,9 Proz. bei Weizen und 3,9 Proz. bei Kartoffeln.

Von dem Privatdozenten und wohlbestallten Angestellten der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, Dr. Kurt Ritter, werden gegen die Berechnung in Nummer 277 der „Deutschen Tageszeitung“ Einwände erhoben. Nach seiner jetzigen Meinung seien die Angaben über die Hektarerträge bis zum Jahre 1892 äußerst unzuverlässig. Vor 1893 sind die Angaben durch die Gemeindebehörden, nach 1899 durch die landwirtschaftlichen Vertrauensmänner ermittelt worden. In der Zwischenzeit habe man von beiden Seiten Erhebungen vorgenommen, jedoch für die Jahre 1893 bis 1898 zwei Zahlenreihen über die Hektarerträge vorliegen, die sich einander abweichend. Nach den Zahlen, die Ritter im Anschluß an diese Feststellungen anführt, beträgt z. B. im Jahre 1897 beim Roggen die Differenz zwischen den Feststellungen der Gemeindebehörden und denen der Vertrauensmänner 3,1 Doppelzentner pro Hektar und bei Weizen 1,8 Doppelzentner. Die Angaben der Gemeindebehörden müßte man nach der Auffassung des Dr. Ritter durchweg als zu niedrig bezeichnen. Außerdem müßte man für die Capriivi-Zeit mit einer Ueberhöhung der Angaben der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner rechnen. Teile man die Ansicht einer Ueberhöhung in der Vorkriegszeit, so führe ein Vergleich der Ziffern vor der Capriivi-Zeit mit den späteren Ziffern in doppelter Hinsicht zu einer Ueberhöhung der Hektarertragssteigerung in der Capriivi-Zeit.

Diese Feststellungen des Dr. Ritter sind Verlegenheitseinwände. Mit ihnen sollen die für seine jetzige Beweisführung ungünstigen Zahlen des Statistischen Reichsamts entkräftet werden. In ähnlicher Weise führte sich Dr. Ritter auch im Zollpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates auf, als ihm der Vorsitzende des Deutschen Landarbeitervereins, Georg Schmidt, inungemäß dasselbe sagte, was jetzt der Abgeordnete Hoff geltend machte. Tatsache ist aber, daß es gerade Dr. Ritter war, der in seiner Schrift „Agrarzölle“ dieselben Zahlen des Statistischen Reichsamts zur Beweisführung für die Notwendigkeit der Schutzzölle heranzog, die er jetzt kritisiert und als unzuverlässig hinstellt. Das könnte zur Not noch angehen, wenn von ihm in der Schrift immer wieder die Unzuverlässigkeit der Zahlen betont worden wäre. Das hat er, abgesehen von einer bescheiden eingeklammerten Bemerkung: „Bis 1899 sind die Zahlen etwas zu niedrig“ an keiner Stelle getan. Waren ihm und anderen seiner Freunde damals und bisher die Zahlen des Statistischen Reichsamts gut genug, dann hat er mit seinen neuerlichen Darlegungen in der „Deutschen Tageszeitung“ sich selbst gerichtet. Das hätte er zwar gegenüber den Leuten, die ihn kennen, nicht mehr nötig. Für breitere Kreise der Öffentlichkeit aber, die seiner Arbeit weniger kritisch gegenüberstehen, wird diese Feststellung innerlich nicht ganz unwesentlich sein.

Der Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 24. Juni berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 17. Juni (133,3) um 0,7 Proz. auf 134,2 gestiegen. Höher liegen die Preise für Roggen, Weizen, Gerste, Butter, Schmalz, Zucker, Rindfleisch, Milch, Hopfen, Hütle, Kalbfelle, Baumwollhalbwaren und Zinn. Niedriger lagen die Preise für Schweinefleisch, Honig, Bienen und Kupfer. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 132,4 auf 133,9 oder um 1,1 Proz. angezogen. Die Industriestoffe blieben mit 134,9 unverändert.

Währung und Wirtschaft.

Auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sprach Reichsbankpräsident Dr. Schacht über Währungs- und Produktionspolitik. Er führte unter anderem aus:

„Die deutsche Währung ist stabil und wird stabil bleiben, wenn es auch merkwürdigerweise immer noch Leute gibt, die sich gegen die Erkenntnis dieser Tatsache sträuben. Der eigentliche Träger der deutschen Währung ist die deutsche Wirtschaft. Die Notwendigkeit, die jeweils umlaufenden Reichsbanknoten in ihrem Goldwert zu erhalten, verbietet es der Reichsbank, den weitgehenden Wünschen der Wirtschaft, die Reichsbank als Kreditquelle in größerem Umfange als bisher zu öffnen, nachzukommen. Die Politik

der Kreditbegrenzung ist deshalb für die Reichsbank unerlässlich. Trotz dieser Zurückhaltung der Reichsbank ist die Gesamtsumme der gegebenen Kredite nicht unerheblich. In der Mitte dieses Monats betrug die Gesamtkreditgewährung der Notenbanken rund 2,5 Milliarden Reichsmark, die lediglich auf dem Rücken der Währung gegeben worden sind. Damit dürfte das Höchstmaß des zurzeit Tragbaren erreicht sein, es sei denn, daß die Wirtschaft eine bessere Grundlage für die Höhe des Notenumlaufes schafft. Zurzeit sehen die Dinge in der Wirtschaft allerdings nicht so aus, als ob eine wesentliche Besserung eintreten würde. Es hoffen wir immer noch zu viel Inflationserwartungen. Insbesondere ist der ganze Verteilungsapparat unserer Wirtschaft noch immer in der ungeheuerlichsten Weise aufgebläht. Ein großer Teil überzähliger Unternehmungen wirt sich schließlich in der Form des Kettenhandels und, damit verbunden, in unnötiger Preissteigerung aus. Ich besinne mich ja auch sonst oft in der nicht angenehmen Lage, unpopuläre Dinge auszusprechen zu müssen und so wogte ich auch hier ein Wort lebhaften Bedauerns darüber, daß die Schwierigkeit der Geldverhältnisse nicht schon in viel höherem Grade zu einer Einschränkung dieses völlig übersehten Wirtschaftsapparates geführt hat. Was wir auch immer in der inneren Wirtschaftspolitik zur Erzielung einer stärkeren Produktion tun mögen, alles bleibt vergeblich, wenn nicht die Grundtatsache allen Übels beseitigt wird, die in der fortwährenden außenpolitischen Beunruhigung liegt. Das Dames-Gutachten ist der ernstgemeinte und wohlüberlegte Versuch, die politischen Nachhaber der Welt an ihre wirtschaftliche Verantwortung zu erinnern, von der das materielle und geistige Gedeihen der Völker abhängt. Wir tun deshalb gut, daran zu erinnern, daß das Dames-Gutachten deutlich hervorhebt, daß die darin enthaltenen Vorschläge auf der Annahme beruhen, daß Deutschlands wirtschaftliche Tätigkeit durch keine andere fremde Organisation, als die im Gutachten vorgesehene Kontrollmaßnahmen behindert und beeinträchtigt wird, und daß der Plan auf der Voraussetzung ruht, daß alle Maßnahmen, die diese Tätigkeit behindern, rückgängig gemacht oder hinreichend abgeändert werden, sobald Deutschland mit der Ausführung des vorgeschlagenen Planes begonnen hat.“

Automobile auf Abzahlung. Daß das Automobil zum Volksverkehrsmittel werden kann, hat natürlich zur Voraussetzung, daß die arbeitenden Massen in Stadt und Land das Auto kaufen und bezahlen können. Wie wir dem „Magazin der Wirtschaft“ entnehmen, lehrt Amerika nun nicht nur billige Automobile herzustellen, sondern sie auch bei den arbeitenden Massen unterzubringen. Der naheliegende Weg der Abzahlung, der tatsächlich in Amerika durchgeführt ist, hat wegen der Größe der Objekte aber auch in Amerika Schwierigkeiten bereitet. Einmal können die Fabrikanten nicht worten, bis auf dem Weg der Abzahlung das Geld hereinkommt. Dann ist der Automobilhandel nicht kapitalträchtig genug, um den Fabrikanten die Lieferungen sofort zu bezahlen, für die sie das Geld erst in langdauernden Abzahlungen zurückerhalten. Amerika hat nun einen sehr interessanten Ausweg gefunden. Zwischen Fabrikant und Händler wurden Automobilmakler als Vermittler gestellt, die die Automobile dem Fabrikanten abkaufen und bezahlen und den Händlern wiederverkaufen und von ihnen das Geld einziehen. Der Nutzen für beide Teile ist mit Händen zu greifen. Da die Automobilmakler zugleich viele Händler beliefern, kommen aus den Abzahlungen laufend große Summen zusammen, die um so stärker und regelmäßiger einfließen, je größer der Abzahl und je einzelpieler der Apparat ist. Da die Automobilmakler sich an den verkauften Autos bis zur Zahlung des Eigentumsrecht vorbehalten, können sie die Wechsel, die sie von den Händlern erhalten, leicht diskontieren lassen und die Fabrikanten schnell befriedigen. Das Ergebnis ist, daß der billigste Fordwagen, der drüber 270 Dollar oder etwa 1100 M. kostet, mit einer Anzahlung von 50 M. verkauft und mit wöchentlichen Abzahlungen von 20 M. (die also ein Jahr lang fortauern) schließlich das Eigentum des Erwerbers wird. Das wäre auch in Deutschland möglich, wenn — ja wenn die Autozölle und das Lohnsteuern das Volksauto nicht auf absehbare Zeit zur Illusion machen würden. Aber um so mehr müssen wir darauf hinarbeiten.

Zum Abschluß von E. Tich-Röll. Die Warenhausgesellschaft E. Tich Röll mit ihren 19 Warenhäusern im Rheinland und ihren 6 Einkaufs- und Fabrikationsbäulern veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1924. Es ist tief beauerlich, daß die Warenhausgesellschaften aus allgemeiner Geheimtuerer und unbegründeter Konkurrenzsucht noch immer sich nicht dazu verstehen können, Zahlen über die Entwicklung ihrer Mengenumsätze, Einnahmen und des Renditeumsatzes zu geben. Es gibt schließlich keinen Handelszweig, der für die Massenversorgung und für die genauere Beobachtung der Entwicklung der Kaufkraftverhältnisse maßgeblicher wäre als die großen Warenhäuser, in deren Geschäftsgang sich die Kaufkraftbewegungen und Kaufneigungen der Massen fast leismographisch genau widerspiegeln. Von ganz besonderer Bedeutung wären solche Zahlen und besonders auch Detailzahlen über die Verschickungen in den einzelnen Branchen in der heutigen Lage der deutschen Volkswirtschaft, deren kritischer Charakter die Beobachtung der laufenden Massen geradezu zu einer Bedingung macht, ohne deren betrieblige Erfüllung eine rationelle Wirtschaftspolitik fast unmöglich gemacht wird. Das gilt insbesondere auch für die Zollpolitik, die den Warenhäusern besonders nahegeht, deren Wirkungen zu beobachten aber fast ausgeschlossen ist, wenn die Warenhäuser mit ihren reichen Statistiken und Erfahrungen sich der Öffentlichkeit verschließen. Dasselbe gilt für die Wirkungen der Umsatzsteuer. Es mag durchaus wahr sein, daß die Warenhäuser die Umsatzsteuer voll, d. h. ohne Schwälterung von Gewinn und Substanz, nicht abzuwälzen in der Lage sind. Aber es ist ihre eigene Schuld, wenn durch das Fehlen des nachweisbaren Kampfs gegen die Umsatzsteuer nicht nachdrücklich genug geführt werden kann. Ähnliches gilt für die Wirkungen der hohen Zinsen und teilweise auch der Verbrauchssteuern. Solche Daten müßten auf die Geschäftspolitik und den Abzahl der Warenhäuser, gerade weil es sich um die Interessen der breitesten Massen handelt, die günstigste Rückwirkung haben. Sie zu verschließen, läge also im eigenen Interesse der Warenhausgesellschaften selbst. — Es werden 6 Proz. Dividende auf 25 Mill. M. Stammaktien verteilt.

Ein Kopfwaschpulver

das allen Anforderungen gerecht wird, nach dem Urteil erster Fachjurys absolut unschädlich ist, sich leicht löst, prickeligen milden Schaum ergibt und vorzüglich reinigt, ist das alleseitig empfohlene Schaumpulver mit dem schwarzen Kopf. Das Haar bekommt nach dem Gebrauch dieses beliebigen Mittels gepflegtes volles Aussehen. Preis nur 20 Pfg. Erhältlich in folgenden Sorten: Veilchen, Eau de Cologne, Lavendel, Kamille, Eigelb, Nadelholztee, Brennnessel, Perutannin. Kleiner Hersteller: Hans Schwarzkopf, Chem. Fabrik, Berlin-Dahlem.



Haselnüsse im Pudding

sind etwas Neuartiges. Der herzliche Geschmack der unter der Südsonne gereiften Haselnüsse gibt dieser bisher einzigartig dastehenden Puddingart einen eigenen Reiz. Jeder Puddingfreund und Feinschmecker schwört auf diesen

MONDAMIN-FEINKOST-PUDDING

Momentaufnahmen.

Von Lotte Fried.

Ich fuhr heute mit der Straßenbahn. Stieg im Osten ein. Mittags. Zur verkehrsreichsten Zeit. (Beförderungsart: siehe Defarndin in der Schachtel.) Und doch wurden an jeder Haltestelle noch neue Fahrigenossen zu uns gequetscht.

Behaglich war's nicht. Kalt auch nicht. Ich überlegte: ... ver-zweifeln —? Nein! Nicht nichts und macht höchlich. (Dazu hatte ich mich nicht mit soviel Sorgfalt zurechtgemacht!)

Also: Studien machen. Nicht auch nichts, vertreibt aber die Zeit und lenkt ab. Ich hörte um mich.

„Also meinst du, Olga: du bist bis jetzt in der Stadt ... einfach knarzel! Die Köpfe in der Schaufelstern, der sind dir allemals Produktions-nach so'ne Massensache wie frieher. Bloß, oen Sebuffe is det — — — da bleibt einen reine de Luft mach!“

Dann ein neues Bild: „Ree über die Rode geht! Wat mein Oller is, Hoarmannteleiten mit Denksalat iät der aus mir jemacht ha'm, wenn id so rumlaufen wollt, mit oben nicht un unten nicht un in de Mitte 'n Luffshaw!“

Keine unangebrachte Strafe, dachte ich, bei dem Exierieur! Mittlerweile hatte ich meinen schönen Eckplatz einem alten Mann geopfert, den man nach einigem Gebrummel der Mitfahrenden, das sich als Appell an die Höflichkeit der jungen Männer herausstellte, mit einem kategorischen „Wat heest hier Höflichkeit?“ ruhig stehen gelassen hatte. Mittlerweile waren wir im Zentrum. Jetzt kam Neubildung:

„Nein, wissen Sie, Frau Müller, was die Schulen jetzt sind, das ist doch wirklich keine Sache mehr! Was da jetzt sozusagen alles gelernt wird! Sogar „aufklären“ wollen sie die Kinder! Sagen Sie selbst: wohin soll denn das führen? Und ein Aufsatzthema hat meine Angehörige da neulich bekommen ... ein Aufsatzthema ...!! Na, also richtig empörend ist das ja: „Was hat Herzog Ernst getan, um einen Nachfolger zu erhalten?“ Man müßte ja gerade die „Agnes Bernauer“ gelesen haben, um zu wissen, daß da nichts Unanständiges mit gemeint ist; aber ich bitte Sie, wer hat denn für all die Theaterstücke die Zeit?! Solche verhänglichen Aufgaben dürfen sie doch den Kindern erst gar nicht stellen!“

„Ganz meine Meinung!“ meinte erhöhen roten Gesichtes Frau Müller voller Empörung.

Meine gar nicht, dachte ich im Stillen. Aber das tat hier nichts zur Sache. Inzwischen hatte ich den Anfang eines Gespräches ver-säumt, das ich nun in seinem Fortgang unter die Lupe nahm:

„Früher war das doch etwas ganz anderes, Frau Geheimrat; da haben die „Leute“ doch gewußt, daß sie etwas anderes sind wie die „Herrschafft“, aber mit der allgemeinen Verrohung, die wir haben, seit der Kaiser nicht mehr im Lande ist, sind eben überhaupt un-haltbare Zustände gekommen! Zu Majestätszeiten wären ja solche Unverschämtheiten geradezu unmöglich gewesen! Reinen Sie, ein Handwerker sagt heute noch „gnädige Frau“ zu mir, oder er spräche mit mir in der dritten Person ...? Gerade wie mit feinesgleichen redet er mit mir!“

„Gemeiß, Frau Oberlandesgerichtsdirektor: unter diesen Umper-tenzen haben wir ja auch unentwegt zu leiden. Fragt mich doch da neulich mein Küchentempel, die etwas bel'm Portier abgeben sollte, wie denn der Hauswart hieße, sie müsse doch den Herrn mit seinem Namen anreden! ... Na! der hab' ich's aber gegeben: Leute, die keine Stechfragen tragen, mein Kind, das sind Männer, merken Sie sich das gefälligst; das sind keine Herren! Herren kommen zum Herrn Geheimrat oder zu unserem Sohn, dem Herrn Doktor; die sind aber nicht ebenso zu benennen, wie Portiers und solche Leute, die die Hintertreppe zu benutzen haben!“

„Und überhaupt, bei dieser Remitanz jetzt. Da wäre man ja dummi, wenn man ihnen nicht immer wieder den Unterschied klar machte: nicht mal sein frisches Weißbrot macht einem die Bande jetzt zum Sonntag. Da hat's mein Schwiegersohn — Sie wissen doch, Frau Geheimrat, der Arzt — neulich aber mal einem gut gegeben! Kommt doch der Koffer am Sonntag früh zu ihm in die Sprechstunde! Da hat er ihm aber einfach durch's Mädchen fogen lassen: „Solange der Herr Doktor am Sonntagmorgen keine frischen Knäppl hätte, solange würde der Doktor am Sonntag auch keine Kassenpatienten behandeln!“

Damit flogen die Frau Oberlandesgerichtsdirektor und die Frau Geheimrat aus dem Bogen.

„Man bloß schade, bei de „Große Berliner“ keine Knäppl-ausgabe inerlich! hat; bei die beiden allen Salatschnitten mecht sowat mal orn'lich am Plage jesehen sind“, tänte es mit biederer Kämmerstimm nicht gerade jätlich hinter den Damen her.

Ich sah auf. Aus dem Fenster zu sehen, war von meinem Steh-platz im Gang schwer möglich bei der Hitze. Aber Seemanns, knie-reiche Räder, rote Lippen nebst Jubehör ließen wohl nicht mit Unrecht auf Berlin B. schließen. Da, ein Monoclesjüngling steigt aus und ich bekomme seinen Nag. Gottkeidant. Endlich.

Nun ein neues Bild: Eine sehr junge, sehr elegante Frau mit einem goldigen Mädchlein steigt ein. Steht vor mir. Eine junge, recht gemalte Ausländerin macht ihr lebenswürdig Platz. Das Kind sitzt still auf dem Schoß der Mutter und starrt unentwegt die Dame an, die ihnen den Platz eingeräumt hat. Möglich ein silbernes Stimmchen:

„Mutti, warum hat denn die Tante so viel Buder auf ihrem Gesicht, und warum hat sie denn so schrecklich rote Lippen ...?“ — Stille. Verholtenes Röhern. Die Mutter scheint laub und stumm. Gibt keine Antwort. Das „Gemäße“ steigt an der nächsten Halte-stelle ab.

„Aber Gabriele, du weißt doch, daß man niemals über Menschen reden darf, solange sie einen hören können! Das war eben sehr höflich und ungezogen!“

Gabriele denkt stöhlich angestrengt nach und sagt eine ganze Weile gar nichts. Dann — und ein kleines Fingerchen streckt sich mir entgegen:

„Mutti, über die Tante unterhalten wir uns, wenn wir draußen sind, ja ...?“

Die Mutter läßt sie vom Schoß gleiten und steigt mit ihr aus. Schade. Vielleicht hätte Gabriele etwas sehr Reettes von mir gesagt. Ich wäre dann sogar noch über mein Ziel hinausgefahren. So verließ ich nun auch den Bogen.

Die schwerste Last. Der französische Architekt Hupeau hatte unter Ludwig XV. eine Brücke in der Nähe von Orleans errichtet, von der man behauptete, sie habe nicht genug Tragfähigkeit. Nachdem aber die Pompadour, als sie nach ihrem lustlos Rénars fuhr, über die Brücke gefahren war, ging ein Wort durch die Salons: Hupeaus Brücke hat sich glänzend bewährt, denn sie hat die schwerste Last Frankreichs getragen!

Westarp in Aufwertungsnöten.



„Herr Graf, Ihre Wähler sind nicht mehr da. Sie können wieder heraus!“

Politische Spitznamen.

Von Erna Büsing.

Es ist üblich, daß man für seine Freunde Spitznamen erfindet, doch ist es auch Sitte und Brauch, den Gegner, namentlich den poli-tischen Gegner, mit einem Spitznamen zu bedenken. In der Ge-schichte ist es nun schon des öfteren vorgekommen, daß die einstigen Spitznamen zu Parteinamen erkoren wurden. So nannte man ur-sprünglich im verächtlichen Sinne die Edelleute, die sich in den Niederlanden zum Widerstande gegen die schweren Bedrückungen Philipps II verbündet hatten, Geusen. Das Wort stammt aus dem Französischen, es ist von gueux, „Beitler“, abgeleitet. Die Ver-böhnten oder nannten sich dann selbst Geusen. Als Erkennungszeichen trugen sie eine Rinne, den Geusenpfennig. Die Bewegung wurde eine sehr ernsthafte und vornehmlich die Wassergeusen haben den Spaniern auf See vielen Schaden zugefügt. Ebenso ist vorerst die Bezeichnung hugenotten, französisch Hugenots, von Ignots, „Edigenossen“, kommend, ein Spitzname gewesen. Später wurde er, wie allgemein bekannt, die gebräuchliche Benennung der fran-zösischen Protestanten. Als die Gräfin Margarete von Hennegau mit ihrem Sohne Wilhelm V. gegen 1350 um die Herrschaft über Holland kämpfte, nannte man ihre Anhänger hoeks („Angeli-baken“) und die ihres Sohnes Kabeijaus. Margarete war die Gemahlin Kaiser Ludwig des Bayern; nach dem 1345 erfolgten Tode ihres Bruders, des Großen Wilhelm IV., fiel ihr die Grafschaft Holland zu. Das ganze Volk wurde mit in die Auseinandersetzung zwischen Mutter und Sohn hineingezogen und schließlich spaltete es sich in die beiden Parteien Angebaken und Kabeijaus, was zu schweren inneren Wirren führte.

John Bull ist der in der ganzen Welt bekannte Spitzname des englischen Volkes. Der Vater dieses Namens ist der englische Arzt und Saitiriker John Arbuthnot, der Leibarzt der Königin Anna, der 1712 „History of John Bull“, eine Satire gegen den Herzog von Marlborough schrieb. Arbuthnot verleidigte in seiner Schrift die Politik des Staatsmannes Saint John Bullinbrook. Der letztere wurde 1714 mit einer Anklage wegen Hochverrats bedroht, weshalb er nach Frankreich floh. 1723 ward er begnadigt. John Bull ist als aufrechter, gutmütiger, ehrlicher Mensch gezeichnet. Da soll hier gleich eingeschoben werden, daß Coetnen, „Reißfuchlein“, ein alter Spitzname der Dondamer ist.

Der wollüstige, zum Größenwahn besessene dritte römische Kaiser Gojus Cäsar wurde am Rhein, im Kriegslager auf. Die Soldaten nannten ihn Caligula, „Soldatensiefelchen“, und unter diesem Namen verdacht ihn auch die Weltgeschichte. Die Thermen des Caracalla, die der Nachwelt als viel bestaunte Ruinen erhalten blieben, ließ Septimius Bassianus als Cäsar erbauen, wie er den Namen Marcus Aurelius Antoninus führte. Dieser grausame Tyrann, der seinen Bruder und Mitregenten Getra ermorden ließ, trug für gewöhnlich einen goldschinen Mantel, nach dem er den Beinamen Caracalla erhielt. Napoleon I., der zuerst den vollen Kriegswert der Artillerie erkannte, nannte man nach Dumas' Ueberlieferung König Kanone, doch wurde er auch le petit Caporal, „der kleine Korporal“, genannt. Il Re Bombo, „König Bombe“ ist der wenig ehrenwerte Spitzname des Königs Ferdinand II. von Neapel, den er nach dem grausamen Bombardement Messinas (7 bis 9. September 1848) erhielt.

Clifford, Arlington, Buckingham, Ashby, Vonderdale waren die Namen der Minister, die unter Karl II. von England 1669 bis 1674 die politische und kirchliche Freiheit bekämpften. Nach den Anfangsbuchstaben nannte man das Kabinett das Cabalministerium („Intrigenministerium“). Während des Siebenjährigen Krieges prägen preußische Münzpächter, Jhig u. Co., an deren Spitze

Ephraim stand, geringwertige Münzen. Diese wurden im Volks-mund Ephraimiten genannt.

Zum Schluß soll hier das an der Küste so beliebte Getränk Grog (Rum, Cognak oder Arrak mit heißem Wasser und Zucker) nicht unerwähnt bleiben; es führt nämlich seine Benennung auch auf einen Spitznamen zurück. Dieses Getränk, das nun schon seit 175 Jahren Seelenstärke und Wagnervärmung der Küsten-bewohner ist, wurde vom Admiral Vernon erfunden und dessen Spitzname war — „Old Grog“.

Verfuche mit „künstlichen“ Erdbeben. Die japanische Regierung machte jüngst aus Anlaß der schweren Erdbeben bemerkenswerte Verfuche mit künstlich hervorgerufenen Erdbeben, um dadurch die Ge-fahrenzonen für Häuser bei Erdbeben zu bestimmen. Schon aus Anlaß des früheren großen Erdbebens, bei dem bekanntlich mehrere große Städte fast völlig vernichtet wurden, wurden von der japa-nischen Regierung Wettbewerbe für den Bau von erdbebensicheren Häusern ausgeschrieben. Diese haben insofern Erfolg gehabt, als eine ungeheure Zahl von inländischen und ausländischen — darunter auch zahlreichen deutschen — Ingenieuren sich durch Einreichen von Arbeiten an der Konkurrenz beteiligt haben. Zur Prüfung einzelner besonders beachtenswerter Objekte wird ein eigenartiger Apparat verwendet, der eine Erfindung des Ingenieurs Carlo Bressi ist und mit dem man künstliche Erdbeben hervorrufen kann. Im Prinzip besteht der Apparat hauptsächlich aus einer großen ebenen Fläche, auf die das erdbebensichere Gebäude als Versuchsbau aufge-führt wird. Durch eine von Elektromotoren gespeiste Maschine wird nun die ganze Fläche in erdbebenähnliche Schwankungen versetzt. Das Schwanken entspricht in seiner Natur so ziemlich genau den Wirkungen der Erdschwankungen bei solchen Ereignissen. Auch ein-zelne eruptivartige Stöße können hervorgerufen werden. Bisher bewährte sich die Konstruktion eines hauptsächlich aus Eisenmaterial bestehenden Hauses am besten.

Die schmutzigste Stadt der Welt. Es ist in den letzten Jahren einigen kühnen Männern gelungen, verkleidet in das geheimnisvolle Land Tibet einzudringen; durch sie erhalten wir allmählich Kenntnis über die Lebensgewohnheiten und Sitten seiner Bewohner. Be-kanntlich wachen sich viele Tibetener während ihres ganzen Lebens nicht. Auch die Städte und Dörfer starren vor Schmutz. Der erste Preis hierfür gebührt unstreitig der tibetischen Grenzstadt Bari, die als die schmutzigste Stadt der Welt gilt. Die Bewohner dieser Stadt werfen den ganzen Abfall auf die Straße. Dieser hat sich so hoch angeammelt, daß fast nur die Hausdächer über die Berge von Schmutz auf den Straßen herausragen und die Häuser dadurch wie halb unterirdische Bauten aussehen. Trotzdem so Bari tatsäch-lich in seinem eigenen Schmutz begraben liegt, sieht es doch maulerisch schön aus; denn auf jedem Dach flattern Gebefahnen, und auf vielen Hausdächern steht man Haufen von Stroh und Halbhüner. Bei Bari liegt eine kleine Gebirgsinsel mitten in einem See. Hier sind Gebefahnen aufgestellt, um nach tibetischem Glauben die Sünde der Menschen gutzumachen. Morgens und abends wird hier Weihrauch verbrannt, dessen süßlicher Geruch die dunklen Dämonen der Nacht vertreiben soll — und seltsam kontrastiert der Duft des Kultus mit dem durchdringenden Geruch des Halbhüners.

Nachzählen! Ein gesunder Mensch — nicht die nervösen — öffnet die Augen 8 Millionen mal im Jahr. Unser Herz schlägt 70mal in der Minute, das ist 36 792 000mal im Jahr. Jeder Herzschlag treibt 44 Gramm Blut in den Adern weiter, das sind 4,435 Kilo-gramm im Tag (verliebte Herzen zählen nicht mit). Ein normal behaarter Kopf zählt ungefähr 30 000 Haare.

